



26. März 1918

MAX SCHIPPEL · 25 JAHRE BUND DER LANDWIRTE UND AGRARFRAGE

U NTER den geistigen und politischen Wortführern der deutschen Arbeiterklasse hat die Agrarbewegung, die wie ein übermächtiges Naturereignis am Anfang der neunziger Jahre plötzlich das öffentliche Leben Deutschlands auf das schwerste zu erschüttern und innerlich tief umzugestalten begann, die abweichendsten Beurteilungen erfahren.

Mitunter fühlte die ältere soziale Bewegung der Besitzlosen in dem jüngern Gären und Erwachen der landwirtschaftlichen Massen, trotz allen wirklichen, zum Teil aber auch bloß eingebildeten weitgehenden Interessengegensätzen, mit Recht einen gewissen gleichartigen sympathisch berührenden Grundzug heraus: das Aufbäumen einer unversehens in ganz neue, ungeahnt ungünstige Wirtschaftsverhältnisse versetzten ausgedehnten Bevölkerungsklasse gegen wirtschaftliche und politische Auffassungen und Einrichtungen, die unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden waren, die aber dennoch als altersgeheiligte manchesterliberale Überlieferungen unveränderte Fortherrschaft selbst inmitten einer vollkommen veränderten Umwelt beanspruchten. Forderte dies nicht zu lebendigster geistiger Anteilnahme, zu ernstester Beachtung, vielleicht zu manchem politischen Zusammengehen heraus? Vor allem auf dem Gipfel der Agrarkrise und der agrarischen Kampfprobe, gegen die Mitte der neunziger Jahre, spricht die sozialdemokratische Literatur in der Tat nicht selten und nicht ungerne von der sich regenden *zweiten großen wirtschaftlich-sozialen Massenentfaltung*: nämlich jener der Träger des ländlichen, meist auf der Vereinigung von Besitz und Arbeit ruhenden Produktionslebens, neben der eigenen, an Kopffzahl zwar längst umfassendern, an Einfluß jedoch offensichtlich noch immer schwächern Emanzipationsströmung unter den gewerblich-industriellen besitzlosen Lohnarbeitern. Man erkennt die bittersten agrarischen Notstände unverhohlen an, plant selber erlösende Agrarprogramme und kann sich zuweilen nicht genug tun im Höhnen über die verständnislose bürgerliche Linke, die, in der Agrarfrage genau so wie in der sozialen Frage, gegen offenliegende Tatsachen wie mit Blindheit geschlagen sei und deren glücksspielender sekttrinkender Grundbesitzer, als Typus des neuentstandenen Agrariertums, durchaus dem blaumachenden und kaviarschlemmenden Maurer, als Typus der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, ebenbürtig sei.

Aber die Mitwirkung der großstädtisch *aufgeklärten* Handels- und Konsumentenpresse (es gibt zwar kaum größere Interessenverschiedenheiten als die zwischen landläufigem Handel und weiterblickendem Konsum, aber trotzdem glaubt sich der letzte noch immer seine grundlegenden Weisungen von dem ersten und seinen weitverbreiteten Großstadtsorganen holen zu können), die leichte Eingänglichkeit, die demokratisch-fortschrittlich schillernde Einkleidung der überkommenen liberalen Agrarkritik erdrückten leider diese Keime leidlichern Verständnisses gewöhnlich im Handumdrehen wieder. Und mancher hervorragende Bekenner und Vorkämpfer der Marxschen ökonomischen Geschichtserklärung sonnte sich alsdann in der überwältigenden lichtvollen Erkenntnis: im Grunde sei der ganze lärmende agrarische Spuk einzig und allein auf das junkerliche und bäuerliche Bedürfnis zurückzuführen alljährlich einmal, fern von dem lästigen heimischen Tugendzwang, in das aufräuschende unendliche Freudenmeer Berlins in derber Lebenslust unterzutauchen. Auch die entsprechenden näheren Schilderungen, ebenso naturgetreu vom witzvollen Tintenfaß aus beobachtet wie mit unserer oftbetonten Freiheit von jeder Philisterhaftigkeit übereinstimmend, fehlten dann regelmäßig nach dem *Zirkus Busch* nicht.

Aber wie hätte eine so oberflächlich schwache Strömung sich so tief in den zunächst unbeweglich oder sogar schroff-feindlich widerstrebenden Untergrund unseres gesamten öffentlichen Lebens eingraben können? Denn die ganze Regierungsleitung und die maßgebende Oberschicht der Bürokratie war zweifellos anfangs, ganz im Geist der sechziger und siebziger Jahre der deutschen Politik, vor allem der Reichsgründungszeit, liberal-agrarfeindlich oder zum mindesten agrarisch indifferent. Sie hatte sich wohl auch in dieser Beziehung der geistigen Überlegenheit und unbefangenen Tatkraft Bismarcks ein paar Jahre gebeugt, doch gleich nach dem Sturz des Altreichskanzlers offenbarte sich ihre unüberwindbare Neigung zur Rückkehr in das alte Fahrwasser sofort wieder in außerordentlicher Stärke. Von der Maßregelung Limburg-Stürms zu Beginn der Caprivischen Handelsvertragspolitik bis zur Amtsentsetzung der Kanalgegner am Ende der neunziger Jahre unter Hohenlohe spann sich deshalb eine fast ununterbrochene Kette von erbitterten parlamentarischen und persönlichen Zusammenstößen zwischen den hervorragendsten Vertretern der Regierung und des Bundes. Doch seltsam, in letzter Linie blieb nach allen heftigen Auseinandersetzungen der Gang der Gesetzgebung und der sonstigen Politik immer wieder wesentlich in Einklang mit den Richtlinien, wie sie die agrarische Organisation aufgestellt hatte, während gleichzeitig, allen Voraussagen zuwider, die deutsche Wirtschaftsentwicklung, industriell wie agrarisch, unbestreitbar ihren gesteigerten Aufschwung nahm. Wenn das werdende und sich durchsetzende Wirkliche immer in seiner Art als vernünftiger und zweckmäßiger gelten kann gegenüber dem Gewesenen und aus bloßer Überlieferung Fortbestehenden, und wenn die Geschichte durch ihr objektives Endergebnis eine Art Gerichtsspruch gegen alles Veraltete und für alles Lebensfähige und Notwendige darstellt, so kann die Agrarbewegung sich wahrlich nicht minder stolz als die Arbeiterbewegung auf dieses Urteil der tatsächlichen Entwicklung berufen: gleichviel, was die Miterlebenden und selbst die näher Mitwirkenden in den erregten Kämpfen des Tages sich subjektiv dabei gedacht und, gewöhnlich gleich maßlos in Begeisterung wie in Feindschaft, oft bis zu wunderlicher Überspanntheit und Verschrobenheit sich subjektiv dabei

eingebildet haben mögen. Welche haarsträubenden Unsinnigkeiten hat man früher und gegenwärtig gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, häufig genug in felsenfestem Glauben, vorgebracht; aber die endentscheidende unumstößliche Rechtfertigung der Arbeiterbewegung bildete dennoch die bei allem Hin und Her schließlich unaufhaltsame Vertiefung der Sozialdemokratie und Hebung der Klassenlage der Arbeiter. Sollte dieser Maßstab das offensichtlich auf die Dauer ebenso regelmäßig klägliche Scheitern alles blindgegnerrischen Kräfteaufwands wie schließlich der jedesmalige reale Erfolg auf der anfangs vielgeschmähten Seite, mit einemmal ganz unanwendbar und irreführend sein, wenn wir uns dem nicht minder bedeutungsvollen wirtschaftlich-sozialen Gebiet der Agrarpolitik zuwenden?

Zugunsten des Bundes sollte für Parteigenossen weiter noch eine andere Erfahrung sprechen, die uns aus der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gleichfalls längst vertraut ist. Ohne Rücksicht auf die Kosten, von groß-, hauptsächlich finanzkapitalistischer Seite freigebigst unterstützt, von einer weitverbreiteten, vorwiegend im Kielwasser des Handels steuernden großstädtischen Zeitungsmacht unermüdlich angefeuert, hat man seit dem Beginn der neunziger Jahre immer wieder bäuerliche Gegenorganisationen in Gang zu bringen versucht. Sie sind ausnahmslos, bestenfalls nach kurzer künstlicher Treibhausblüte, kläglich wieder eingegangen oder zu einem gleichgültigen Schattendasein zusammengeschwunden. Die ältesten, bereits mehr eingelebten Bauernvereinigungen des deutschen Westens und Südens haben, bei Wahrung ihrer äußerlichen Selbständigkeit, sich innerlich dem jüngern Sprößling mehr und mehr angepaßt und verbündet. Aus den nachgeborenen Organisationen und Organisationen ist kaum jemals etwas Wirkungsvolleres und Besseres geworden als aus den gelben Gegengründungen gegen die Gewerkschaften. Sie haben, oft schon durch ihre Entstehung rettungslos bloßgestellt, niemals in weiteren landwirtschaftlichen Schichten feste Wurzel zu schlagen vermocht. Wie die Gewerkschaften inmitten solcher Befehdung sich durch ihre ungebrochene und unbrechbare Widerstandskraft nur um so unzweifelhafter als die gegebene Organisation der Arbeiterklasse erwiesen, so darf nach dem Versagen aller wesensähnlichen Quertreibereien der Bund der Landwirte sich gleichfalls um so mehr rühmen, daß die deutsche landwirtschaftliche Produktion sich so gut wie ausschließlich in ihm wirtschaftspolitisch verkörpere: so unausrottbar die geflissentlich von einflußreichen Kreisen genährte Überschätzung der Außenseiter und Gelben hier wie dort noch sein mag.

Welche befriedigungsheischenden neuen wirtschaftlich-sozialen Bedürfnisse hoben den Bund zu dieser geschichtlichen Rolle empor? Welche neuen wirtschaftlichen Entwicklungen zogen den älteren agrarpolitischen Vorstellungen, an denen manche vermeintlich *fortschrittlichen* Köpfe noch heute geistig bewegungslos hängen, den Boden unter den Füßen hinweg? Denn wir Marxisten wissen oder sollten doch niemals aus dem Auge verlieren: Ohne veränderten und entsprechenden wirtschaftlichen Untergrund breiten sich keine neuen dauernd lebenskräftigen Gebilde aus, und alte politische Systeme, mögen sie ihrer Zeit, das heißt ihren besonderen geschichtlichen Voraussetzungen, dereinst noch so angemessen gewesen sein, lassen sich niemals künstlich weitererkhalten, wenn der Sturm und das Wetter großer Wirtschaftsumwälzungen die sie nährende Erdschicht hinweggespült hat.



Die Periode vor dem Emporkommen des kontinental-europäischen Agrarschutzes (denn wir haben es dabei keineswegs, weder nach den Grundzügen noch nach den Einzelausführungen, mit einer einseitigen deutschen Politik zu tun) war gekennzeichnet durch ein ganz selbständiges, von unmittelbaren staatlichen Willenshandlungen unabhängiges Gedeihen der heimischen landwirtschaftlichen Produktion. Damals entsprang der kümmerliche ausländische Wettbewerb, wo strichweise ihm Nachbarschaft oder Fluß- und Seeverbindungen günstig waren, durchgehends Ländern mit nicht allzu abweichender wirtschaftlicher Struktur und hielt sich notwendigerweise in den allerbescheidensten Schranken, weil schon die Höhe der Transportkosten lange Zeit eine ganz beträchtliche, sogar auf mäßige Entfernungen bereits ganz unerschwingliche blieb. Auch im manchesterlich sich *selbst überlassenen* Verkehr gingen deshalb, der Eigenart der Bodenproduktion entsprechend, die Preise der agrarischen Erzeugnisse nach oben: stiegen sie doch im Durchschnitt des preußischen Staates (um zur Veranschaulichung diese viel benutzte Statistik heranzuziehen) beispielsweise für die Tonne Weizen von 168 Mark im Jahrzehnt 1841 bis 1850 auf 211 Mark in 1851 bis 1860, 204 Mark in 1861 bis 1870 und 235 Mark im Jahrzehnt 1871 bis 1875. Mehr städtisches Gewerbe und rein ländliche Wirtschaft erfreuten sich unter solchen Umständen beide ihres Anteils an der allmählichen allgemeinen Einkommens- und Vermögensvermehrung, obwohl selbst in diesem Zeitraum des Grundrentesteigens der Reichtum der Städte und in erster Linie der Industriespitzen immer rascher den viel zögernder sich ausbreitenden und jederzeit auf viel niedrigerem Niveau verharrenden Wohlstand des flachen Landes und der Grundbesitzer überflügelte.

Seiner ganzen geistigen Verfassung gern folgend hielt sich deshalb in jenen ruhigeren Tagen das flache Land fern von jeder einschneidenden politischen Initiative. Vereine lebten wohl, mitunter recht erfreulich, auf, und Versammlungen blieben durchaus nicht unbekannt, aber sie galten vorwiegend der Hebung und Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebs, die eine im Herkommen erstarrte, den bloßen Selbst- und Lokalbedarf deckende Produktion nach und nach immer großmarktfähiger werden ließen. Schon hierbei waren städtische Elemente und Organisationen vielfach tonangebend. Im übrigen erstrebten die ländlichen Massen vor allem eines: den Wegfall der lästigen letzten Überreste von kommunal-marktgenossenschaftlicher Gebundenheit für ihre Produktionsgestaltung, und hier blickte man erst recht zu den bürgerlich liberalen Kreisen empor als den vorherbestimmten ebenso zielbewußteren wie rührigeren Vertretern der erstmaligen Befreiung und des dauernd gesicherten freien Spieles aller wirtschaftlichen Kräfte. Gerade Ostpreußen war, wie man weiß, einst eine auserlesene Domäne der Fortschrittspartei; bei den Wahlen von 1873 sandte die Provinz nicht einen Konservativen in den Reichstag, dagegen unter den 8 Fortschrittlern Männer wie Freiherr von Hoverbeck, Parisius, von Saucken-Tarputschen, von Saucken-Julienfelde.

Konnte das so bleiben, als vollständig unerwartet, beinahe wie ein Blitz aus heiterem Himmel, eine neuerschlossene weltwirtschaftliche Konkurrenz, in vollkommen unnachahmlichen Produktionsvoraussetzungen, in erster Linie in unendlichen, ganz oder halb verschenkten kolonialen Bodenflächen wur-

zeln, in dieses behagliche Stilleben mit übermächtiger grausamer Hand eingriff? Wenn Börsenwerte leiden und die Preise von Industrieerzeugnissen bis zur Unrentabilität fallen, geht ausnahmslos ein gewaltiges Raunen und Kreischen durch den städtischen Handelsblätternwald. Doch der Krisensturz von Industrieerzeugnissen war niemals mit dem erwähnten Zusammenbruch der Getreidepreise zu vergleichen. Denn diese stellten sich nunmehr (ohne den Zollschatz, also den unterdes beschlossenen und erhobenen Zollbetrag abgerechnet) 1879 auf 186 Mark, 1883 auf 175 Mark, 1884 auf 163 Mark, 1885 auf 152 Mark, 1886 auf 127 Mark, 1893 auf 117 Mark und 1894 auf 100 Mark. Der Getreidepreis, der im Anfang der zollfreien siebziger Jahre stets 200 Mark ganz beträchtlich überschritten hatte, überholte selbst bei dem allmählichen Wiederabflauen der überseeisch-kolonialen Konkurrenz und damit der schlimmsten Bedrängnis, 1900 noch nicht 115, 1903 noch nicht 120 Mark, 1906 noch nicht 139 Mark (lediglich den am 1. März 1906 außer Kraft tretenden 35 Mark-Zoll, nicht den neuen 55 Mark-Zoll vom tatsächlichen preußischen Durchschnittspreis abgerechnet) und selbst 1911 und 1913 nicht 144 und 141 Mark (unter dem Bülow'schen 55 Mark-Zoll betrug die tatsächlichen Preise, nach Auflage und Entrichtung des Zolles, 199 und 196 Mark).

Wo hätte jemals eine umfassende Produktion, nicht aus inneren kostensparenden technischen Herstellungsumwälzungen sondern lediglich durch Anstöße von außen her eine ähnliche Preiserschütterung zu verzeichnen gehabt? Aber von dieser beispiellosen Preiskrise hörten die, ob ihrer Aufgeklärtheit so überlegen selbstbewußten großstädtischen Zeitungsleser dennoch überhaupt so gut wie nichts. Und diese Krise, die in ihrem Anfang unmittelbar noch die reichliche Hälfte der deutschen Bevölkerung anging, erschöpfte sich nicht wie die meisten der vielbejammerten Industriekrisen in 1, 2 oder 3 Jahren, sie schritt vielmehr erst nach 15 und mehr Jahren (1893-1894) ihrem Tiefststand zu, sie war nach einem Vierteljahrhundert (1900) noch immer schlimmer als nach einem Jahrzehnt, sie war selbst in der jüngsten Vergangenheit kaum ernstlich erloschen, denn die letztjährigen Preise vor dem Krieg nähern sich (Preise einschließlich des 55 Mark-Zolls: 1911 199 Mark, 1912 211 Mark, 1913 196 Mark) erst und zwar in ziemlichem Abstand wieder den (zollfreien!) Preisen der gesamten siebziger Jahre (1871 bis 1878, also bis zum Verlassen des Freihandels 234, 242, 264, 240, 196, 210, 230, 202 Mark).

Man kann darüber streiten, ob andere Gegenmittel gegen derartige Konkurrenzumwälzungen nicht dem Zoll vorzuziehen gewesen wären: der Antrag Jaurès hat bekanntlich in Frankreich wie der Antrag Kanitz in Deutschland (oder wie in England die Lloyd Georgesche Produktionspolitik der Kriegszeit) die glatte unmittelbare staatliche Sicherung eines lohnenden Erzeugerpreises für das heimische Getreide vorgeschlagen. Nachdem man aber einmal, nicht zum wenigsten infolge der vollständigen Negation und der beschämenden Verständnislosigkeit der namhaftesten liberalen Wortführer, den Zoll als Abwehrwaffe gegen verheerenden Preisdruck gewählt hatte, war sein Ausmaß selbstverständlich nicht ein für allemal aus einer feststehenden Formel oder Beweisführung zu entnehmen, sondern man mußte damit wechselnd den großen periodischen Preisschwankungen folgen, so daß der Zoll folgerichtig mit der weiteren Verschärfung der Agrarkrise nicht gleichbleiben

und erst recht nicht sich vermindern konnte: was natürlich umgekehrt auch heißt, daß er bei Wiedererholung der Preise das Recht auf die Weiteranwendung seines Höchstausmaßes verliert.

Der Bund wurde nach dem Ausscheiden Bismarcks mehr und mehr der Träger dieses handelspolitischen Agrarschutzes; selbstverständlich nicht nur für das Brot- und Futterkorn, bei dem die von außen her geschaffenen Preisverschiebungen sich am nachdrücklichsten vollzogen, sondern für das ganze weite Gebiet der international bedrohten Agrarproduktion. Hat der Bund damit im öffentlichen Leben Deutschlands in Wirklichkeit eine *reaktionäre* Rolle gespielt, so wie dies Eugen Richter jederzeit nachzuweisen versuchte? Reaktionär nennt man, glaube ich, als guter Marxist den einsichtslosen Versuch unter neuartigen wirtschaftlich-sozialen Voraussetzungen und gegenüber neuartigen Wirtschaftsentwickelungen alte, aus früheren Entwicklungsbedingungen entsprossene politische Vorstellungen und Maßnahmen als unantastbare Überlieferung aufrechterhalten zu wollen. Ein solcher Versuch lag aber, wenn die oben gegebene Darstellung richtig ist, viel mehr auf liberal-antiagrarischer als auf bündlerischer Seite vor. Und können Parteien, die, ohne jedes eigene Agrarprogramm, an die Stelle des Zolles überhaupt nichts dem neuerwachten Schutzbedürfnis Entsprechendes zu setzen wissen, mit Recht über Verrat und treulosen Abfall klagen, wenn ihre ehemaligen ländlichen Wähler nicht nur dem ungenügend gewordenen politischen Gehellen sondern gleich weiter noch den geistig unbeweglichen Parteien der unwandelbaren freien internationalen Konkurrenz entschlossen den Laufpaß geben? Wuchs nicht ein gut Stück des Verfalls und Elends der deutschen liberalen Entwicklung, nach dem vielverheißenden Aufschwung in den sechziger und siebziger Jahren, aus diesem Versagen in schicksalsschwerer Stunde, aus dieser Ablehnung jeder agrarpolitischen Neuorientierung empor?



BER der Bund hat auch mehr innerpolitisch großen Umgestaltungen Bahn gebrochen. Daß viele davon unseren Interessen, den Interessen der Arbeiterklasse, nicht ohne weiteres zusagen, ist bei der Uneinheitlichkeit der klassengespaltenen heutigen Gesellschaft am Ende kaum vermeidlich: eine subjektive Verschuldung des Bundes brauchte dies jedoch keineswegs zu begründen. Aber hätten wir als Arbeiter Anlaß gehabt deshalb jederzeit in das Verdammungsgeschrei der Vertreter von Handels- und Börseninteressen einzustimmen, die doch erst recht nicht einfach und jederzeit mit den Klassenzielen der Arbeiter sich decken?

Je weniger die Wagschale der Einkommens- und Vermögensvermehrung sich zugunsten der landwirtschaftlichen Unternehmer und bäuerlich-ländlichen Massen neigte, desto nachdrücklicher mußten diese bei Steuersteigerungen die bisher bevorzugten oder wegen steuertechnischer Schwierigkeiten geschonten Kapitalsgebiete heranzuziehen suchen. Bei Börsensteuern, Zuwachsteuern und ähnlichem konnten wir dieses leichterklärliche Streben beobachten, gar nicht selten mit ansehnlichem Erfolg und in der Richtung einer unverlierbaren Weiterbildung unseres gesamten Steuersystems. Diese Steuerreformen, in Wahrheit oft weiter nichts als Anläufe zur erstmaligen Eingliederung der mit den alten Steuergeländen gar nicht oder ganz ungenügend erfaßbaren allermodernsten Einkommens- und Vermögenssteigerun-

gen in die allgemeine Steuerverfassung, waren sie nichts als reaktionär? Wenn gewisse Handelsformen, rein aus den souveränen Ansprüchen des großkapitalistischen Handels geboren, mit den Interessen der Produktion, in unserm Fall der landwirtschaftlichen Produktion, nicht immer in Einklang stehen, so mag mancher agrarische Reformversuch daneben gegriffen haben und nicht zweckmäßig gewesen sein. Glattweg reaktionär ist er darum noch lange nicht, so wenig wie wir Anlaß haben die gegenteiligen Forderungen des Groß- und Börsenhandels unbesehen als Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts hinzunehmen.

Wer erinnert sich noch der ungeheuren Aufregung, als, gleichfalls von der agrarischen Preiserniedrigung und Absatznot vorwärtsgetrieben, der Kampf gegen die Ersatzlebensmittel anhub: gegen die Margarine, die sich beliebig mit der Butter vermischte, wenn nicht als Primabutter anbot, gegen die Weinstreckung, die Wasser, Zucker und Fusel in edelsten Traubensaft verwandelte, gegen das minderwertige und gesundheitsschädliche Fleisch, das ganz unzureichend von dem vollwertigen Erzeugnis abgegrenzt war, gegen das Sacharin, in dem wir womöglich die höhere Erscheinungsform des Zuckers verehren sollten? Die gemeinsame Grundanschauung aller dieser gesetzgeberischen Bestrebungen ist heute beinahe Gemeingut aller politischen Parteien geworden, ohne daß wir in den *junkerlich-agrarischen Polizeistaat* rettungslos hineinzuwachsen fürchten. War die Agrarbewegung, soweit sie diese Reformen erzwang und unterstützte, nichts als wirtschaftlich reaktionär?

Was die Verteilung der öffentlichen Lasten und Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden, zwischen mehr ländlichen und städtischen Verbänden anlangt, so haben wir im letzten Menschenalter überraschend große Verschiebungen erlebt, abermals vielfach auf Anregung und unter Mitwirkung der Landwirtschaftsvertretungen, mit dem Bund und seinem Massenerfolge an der Spitze. Auch gegen diese *Gefährdung der Selbstverwaltung* und diese Zurückdrängung der Wünsche der leistungsfähigsten Städte haben nicht selten liberale städtische Verwaltungen entrüstet protestiert. Aber auch dieser vielbefehdete Zug der Zeit erwies sich nach vielen Richtungen als unwiderstehlich, und unsere Partei, die seit jeher, häufig aus den eindrucksvollen Erfahrungen hilflos steuerschwacher Arbeitergemeinden heraus, weitergehenden Verstaatlichungen (beispielsweise auf dem Gebiet des Schul-, Armen- und Gesundheitswesens) zuneigte, sollte hier wie bei den obenerwähnten Fragen ganz unbefangen zwischen den streitenden Teilen und mit voller Entschließungsfähigkeit nach der einen oder andern Seite Stellung nehmen. Denn die Erfüllung von wichtigen, unter Umständen recht kostspieligen Staatsaufgaben und staatsgesetzlich auferlegten Pflichten konnte offenbar zwar so lange unangefochten den Kommunen überlassen und anvertraut werden, als im Durchschnitt der Gemeinden der Fortschritt des Wohlstands und die Hebung der Steuerkraft ziemlich gleichmäßig blieb, also in der Überzahl der Gemeinden etwa dem Durchschnitt des Staates selber entsprach: die größere finanzielle Interessiertheit des verpflichteten örtlichen Verbandes verbürgte alsdann, wie man mit Recht betonte, die sparsamere Zweckerfüllung. Vollzieht sich jedoch (man denke an die neueren aufsehenerregenden Streitfälle zwischen industriellen und industriebenachbarten Betriebs- oder Villengemeinden und reinen Arbeitervororten) die kom-

munale Wohlstandsentwicklung empfindlich ungleichmäßig, womöglich in schroffen Gegensätzen zwischen einerseits dauernd steuerstillstehenden und steuerverarmenden und andererseits stetig steuererstarkenden Gemeinden, so wird die unterschiedslose Zuweisung von staatlichen und öffentlichen Aufgaben mehr und mehr zu einer Härte, die sich rasch bis zur unbedingten Unerträglichkeit steigern kann. Brachte uns nun die Agrarkrisis fast durchgängig, vor allem fernab von den Großstädten und Industrierevieren, ein *(absolutes oder doch relatives)* Zurückbleiben des flachen Landes gegen die Industrie- und Stadtgebiete, einen verhältnismäßigen Stillstand, wenn nicht gar einen absoluten Rückgang der landwirtschaftlichen Mehrwertsanteile *(und selbst der Löhne)* im Vergleich zu den industriell-städtischen großen Einkommen und Vermögen *(und selbst gegenüber dem Staatsdurchschnitt der Löhne)*, so kann unter solchen Umständen der notwendige Lastenausgleich offenbar nur in einer Zurücknahme von Staatsaufgaben unmittelbar auf den Staat selber, oder in stärkeren Staatszuwendungen an die entkräfteteren kommunalen Staatsteile gefunden werden: ein Lastenausgleich, der, einfach den bisherigen Zustand zum Ausgangspunkt genommen, natürlich in letzter Linie immer den steuerkräftigen Staatsteilen, die wirtschaftlich sonderbegünstigten Gemeinden eingeschlossen, *nimmt*, um den hilfloseren Staatsteilen und Gemeinden zu *geben*, und der deshalb kaum jemals auf den sofortigen Beifall der bisher Privilegierten, also meist großer Stadtverwaltungen, rechnen kann. Der Staat hat nach diesen Gesichtspunkten seine Zuschüsse zur Schulunterhaltung, zur Lehrerbesoldung, vorwiegend für ländliche Bezirke, beträchtlich erweitert. Man hat durch Änderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes die Last zwischen vorwiegenden, meist ländlichen Erziehungs- und Abwanderungsgemeinden und industriell-städtischen Zuwanderungs- und Ausbeutungsgebieten wesentlich anders geregelt, man ist ähnlich seit 1899-1900 bei der Invalidenversicherung den mehr agrarischen, beim Fortbestand der alten Gesetzgebung ungünstiger gestellten Versicherungsanstalten durch die Scheidung von Sonderlast und Gemeinlast beigesprungen. Sicherlich, man kann Einzelheiten aller solchen Neuordnungen mißbilligen. Aber wir Sozialdemokraten sind alle in staatlich-zentralistischen Vorstellungen aufgewachsen; jedenfalls möchten wir die öffentlichen Lasten immer entsprechend der gegebenen und wechselnden Einkommens- und Vermögensgestaltung verteilt sehen: natürlich nicht nur zwischen Steuerindividuen sondern ebenso zwischen ganzen Staatsteilen, zwischen den großen Besitz- und Berufsklassen und deshalb nicht zum wenigsten auch zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft. So hat es gerade für uns wenig Sinn wie ein enttäuschter Großstadtkämmerer nur reaktionäre Quertreibereien zu erblicken, wo tatsächlich große grundlegende wirtschaftliche Wohlstandsverschiebungen mehr oder weniger ungestüm ihren politischen Ausdruck verlangten.

WAS die Agrarbewegung dazu beitrug das persönliche, soziale und politische Selbstgefühl des Bauerntums, dieser dereinst stillbescheiden im Hintergrund verharrenden Klasse, zu heben, weiß jeder, der die letzten Jahrzehnte beobachtend miterlebt hat. Auch wenn man von falschen bisherigen Bahnen spricht, wird man nicht vergessen dürfen, daß nur eine Klasse, die zum Bewußtsein ihrer Selbständigkeit gelangt, in Zukunft die für sie richtigen Wege zu bestimmen vermag.

Was der Bund (immerhin nur ein Teil der Agrarbewegung, der vor allem durch die ihm engverbündeten, glänzend entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaften ergänzt wird) in freier Organisation für die Landwirtschaft, für die genossenschaftliche Versorgung des flachen Landes, für Versicherung, Rechtsauskunft, kaufmännische und technische Aufklärung, für die möglichst zwischenhandelsfreie Verbindung zwischen Produktion und Konsum und noch vieles andere leistete, faßt soeben eine sehr lesenswerte stattliche Jubiläumsschrift in großen Zügen zusammen.¹⁾ Aber auch hier wird man, nachdem ein Menschenalter der lärmendsten Kritik hinter uns liegt, den peinlichen Eindruck nicht los: daß der städtische durchschnittliche Zeitungsleser von allen diesen achtungsgebietenden Taten und Errungenschaften ungefähr ebenso viel, das heißt ebenso wenig weiß wie etwa die Zöglinge des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie von den Arbeitergewerkschaften. Die Agrarbewegung bleibt für ihn: *Zirkus Busch* nebst nachfolgendem Tauentzien- und Friedrichstraßenbummel.

Man kann erwidern: Diese Verständnislosigkeiten beruhen auf Gegenseitigkeit und heben sich deshalb, wie Beleidigungen vor Gericht, gegen einander auf. Denn ungefähr ebenso geistreich wie die antiagrarisches Handelspresse über die Bündlerparade schreibt das bündlerische Blatt seinerseits über die Lukullusplatten und die Freudenfeste des Berliner Gewerkschaftshauses. Aber ist es nicht tiefbeschämend, daß zwei große Produktionsschichten und wirtschaftlich-soziale Organisationen, die, wie der Krieg mehr denn je erwiesen hat, trotz allen Interessenabweichungen so sehr auf einander angewiesen sind, für die so viele gemeinsame Aufgaben in Gegenwart und Zukunft sich erheben, lediglich das alte Carlylesche Wort bestätigen von den zwei Nationen, die sich wohl hassen, aber nicht kennen?

LUDWIG QUESSEL · OSTFRIEDE UND ANGEL-SÄCHSISCHER MACHTZUWACHS

NOCH ehe der Ostfriede zu seinem Abschluß gelangt war, zeitigte er in Ostasien die Wirkung, daß Japan sich zu einer starken Anlehnung an die Politik Englands und Amerikas gezwungen sah. Die Annäherung Japans an die beiden angelsächsischen Reiche kann, nachdem Japan auf britisches Drängen bereit zu sein scheint einen erheblichen Teil des asiatischen Rußlands zu besetzen, kaum noch in Zweifel gezogen werden. Solange Rußland sich in militärischer Ohnmacht befindet, bleibt Japan auch kaum etwas anderes übrig als in den asiatischen Fragen Hand in Hand mit England und Amerika zu gehen, weil es allein zu schwach ist eine gegen diese beiden Großmächte gerichtete Politik aufrechtzuerhalten. Ein Rückblick auf die Veränderungen und Schwankungen der japanischen Politik während des Krieges wird diesen Sachverhalt des nähern klarlegen.

Als Japan 1914 gegen uns zu den Waffen griff, schien es, als ob es in Reich und Glied mit den übrigen Ententemächten marschieren und sich von diesen

¹⁾ Siehe 25 Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes: Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte, bearbeitet von von Klesenwetter /Berlin 1918/. Von sozialdemokratischer Seite sind die agrarischen Reformen wohl am ausführlichsten in meinem Sozialdemokratischen Reichstagshandbuch /Berlin 1902/ behandelt: siehe dort die Artikel Freizügigkeit, Unterstützungswohnsitz, Fleischbeschau, Margarine, Börsengesetzgebung, Agrarier und Agrarbewegung, Antrag Kanitz, Identitätsnachweis und andere mehr.

seine Politik vorzeichnen lassen werde. Nachdem Kiautschou erobert und die Provinz Schantung von japanischen Streitkräften besetzt worden war, zeigte es sich jedoch bald, daß Japan eine in direktem Gegensatz zu den angelsächsischen Interessen stehende Politik zu vertreten entschlossen war. Die Forderungen Japans an China, deren Annahme in Peking durch die Drohnote vom 7. Mai 1915, die den Charakter eines Ultimatums trug, erzwungen wurde, war zunächst für die amerikanische Chinapolitik ein Schlag ins Gesicht. Mit kräftiger Hand wurde von Japan die amerikanische Haydoktrin, die die Begründung neuer japanischer Interessensphären und eine Vorzugsstellung japanischer Unternehmungen in China als unvereinbar mit den Lebensnotwendigkeiten Amerikas bezeichnet, beiseite geschoben. Denn die erste Gruppe der japanischen Forderungen gegenüber China begründet besondere Interessen Japans an der Südmandschurei, der innern Ostmongolei und an den beiden chinesischen Provinzen Schantung und Fukien. Die Rechte, die Japan in diesen Gebieten für sich in Anspruch nimmt, verwandeln die Südmandschurei und die innere Ostmongolei nahezu in Kolonien Japans, während Schantung und Fukien als scharf umrissene Interessensphären des Japanischen Reiches erscheinen. Die zweite Gruppe der japanischen Forderungen an China stellte insoweit eine völlige Negation der Haydoktrin dar, als sie japanischen Unternehmern eine Vorzugsstellung bei der Kohlen- und Erzförderung, bei der Roheisengewinnung und dem Eisenbahnbau in China verschafft und damit Japans militärische Leistung in einem Krieg gegen die Vereinigten Staaten sicherzustellen sucht. Die dritte Gruppe der japanischen Forderungen, die sich auf die Handhabung der Regierungsgewalt in China bezieht, war zugleich gegen Amerika und England gerichtet. Sie zielt dahin der chinesischen Regierung »zahlreiche japanische Ratgeber« aufzudrängen und Japan eine Stellung in China zu verschaffen, wie sie England vor dem Krieg in Ägypten innehatte. Die Forderungen Japans an China vom 26. April 1915, denen sich China am 7. Mai 1915 unterwarf, sind eine vollständige Abkehr der japanischen von der angelsächsischen Chinapolitik und stellten die Existenz der Haydoktrin völlig in Frage. Ein Abgrund zwischen der Chinapolitik Japans und der angelsächsischen Reiche tat sich im Frühjahr 1915 auf. Der Gegensatz zu Japan wurde namentlich in den Vereinigten Staaten so stark empfunden, daß den Amerikanern ein Krieg gegen Japan nahezu als unvermeidlich erschien.

Zu welcher Leidenschaft die Erregung gegen Japan sich in Amerika steigerte, ist in den Sozialistischen Monatsheften in anderm Zusammenhang schon früher geschildert worden. Im Gegensatz zu der ängstlichen Zurückhaltung der amerikanischen Diplomatie, die sich in einer am 16. Mai 1915 in Tokio überreichten Note mit der Erklärung begnügte, daß sie die neue japanische Chinapolitik »nicht anerkennen« könne, floß die öffentliche Meinung Amerikas von entrüsteter Kritik an dem Vorgehen Japans gegen China förmlich über. Doch damit nicht genug. Vom Frühjahr 1915 an war das politische Leben in Amerika von einer leidenschaftlichen Agitation für eine gewaltige Aufrüstung zu Wasser und zu Lande erfüllt. Noch im Jahr 1915 kam die amerikanische Riesenflottenvorlage zur Ausarbeitung, die 2,1 Milliarden Mark jährlich für maritime Rüstungen vorsieht. Gegen wen diese gerichtet waren, darüber ließ die amerikanische Presse keinen Zweifel. Sie sollten, so hieß es, zur Aufrechterhaltung der Haydoktrin gegenüber Japan dienen.

In Zeitungen, Broschüren und Büchern bemühten sich die Publizisten Amerikas es der amerikanischen Bevölkerung klarzumachen, daß die Abwehr von Angriffen gegen die auswärtige Politik eines Landes ebenso notwendig und gerechtfertigt sei wie die Zurückweisung feindlicher Handlungen gegen die territoriale Integrität eines Staates, daß Kriege heutzutage zumeist geführt würden, nicht um einen feindlichen Angriff abzuwehren, sondern um die auswärtige Politik des Landes anderen Staaten gegenüber unvermindert aufrechtzuerhalten. Daher wäre es auch gar nichts Seltsames, wenn Amerika sich auf einen Krieg mit Japan vorbereite, lediglich um der Geltung der Haydoktrin willen, weil diese neben der Monroedoktrin der weitaus wichtigste Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik sei:

»Jeder Krieg, den die Vereinigten Staaten geführt haben, ist der Politik . . . wegen geführt worden. Auch der große europäische Krieg ist durch politische Konflikte hervorgerufen worden. In den letzten beiden Jahrhunderten brach nahezu jeder Krieg der Politik wegen aus, und es ist gewiß, daß jeder künftige Krieg der Politik wegen geführt werden wird. . . In der Gegenwart und wahrscheinlich auch in der Zukunft werden die Nationen nicht nur durch ihre eigene sondern auch durch die Politik der anderen Nationen in den Krieg gebracht werden. Aus diesem modernen Zustand unserer Zivilisation müssen wir den Schluß ziehen, daß es für eine Nation häufig ebenso obligatorisch und notwendig ist eine Politik aufrechtzuerhalten, wie Land und Souveränität zu verteidigen. Die beiden Punkte nun, in denen die Politik Japans und der Vereinigten Staaten antagonistisch ist, stehen in engster Beziehung zu den Rechten, die Amerika gegenüber Japan zu verteidigen hat. Amerikas militärische Vorbereitungen zur Verteidigung seiner Stellung im japanisch-amerikanischen Auswanderungsstreit, die sich auf Japans derzeitige Stellung, Größe und Bevölkerung gründen, würden nicht mehr ausreichend sein, wenn Japan die Kontrolle über die immense Bevölkerung und die Hilfsquellen Chinas erwirbt. Dehnt Japan sich in Ostasien aus, vermehrt es damit seine aktuelle und potentielle Kraft, so wird sich Amerikas defensive Rüstung entsprechend vergrößern müssen. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Politik (Hay- und Monroedoktrin) nicht in China und auf dem Stillen Ozean verteidigen wollen, solange sie dort verteidigt werden kann, so werden sie später weit größere militärische Maßnahmen, als jetzt zum Schutz ihrer Chinapolitik erforderlich wären, ergreifen müssen, um Land, Souveränität und Lebenshaltung gegen ein konsolidiertes Ostasien unter Japans Kontrolle zu verteidigen.«¹⁾

Zum Verständnis der amerikanischen Politik gegenüber Japan muß hier auf den engen Zusammenhang zwischen Hay- und Monroedoktrin eingegangen werden. Die Haydoktrin ist zu dem Zweck als unverletzlicher Grundsatz der amerikanischen Außenpolitik proklamiert worden, um jeden Machtzuwachs Japans in Ostasien auf Kosten Chinas zu vereiteln. Amerika wirft sich zum Beschützer der chinesischen Souveränität und Integrität auf, um Japan niederzuhalten. Die Haydoktrin wendet sich deshalb dagegen, daß irgendein Staat wirtschaftlich oder politisch eine Vorzugsstellung in China erwirbt. Praktisch richtet sich aber die Haydoktrin trotz ihrer allgemeinen Fassung lediglich gegen Japan. Die Japaner brauchen die chinesischen Erze und Kohlen zu ihrer militärischen Leistung und müssen daher versuchen sich diese durch Erwerb einer Vorzugsstellung in China für alle Fälle zu sichern. Dagegen lehnt sich aber gerade die Haydoktrin auf, die in der Ausbeutung der chinesischen Erdschätze keinem Staat, am allerwenigsten jedoch Japan, eine Vorzugsstellung einräumen will. Die japanische Industrie ist dem freien Wettbewerb der europäischen und amerikanischen Industrie zumeist noch nicht gewachsen und strebt daher nach Einflußsphären in China, um durch verschiedene Maßnahmen, zum Beispiel durch niedri-

¹⁾ Siehe Millard Our Eastern Question /New York 1916/, Seite 273 f.

gere Eisenbahntarife und Hafengebühren für japanische Waren, die europäische Konkurrenz fernzuhalten. Die Haydoktrin stellt aber das Prinzip der gleichen kommerziellen Gelegenheit für alle Nationen auch für die Interessensphären auf, soweit sie diese überhaupt gelten läßt. Politisch und kommerziell tritt die Haydoktrin Japan in China auf Schritt und Tritt entgegen. Sie wird von Japan daher auch geradezu als eine Fessel am Fuß empfunden. Die Haydoktrin, die für das chinesische Ries Reich aufgestellt worden ist, steht nun aber wieder in engster Beziehung zur Monroe doktrin, die für ganz Amerika gilt. Der Grundsatz Monroes vom Jahr 1823 »Amerika den Amerikanern!«²⁾ verwandelt sich immer mehr in die Parole »Amerika den Vereinigten Staaten!«²⁾ Immer offener tritt das Bestreben der Regierung in Washington zutage die Einwandererfrage nicht nur für die Vereinigten Staaten sondern auch für ganz Mittel- und Südamerika zu regeln. Praktisch wird durch die Regelung der Einwandererfrage allein Japan geschädigt. Was Japan in der Einwandererfrage von Amerika fordert, sind die gleichen Rechte für seine nach Amerika auswandernden Staatsangehörigen wie sie die Auswanderer der europäischen Staaten genießen. In diesem Anspruch Japans auf Rechtsgleichheit für seine Auswanderer sehen die Vereinigten Staaten jedoch einen Angriff auf denjenigen Teil ihrer auswärtigen Politik, den sie als Monroe doktrin bezeichnen. Die japanische Einwanderung ist ihrer Meinung nach unvereinbar mit einer auswärtigen Politik, die Amerika für die Amerikaner sichern will.

Es ist zum Verständnis der ostasiatischen Fragen von großem Wert den amerikanischen Standpunkt in der Einwanderungsfrage kennen zu lernen.

Die japanische Einwanderung ist nach der Ansicht der Nordamerikaner für alle Völker europäischer Herkunft, die in der Neuen Welt zu finden sind, zunächst eine soziale Gefahr. Man beruft sich hierbei auf japanische Gelehrte, die selbst zugegeben haben, daß 5 Japaner von dem leben können, was ein einziger deutscher Einwanderer in Amerika braucht. Von dem, was ein amerikanischer Arbeiter angelsächsischer Herkunft zu seinem Lebensunterhalt benötigt, sollen sogar 10 Japaner erhalten werden können. Die hohe Lebenshaltung der amerikanischen Bevölkerung sei auch die Ursache, weshalb die überschüssige Bevölkerung Japans nach Amerika drängt. Bei der Auswanderung nach China finden die Japaner, daß sie in ein Land gelangt sind, das eine niedrigere Lebenshaltung für die arbeitenden Klassen als Japan aufweist. Das Umgekehrte ist der Fall, wenn sie nach Amerika auswandern. Hier finden sie gegenüber ihrer Heimat ein erweitertes ökonomisches Feld, das ihnen die Möglichkeit gibt zu einer höhern Lebenshaltung emporzusteigen. In China sind die japanischen Einwanderer dagegen genötigt zu der Lebenshaltung der chinesischen Bauern oder Kulis herabzusteigen. Allerdings befähigten die Vorrechte, die Japan sich für seinen Handel in China gesichert habe, einige Japaner ihre Lebenshaltung wesentlich zu erhöhen, indem sie sich kommerziellen und anderen höheren Beschäftigungen zuwenden; aber für die Millionen japanischer Bauern, die in der Heimat nicht genügend Land zum Leben haben, stellt China keine Lockung dar. Nicht auf China mit seiner niedrigeren Lebenshaltung sondern auf Amerika mit seinem hohen standard of life seien die Blicke der japanischen Auswanderer ge-

²⁾ Siehe Hase a c l e v e r Die Bedeutung der Monroe doktrin für die amerikanische Politik der Gegenwart (Halle 1918), Seite 12.

richtet, weil sie hier Raum für eine immense Verbesserung ihrer Lage finden. Es sei daher auch eine falsche Annahme, daß der japanische Drang nach Amerika geringer werden würde, wenn man China den Japanern überlasse. Gestärkt durch den Machtzuwachs, den die Japaner durch die Überlassung Chinas erlangen müßten, würde sich ihre Neigung zur Auswanderung nach Amerika und zur Durchbrechung der Schranken, die sich ihr entgegenstellen, um so stürmischer äußern. Aus diesem Zusammenhang ergebe sich, daß die Haydoktrin, die verhindern soll, daß China in die Machtsphäre Japans fällt, zur Sicherung des amerikanischen standard of life aufgestellt worden ist. Dieser könne in seiner gegenwärtigen Höhe nur erhalten werden, wenn Japan schwach bleibt und die gegen die japanische Einwanderung gerichteten Schranken nicht zu zertrümmern vermag.

Wie den standard of life der amerikanischen Bevölkerung, so stelle die japanische Einwanderung aber auch die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten in Frage. Die japanische Einwanderung sei daher für Amerika auch eine politische Gefahr. Überall, wo die Japaner sich niederließen, bildeten sie bald einen Staat im Staat. Selbst in Gebieten mit farbiger Bevölkerung wie in Mexiko, wo ihrer Vermischung mit den Eingeborenen kein Hindernis bereitet werde, sonderten sie sich von der übrigen Bevölkerung ab. Aus dem Gefühl der Rassenüberlegenheit heraus lehnten sie es ab in der heimischen Bevölkerung der farbigen Gebiete Amerikas aufzugehen. Bliebe zum Beispiel die japanische Einwanderung nach Mexiko unbeschränkt, so würde sich eine rein japanische Bevölkerung auf mexikanischem Boden entwickeln, die in wenigen Jahren auf einige Millionen anwachsen könnte. Ehe sie aber diese Zahl erreichte, hätten die Japaner die politische Leitung Mexikos längst an sich gerissen. Nach den Erfahrungen, die man mit den Japanern in Korea, Formosa und in der Mandschurei gemacht habe, müsse man damit rechnen, daß bei unbeschränkter Einwanderung in Mexiko ein japanisches Staatswesen, zum mindesten eine japanische Einflußsphäre, an der Südgrenze der Vereinigten Staaten entstünde. Das wäre aber die völlige Negation der Monroedoktrin, die die Begründung europäischer oder asiatischer Kolonien auf amerikanischem Boden verbietet. Praktisch genommen sei gegenwärtig Japan der einzige Staat, der mit seiner Auswanderungspolitik die Monroedoktrin bedroht. Die auswärtige Politik Amerikas gegenüber Japan sei daher in der Monroe- und der Haydoktrin enthalten. Um die Monroedoktrin aufrechtzuerhalten, müßten die Vereinigten Staaten dafür sorgen, daß die Japaner von allen Teilen Amerikas ferngehalten werden. Zur Ergänzung der Monroedoktrin müsse aber auch die Haydoktrin, die die Japaner von China fernhalten will, in Geltung bleiben, weil ein Japan, das sich China unterwirft, leicht stark genug werden könnte, um die Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen für Japaner in Amerika durch einen Krieg zu erzwingen. Es lohne sich daher für die Aufrechterhaltung der Haydoktrin, die eine wesentliche und unentbehrliche Stütze der Monroedoktrin sei, einen Krieg gegen Japan zu führen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der antagonistische Charakter der japanischen und der amerikanischen Außenpolitik in Tokio und China niemals tiefer empfunden worden ist als in diesem Krieg. Zugleich hatte man aber in Washington auch die unerschütterliche Überzeugung, daß, wenn England in diesem Krieg besiegt wird, die Hay- und die Monroedoktrin nicht mehr auf-

rechtzuerhalten seien. So mußte die gleiche Richtung der auswärtigen Politik die Vereinigten Staaten unvermeidlich an die Seite Englands führen. Mit der selben innern Notwendigkeit mußte aber auch Japan zu Rußland gelangen. Die japanische Politik ist mit der russischen leicht auszugleichen. Ein Interesse Rußlands bei dem japanisch-amerikanischen Auswanderungsstreit die Partei der Amerikaner zu ergreifen liegt nicht vor. Die Monroedoktrin ist von Rußland auch nie anerkannt worden. Was die Haydoktrin betrifft, so ist an deren Aufrechterhaltung Rußland auch nicht interessiert. Im Gegenteil. Für Rußland ist eine Verständigung mit Japan über die Aufteilung Chinas in japanische und russische Interessensphären von Vorteil, weil die russische Industrie die Konkurrenz der europäischen ebenfalls schwer ertragen kann und Rußland ein gegen Amerika und England gerichtetes starkes Japan nicht zu fürchten braucht. Sobald der japanische Auswandererstrom sich einmal ungehindert nach Mittel- und Südamerika ergießen kann, wird er die nördlichen Randgebiete Chinas, auf die Rußland ein Auge geworfen hat, von selbst unberührt lassen. Die Japaner können wieder ihr Desinteressement an den chinesischen Randländern leicht aussprechen, wenn sie das eigentliche China mit seinen ungezählten Millionen fest in die Hand bekommen. Wir wissen heute, daß auf dieser Basis das japanisch-russische Bündnis vom Sommer 1916 zustande gekommen ist. Seinen geheimen Teil hat die Iswestija mit den Worten charakterisiert, es stelle ein »Geheimabkommen zwischen Rußland und Japan« dar, »das ein bewaffnetes Auftreten gemeinschaftlich gegen Amerika und England im Fernen Osten vor dem Jahr 1921 ins Auge faßt«. Es ist notwendig sich die volle Tragweite dieses Abkommens zu vergegenwärtigen. Zunächst ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß zu Beginn des Jahres 1916 Rußland und Japan den Bruch mit der Entente innerlich bereits vollzogen hatten. Wenn das alte Rußland trotzdem den Krieg gegen Deutschland weiterführte, so war daran einmal allerdings die starke anglophile Strömung in der russischen Duma schuld, dann aber auch, daß die deutsche Politik an dem Bethmannschen Programm, die besetzten Gebiete dürften an Rußland nicht mehr zurückgegeben werden, festhielt. Auf dieser Basis war mit dem alten Rußland ein Sonderfrieden freilich nicht zu erzielen. Zu einem solchen konnte man auf dieser Grundlage mit Rußland erst nach Verlauf von 2 weiteren Kriegsjahren gelangen, als durch den Bolschewismus das Russische Reich schon vollständig wehrlos gemacht worden war. Die Voraussage aller einsichtigen Politiker, daß nur ein völlig wehrloses Rußland die Bethmannschen Bedingungen annehmen werde, ging dann allerdings in Erfüllung.

Erst eine spätere Zeit wird feststellen können, wie die großartigen Möglichkeiten, die die Abwendung Rußlands und Japans von der Entente im Jahr 1916 für die Sicherung der deutschen Zukunft bot, genutzt worden sind. Irgendein positives Resultat konnte eine Politik, die in der Bildung abhängiger Randstaaten im Osten eine Sicherung Deutschlands gegen das Angelsächsentum sah, allerdings nicht erreichen. Der militärische Zusammenbruch des bolschewistischen Rußlands machte die Verwirklichung des Bethmannprogramms möglich, aber er trieb auch Japan in die Arme der Entente zurück. Diese Rückkehr Japans zur Politik der Entente ist durch den amerikanisch-japanischen Ausgleich, der am 2. und 3. November 1917 durch den Austausch von Noten zum Abschluß kam, äußerlich dokumentiert worden. Man kann mit großer Sicherheit annehmen, daß Japan sich Amerika gegenüber

verpflichtet hat die Hay- und die Monroedoktrin zu respektieren und es dafür das Desinteressement der Vereinigten Staaten an der japanischen Besetzung von Russisch Ostasien eingetauscht hat. Was jetzt in Ostasien geschieht, wird den Bedingungen des japanisch-amerikanischen Ausgleichs von 1917 wohl in allen Stücken entsprechen. Japan verzichtet vorläufig auf seine großen Ziele und begnügt sich, auf eine bessere Zukunft wartend, mit Ost-sibirien, einem Gebiet, das es im Grunde gar nicht begehrte, und das es vielleicht wirklich nur mit einem gewissen Widerstreben in Besitz nehmen wird.

Kein Zweifel, daß unser Ostfriede einen gewaltigen Machtzuwachs des Angelsachsentums in sich schließt. Von den beiden Großmächten, die sich im Jahr 1916 heimlich gegen es verbunden hatten, liegt die eine vorläufig wehrlos am Boden, während die andere sich einstweilen zur Anerkennung der amerikanischen Doktrinen gezwungen sah. Der einzige Feind, den das Angelsachsentum jetzt noch zu fürchten hat, ist Deutschland. Was Wunder, daß es heute mehr denn je einem Verständigungsfrieden abgeneigt ist! Denkt man an den russisch-japanischen Geheimvertrag von 1916 gegen England und Amerika, so kann man auch erst recht das leidenschaftliche Interesse Englands am Sturz des Zarismus verstehen. Durch Förderung der revolutionären Bestrebungen in Rußland wollte es jenen Geheimvertrag annullieren, selbst auf die Gefahr hin, daß Rußland gegenüber Deutschland wehrlos werden könnte. Ein wehrloses Rußland war für England gegenüber einem starken, das sich vorbereitete gemeinschaftlich mit Japan Krieg gegen England und Amerika bis spätestens 1921 zu führen, gewiß das kleinere Übel, und zwar um so mehr, als ein in Ostasien isoliertes Japan wieder reuig in die Arme der Entente zurückkehren mußte. Wenn daher der Ostfriede von den Anhängern der westlichen Orientierung als ein großer Machtzuwachs Deutschlands hingestellt wird, so ist es wohl den östlich orientierten deutschen Politikern gestattet auf die Kehrseite der Medaille hinzuweisen, das heißt auf die Machterweiterung, die die beiden angelsächsischen Reiche durch die Vorgänge erfahren haben, die den Ostfrieden möglich machten.

CARL STOLL · EINE AUFGABE FÜR DEN DIREKTEN VERKEHR ZWISCHEN VERBRAUCHERN UND ERZEUGERN

MILCHERZEUGUNG und Milchverbrauch sind mit der längern Dauer des Krieges gewaltig zurückgegangen. Die Milchversorgung ist zu einem der allerschwierigsten Gebiete kommunaler Ernährungswirtschaft geworden. Vor dem Krieg war die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Milch fast ausschließlich Aufgabe des privaten Handels. Daß er diese Aufgabe glänzend gelöst hätte, wird niemand behaupten können. In den Wintermonaten konnte der Bedarf oft genug nicht gedeckt werden, besonders in den Gebieten nicht, deren Bevölkerung stärker auf den Milchgenuß eingestellt war. Aber diese Milchversorgung in Friedenszeiten hatte noch eine sehr unerfreuliche Seite: Es kam unverhältnismäßig viel verfälschte Milch in den Handel. Wer die Gerichtspraxis in den Großstädten kennt, wird das bestätigen müssen.

Milchkaufen ist eine besondere Vertrauenssache. Unsere Konsumvereine sind hervorragende Träger des allgemeinen Vertrauens. Infolgedessen hätten sie schon vor dem Krieg längst Anlaß gehabt in das Gebiet der Milchversorgung einzugreifen. Bei uns in Deutschland ist das bisher nur an wenigen Orten geschehen. Das Beispiel des Baseler Konsumvereins, der zwei Drittel der Bevölkerung Basels mit Milch versorgt, findet in Deutschland kein Analogon. Gewiß, das Gebiet ist äußerst schwierig, und es ist während des Krieges, wo die Milch infolge der großen Futterschwierigkeiten auf dem Land außerordentlich knapp geworden ist, nicht einfacher geworden. Aber ein ermutigender Umstand ist die Tatsache, daß die Konsumvereine allgemein in der öffentlichen Wertung gestiegen sind. Auch aufs Land hinaus ist die Erkenntnis gedrungen, daß die Konsumvereine sich in den großen wirtschaftlichen Erschütterungen dieses Krieges als ein äußerst wichtiger Faktor erwiesen haben.

Diese Höherwertung muß im besten Sinn ausgenutzt werden. Sie muß dazu dienen die in den Sozialistischen Monatsheften so oft schon als notwendig bezeichneten direkten Beziehungen zwischen städtischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten anzubahnen. Wollen unsere Konsumvereine aktiv in das Gebiet der Milchversorgung eingreifen (und sie werden es tun müssen, weil die organisierten Verbraucher es verlangen werden), so müssen sie direkt an die Landwirte heranzukommen trachten. Es wäre ungenossenschaftlich, wollten sie sich irgendeiner Zwischenstufe bedienen.

Wir sehen in den Konsumvereinen Organisationen, deren Tätigkeit stark soziale Tendenzen hat. Sie verkörpern das Prinzip der Gemeinwirtschaft, nicht das der Gewinnwirtschaft. Sie sind zur Wahrnehmung der Konsumenteninteressen ins Leben gerufen, aber es hat sich längst die Wahrheit durchgerungen, daß, wer die Konsumenteninteressen richtig wahrnehmen will, sorgfältig darüber wachen muß, daß auch das berechtigten Produzenteninteresse gewahrt wird. Denn wird das Interesse des Erzeugers verletzt oder gröblich mißachtet, so verliert er die Produktionsfreudigkeit, und den größten Schaden davon haben die Konsumenten. Die Konsumvereine sind entschiedene Gegner des Preiswuchers, jeder unberechtigten Preissteigerung, aber sie sind doch nicht blind gegen die tatsächlichen Bedürfnisse der Produktion, um so weniger, als sie selber immer mehr zur Eigenproduktion übergehen. Die sogenannte reine Konsumentenpolitik, wie sie gelegentlich noch von Leuten gefordert wird, die sich keine Mühe geben die wirklichen Zusammenhänge zu erkennen, ist ein Nonsens und als Richtpunkt für die praktische Arbeit gerade im Interesse der Konsumenten abzulehnen. Mit solcher Politik wird es niemals möglich sein die Verbindung zwischen Landwirtschaft und städtischen Verbrauchern unter Verzicht auf die vielen Zwischenglieder, die die Ware unnütz verteuern, herzustellen.

Über den heutigen Milchpreis brauchen wir uns nicht so sehr zu wundern, denn für die Preissteigerung der Milch ist eine wenigstens halbwegs ausreichende Begründung gegeben. Die Rentabilität einer Kuh steigt natürlich mit der größern Milchergiebigkeit, und sie fällt mit dem Rückgang des Milchertrags. Heute ist die Rentabilität der Milchviehhaltung in vielen Bezirken trotz erhöhten Milchpreisen außerordentlich gedrückt und oft genug ganz ausgeschaltet. An eine Ermäßigung der Milchpreise wird daher so schnell

kaum zu denken sein. Es liegt auch im Allgemeininteresse, daß dieser landwirtschaftliche Betriebszweig rentabel gehalten wird. Eine Verbilligung des Milchpreises ist auch von einem stärkern Eingreifen der Konsumvereine vorerst kaum zu erwarten, wie auf der andern Seite die Vereine bei Aufnahme der Milchversorgung ihrer Mitglieder Rentabilitätsrücksichten nicht voranstellen dürfen. Ihre soziale Tendenz muß sich gerade auf diesem Gebiet bemerkbar machen. Für die organisierten Verbraucher ist es ein gewaltiger Gewinn, wenn sie ihre Milch im Konsumvereinsladen kaufen können; denn sie haben hier die beruhigende Gewißheit, daß sie nicht betrogen werden.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich jetzt während des Krieges Konsumvereine in nennenswerter Anzahl dazu entschließen werden die Milchversorgung ihrer Mitglieder aufzunehmen. Dazu sind die Schwierigkeiten, die der Krieg gebracht hat, zu groß, und die vorhandenen Kapitalien müssen anderen Zwecken dienen. Nicht jeder Verein ist in der günstigen Lage der Hamburger Produktion, die auf Grund hervorragender Leistungen, die für immer ein Ruhmesblatt genossenschaftlicher Initiative bleiben werden, während des Krieges ihren Schlächtereibetrieb zur größten Heeresfleischkonservenfabrik nicht allein Deutschlands sondern ganz Europas ausbilden konnte. Die Produktion, die, abgesehen natürlich von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die größten genossenschaftlichen Eigenbetriebe besitzt, hat schon vor Jahren die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens in das schwierige Gebiet der großstädtischen Milchversorgung eingesehen. Sie ist seit 1912 Besitzerin einer Molkerei in Schwanheide in Mecklenburg, etwa 60 Kilometer von Hamburg, wo sich auch das 1600 Morgen große Genossenschaftsgut befindet. Während des Krieges sind 2 Molkereien in Dithmarschen hinzugekommen. Große Konsumvereine, die das Milchgeschäft jetzt oder später aufnehmen wollen, werden den selben Weg beschreiten müssen. Denn wenn die Milch, bevor sie an die Verbraucher kommt, einen längern Transport zu überstehen hat (und das wird fast immer so sein, denn die Milch in der Nähe der Großstadt pflegt sich in festen Händen zu befinden), ist vor Anlieferung an die Bahn sorgfältige Behandlung nötig, die nur in einer technisch hochstehenden Molkerei möglich ist.

Beim Ankauf einer Molkerei interessieren in erster Linie die Milchziffer und die Möglichkeit einer Steigerung durch Hinzugewinnung von Milchproduzenten. Dann erst kommt der Betrieb selber. Natürlich ist seine technische Ausrüstung nicht gleichgültig. Eine Versandmolkerei muß vor allen Dingen gute Kühlanlagen besitzen. Von Wichtigkeit ist es, daß die Milchziffer einigermaßen stabil ist; das Verhältnis zwischen Sommer- und Winteranlieferung darf schlimmstens wie 4 zu 1 stehen. Es gibt in Marschgebieten Betriebe, die in der besten Zeit im Sommer 15 000 Liter Milch, im Winter aber nur 600 Liter Milch täglich haben. Hier ist das Verhältnis also 25 zu 1. Im Sommer ist dann die Milch infolge der Schwierigkeit der Kannenbeschaffung nicht unterzubringen, im Winter herrscht empfindlicher Mangel. Nach fachmännischem Urteil muß eine Molkerei, um rentabel zu sein, durchschnittlich 2500 Liter Tagesanlieferung haben. An diese Grenze braucht man sich nicht streng zu halten, namentlich dann nicht, wenn die Möglichkeit der Ausweitung des Interessengebietes besteht; diese wird bei Anwendung einer geschickten Taktik sehr oft gegeben sein.

Die beste Taktik ist natürlich die: die Produzenten in gerechter Würdigung

ihrer Arbeit möglichst zufriedenzustellen. Das Bindeglied zwischen Konsumverein und Landwirten stellt zweckmäßig ein Genossenschaftler dar, der die Sprache des Landvolks versteht und spricht, und der etwa die Eigenschaften entwickelt, die wir von einem politischen Landagitator verlangen. Natürlich wird er seinem Unternehmen den größten Dienst erweisen, wenn er sich in den notwendigen Verhandlungen und Versammlungen nicht auf das parteipolitische Gebiet begibt. Aber es schadet nicht, wenn er unter Hinweis auf die gemeinnützigen Bestrebungen der Konsumvereine das Interesse der Landwirte an einem verständigen Kollektivismus besonders betont. Sind milchwirtschaftliche Beziehungen einmal eingeleitet, dann kann es nicht schwer sein sie auch auf andere landwirtschaftliche Produkte auszudehnen. Auch unter diesem Gesichtspunkt will die Beteiligung der Konsumvereine an der städtischen Milchversorgung betrachtet sein. Sie wird in vielen Fällen der Anfang eines erfolgverheißenden direkten Verkehrs zwischen städtischen Verbrauchergemeinschaften und ländlichen Erzeugern sein.

PAUL UMBREIT · DAS GROSSSTADTPROBLEM



VIelen erscheint heute die Entwicklung, die das Städtewesen durchgemacht hat, ungesund. Die Zusammenballung ungeheurer Bevölkerungsmassen, die steinernen Häusermeere, die Mietskasernen in ihrem öden Stil, die verräucherten Fabrikviertel, die verschmutzten Arbeiterbezirke, die Kontraste von Reich und Arm, von Glanz und Elend: das sind die Typen großstädtischer Entwicklung. Gewiß fehlt es auch nicht an Lichtblicken in diesen Bildern. Da gibt es Paläste und schöne Rathäuser und Kirchen, Theater und Museen, höhere Schulen, Musterkrankenhäuser, Markthallen und Warenhäuser, Promenaden und Parkanlagen. Den Verkehr bewältigen Stadt- und Straßenbahnen, Automobile und Gefährte aller Art. Oft gereicht ein Strom, ein Berg, Wald oder Seegestade der Stadt zur besondern Zierde. Und trotzdem diese erdrückende Einförmigkeit, dieses allgemeine Überwiegen der üblen Begleiterscheinungen, die die Großstadt zu einem allgemeinen Problem unserer Zeit gemacht haben.

Jedes Jahrhundert hatte sein eigenes Stadtproblem. Sehen wir ganz ab vom Altertum, von dem uns fabelhafte Zahlen über die Ausdehnung der Städte überliefert sind, so verdanken die Städte ihre Entstehung bald fürstlichen Hoflagern, bald Kirchenanlagen, bald Befestigungen gegen feindliche Angriffe, zum Schutz von Flußübergängen, bald Salzquellen, Bädern usw. und bald dem Land- und Seehandel. Fast stets waren sie zum Schutz der Bewohner mit Wällen, Mauern und Gräben umgeben, woraus sich eine Zusammendrängung der Einwohnerschaft auf einen engen Raum ergab. Die Straßen waren eng, ungepflastert und abends ohne Beleuchtung, die Raumausnutzung für Wohnzwecke wurde durch Überbauen der unteren Stockwerke an der Straßenfront gesteigert. An die Wohnungen schlossen sich die Ställe, Höfe, Gärten und oft auch die Felder an. Das Vieh weidete innerhalb der Stadt, die hygienischen Einrichtungen waren die denkbar primitivsten. Aber die damaligen Städte waren nicht groß, wie aus den Anlagen der alten Stadtteile ersichtlich ist. Kamen freilich Seuchen wie der schwarze Tod, so war die Sterblichkeit ganz furchtbar.

Die aufsteigende Fürstenmacht im 17. und 18. Jahrhundert bewirkte auch ein Anwachsen der Städte. Das Hofwesen zog Adel und Beamte heran, von denen Handel und Gewerbe lebten. Die Unterhaltung stehender Heere tat ein übriges. Es entstanden schon Vorstädte, und vor den Umwallungen dehnten sich die Gärten der Wohlhabenden aus. Schützhäuser und Lustorte zur Vergnügung von Alt und Jung siedeln sich außerhalb der Städte an. Die Fürstlichkeiten und der Adel haben ihre Lust- und Jagdschlösser in der Umgebung. Aber erst im 19. Jahrhundert entsteht die typische Großstadt. Die Mauern und Wälle sinken, die Gräben werden aufgefüllt und in Promenadenringe umgewandelt; hinter ihnen wachsen die Vorstädte aus dem Boden, und die Dörfer wachsen ihnen entgegen. Das Garten- und Anbauland zwischen beiden schwindet immer mehr; es wandelt sich in Bauplätze um, die brach liegen bleiben, bis sie baureif werden. Die Industrie siedelt sich in den Städten und deren Umgebung an, da sie dort handwerklich geschulte Arbeiter in großer Zahl vorfindet. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens befördert das Wachstum der Städte. Es entstehen neue Industriequartiere im Rohziegelbau mit Riesenschornsteinen; dahinter dehnen sich in langen Häuserreihen die Wohnquartiere der Arbeiter aus. Der Stadtkern verändert sich ebenfalls. Hat die Eisenbahn die erste Bresche gelegt, so verschwinden die alten Gasthöfe mit Ausspannung; an ihre Stelle tritt das moderne Hotel. Die Anlage von Straßenbahnen zwingt zur Verbreiterung der Straßen. Die kleinen Handels- und Handwerksleute müssen Großkaufleuten weichen. Läden mit hohen Spiegelscheiben ersetzen die alten Gewölbe, und das Licht beginnt seinen Triumphzug. Der Steinweg in der Mitte der Straße wird durch den Bürgersteig an den Häusern ersetzt. Früher waren Rathaus und Kirchen fast die einzigen öffentlichen Bauten, hier und da traten noch die Zunfthäuser hervor. Jetzt kommen Theater, Konzerthäuser, Schulen, Museen, Bahnhöfe, Gerichte, Postanstalten hinzu, die das öffentliche Bild verändern. Und immer riesenhafter wächst sich die Großstadt aus. Hat sie Jahrhunderte gebraucht, um das erste Hunderttausend Einwohner zu erreichen, so braucht sie für das zweite Hunderttausend nur ebenso viele Jahrzehnte, und für die weiteren reicht je ein einzelnes Jahrzehnt aus. Und gerade mit diesem Wachstum beginnt die Typisierung. Darin, wie die ersten hunderttausend Menschen wohnen, arbeiten und leben, hat jede Stadt ihre Eigenart, aber in den Existenzbedingungen der übrigen Hunderttausende gleichen sie sich fast ohne Ausnahme alle. Fast überall die selben Straßenzüge von Mietskasernen mit Vorder- und Hinterhäusern, die selben Fassaden und die selben Fabrikbauten. Es ist schon für die Gleichförmigkeit charakteristisch, daß sich fast überall die Fabriken und Proletarierviertel im Osten angesiedelt haben, während im Westen die Wohlhabenderen hausen; dort haben sich auch Parks und Erholungsplätze erhalten, die im Osten längst der Bauwut zum Opfer gefallen sind. Natürlich gibt es Erklärungen für diese Entwicklung. Die herrschende Windrichtung hat schon früher die Wohlhabenden zur Bevorzugung des Westens veranlaßt. Ihr gemeindlicher Einfluß widersetzte sich der Ansiedlung der Fabriken in diesen bevorzugten Wohnbezirken, denen der Osten verblieb.

Das Großstadtproblem ist aber nicht nur ein ästhetisches Bepbauungsproblem, das mit neuzeitlichen Stadtbauplänen zu lösen wäre, wie es in

allen Großstädten seit der Neugestaltung von Paris durch Hauffmann geschehen oder versucht worden ist, sondern es ist ein Gesamtproblem des städtischen Daseins geworden, in das alle Einzelfragen des gemeindlichen Lebens einmünden. Das Wohnungswesen, das Verkehrswesen, das Schulwesen, die öffentliche Hygiene, die Lebensmittelversorgung, das Armen- und Wohlfahrtswesen, das Steuerwesen und das Verwaltungswesen hängen innig damit zusammen. Man hat ihm von den verschiedensten Seiten zugekommen gesucht. Man hat die stadähnlichen Vorstadtdörfer eingemeindet und dadurch wohl gewisse Verwaltungsschwierigkeiten beseitigt, aber die Großstadt nur größer und nicht angenehmer gemacht. Man hat Bauzonen geschaffen und für die Peripherie niedrigere Bauweise und geringere Raumausnutzung vorgeschrieben. Die Folge war, daß die Bodenrente durch primitivere Bauweise aufrechterhalten wurde. Die Vorstädte wurden dadurch nicht gesünder und freundlicher sondern trostloser. Die Entwicklung des Vorortverkehrs hat manche Erleichterung gebracht. Sie wies zuerst den Weg, der zur Gesundung führt. Mehr Land, nicht bloß für Wohnungen sondern für Siedelungszwecke. Man hat städtische Wohnungsämter und Wohnungsinspektionen geschaffen, die Abfallbeseitigung, Kanalisation, Müllverbrennung oder Rieselanlagen durchgeführt, Parks und Erholungsplätze eingerichtet und vieles für das öffentliche Gesundheitswesen geleistet. Das alles versagt aber nicht nur vor den dichtbesiedelten Stadtgrenzen, weil die leistungsschwachen Vorortgemeinden, die mit den geringen Steuerkräften der Armen rechnen müssen, hinter solchen Aufwendungen zurückbleiben, sondern es bleibt auch wirkungslos gegenüber den älteren Stadtteilen, die nicht in wenigen Jahren umgebaut werden können, und deren erwerbstätige Bevölkerung nicht dazu kommt die frische Luft der öffentlichen Anlagen zu genießen. Das städtische Schulwesen mag weit über dem ländlichen stehen; aber in der Stadt findet sich Schulüberfüllung und krankhafte Schwächlichkeit der Schulkinder, und die städtische Lebensmittelfürsorge ist selbst da, wo sie unter öffentlicher Kontrolle steht, wie in den Markthallen, hinter den Anforderungen der Hygiene zurückgeblieben; die Versorgung durch Gemüsekeller und Vorstadtkrämer ist ein vollkommener Hohn auf die Volksgesundheit.

Man hat längst erkannt, daß die Ursache des Übels in der ungesunden Zusammenballung der Menschenmassen auf einem zu engen Raum zu suchen ist. Das zwingt zur Bodenausnutzung, und so wachsen die Großstädte mehr in die Höhe als in die Ebene. Das führt zu einer Konzentration der Abfälle, Schmutz- und Giftstoffe, zu deren Beseitigung sich die Bevölkerung im Drängen des Erwerbens und Genießens nicht die nötige Zeit nimmt. Das führt zur systematischen Luftvergiftung durch Kohlensäure, Gase und chemische Beimengungen, besonders in den engen Wohnhöfen, in die selten ein frischer Luftzug gelangt. Das führt aber auch zu Bodenspekulationen, die den Bevölkerungszuwachs zum Hochtreiben der Bodenpreise ausnutzen. Die Bodenrente ist sicher einer der schlimmsten Feinde jeder gesunden Lösung des Großstadtproblems.

Man glaubte des Übels Kern zu treffen, indem man sich der großstädtischen Entwicklung entgegenstemmte, keine weiteren Eingemeindungen zuließ und mit der künstlichen Sperrung des Zuzugs zu den Großstädten durch die Gesetzgebung drohte. Dieser Kampf gegen die Zentralisation

ist völlig aussichtslos. Das hat nicht bloß die weitere Entwicklung der Großstadt von Volkszählung zu Volkszählung erwiesen, sondern auch die Kriegserfahrungen haben es bestätigt. Zentralisation und Konzentration sind das Lebensprinzip unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Es muß freilich nicht unter allen Umständen zu einem stärkern Anwachsen der Großstädte führen. Auch im Krieg sind große Fabrikanlagen auf völligem Neuland geschaffen worden, und Arbeiterkolonien sind entstanden, wo vorher Wald und Heide waren. Aber das geschieht nur unter besonderen Umständen, bei Ausnutzung natürlicher Kraftquellen, oder wo es das Landesverteidigungsinteresse verlangt. Unter gewöhnlichen Verhältnissen folgt der Privaterwerb immer der Linie des geringsten Widerstands; er wird seine Unternehmungen dort ansiedeln, wo er die besten Bedingungen für sein rasches Fortkommen findet. Das ist aus vielen Gründen eben die Großstadt. Dort finden sich das Kapital, die Arbeitskräfte, der Verkehr, die Rohstofflager, der Börsenverkehr, die Zentralen der Industrie, des Handels, der Verwaltung, alles nahe beisammen. Den Grundsatz, daß Zeit Geld ist, weiß hier jedermann zu schätzen. Der tüchtige Geschäftsmann erreicht hier mit wenigen Schritten, wozu es draußen in der Kleinstadt tagelanger Korrespondenzen, wochenlanger Reisen und jahrelanger Verbindungen bedarf. Auch der Arbeiter kann darauf rechnen seine Arbeitskraft in der Großstadt besser zu verwerten, wenn er auch als der wirtschaftlich Schwächere nicht immer alle günstigen Konjunkturen ausnutzen kann. Im Zeitalter des freien Wettbewerbs und angesichts der allgemeinen Zentralisationstendenz wird die Großstadt also immer stärker das Wirtschaftsleben an sich ziehen und sich dementsprechend ausdehnen. Erst eine Zentralisation, die kraftvoll genug ist die Produktionsverhältnisse territorial zu bestimmen, kann die Dezentralisation einleiten, wie es zum Teil jetzt in der Kriegsindustrie geschah. Solange dies aber eine Einzelercheinung bleibt, wird dadurch wenig gebessert. Die Lebensverhältnisse in den neu geschaffenen Industrieansiedlungen sind eher schlechter als besser geworden. Die Wohnungsverhältnisse sind primitiv, teilweise grauenhaft, die Ernährungsverhältnisse unbefriedigend, die hygienischen Verhältnisse erst recht, und von Schulen und Kultureinrichtungen ist gar nicht zu reden.

Müssen wir also auch weiterhin mit dem Anwachsen der Großstädte rechnen, so brauchen wir doch nicht auf jede Großstadtreform zu verzichten. Nur müssen wir uns über die Existenzbedingungen der modernen Großstadt volle Klarheit verschaffen. Können wir die Zusammenballung der Menschen nicht hindern, die eine moderne Wirtschaftstendenz darstellt, so können wir sie doch dadurch unschädlich machen, daß wir diesen Massen mehr Raum gewähren und die räumliche Ausdehnung durch ein hochentwickeltes Verkehrswesen überwinden. Mehr Raum bedeutet nicht bloß gleichmäßig gesündere Wohnungsverhältnisse sondern auch Raum für Gartenbau, körperliche und geistige Erholung. Dieser Raum ist in der Großstadt jetzt kaum zu beschaffen, also muß er außerhalb, in ihrer Umgebung gesucht werden. Die Wohndichtigkeit der Stadt ist durch Anlegung eines breiten Ringes von Siedelungskolonien herabzumindern. Dieser Wohn- und Siedelungsring ist von Fabrikanlagen möglichst frei zu halten; um so mehr ist dafür zu sorgen, daß neben dem genügenden Wohnraum auch öffentliche Erholungsplätze, möglichst an Wald oder Wasser, sowie Raum für öffentliche

Gebäude und Einrichtungen kultureller und hygienischer Art zur Verfügung stehen. Je größer der Lebensraum der Großstadt ist, desto rascher wird der Pulsschlag des Verkehrs die Bevölkerung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wie den Zentren des Handels und der Verwaltung hin- und herreiben. Räumliche Stadterweiterung bedeutet also Steigerung des Hastens durch erhöhte Schnelligkeit des Verkehrs. Dem muß durch eine gewisse Dezentralisation entgegengewirkt werden, in erster Linie durch Dezentralisation der Verwaltung, dann der dem Wirtschaftsleben dienenden öffentlichen Einrichtungen, weiterhin des Schulwesens, der Hygiene und der Unterhaltungsveranstaltungen. Es ist genug, daß der Erwerb den Verkehr überlastet; für alle sonstigen Lebensbedürfnisse muß in der Siedelungszone selbst in möglichster Nähe der Wohnungen Befriedigung geschaffen werden. Die Bebauung der Siedelungszone braucht nicht eintönig nach dem Typ des Ein- oder Zweifamilienhauses oder Gartenhauses zu erfolgen. Es können Einzelbauten mit Reihen- und Gruppenbauten abwechseln. Aber Hinterhäuser, Seitengebäude und enge Höfe müssen ausgeschlossen bleiben, und mehr als 2 Stockwerke dürfen unter keinen Umständen zugelassen werden. Geschäftsstraßen sind nicht zu entbehren, aber von Wohnstraßen zu trennen. Der Lebensmittelverkauf ist möglichst auf öffentliche Hallen zu beschränken. Das Schulwesen erfordert eine weitgehende Dezentralisation, damit jede entbehrliche Bahnfahrt der Kinder vermieden wird. Diesen Forderungen paßt sich am besten die Einheitsschule an. Volks- und Fortbildungsschulen können in jedem Wohnbezirk leicht geschaffen werden, für Fach- und Hochschulen sind größere Bezirke vorzusehen. Weitgehende Ansprüche stellt die Lebensmittelversorgung der Großstadtbevölkerung, die Erzeugung wie die Verteilung der Erzeugnisse. Es ist bekannt, daß die Qualität vieler Lebensmittel durch längern Bahntransport, Umladen und Aufbewahrung stark leidet. Die Erzeugung innerhalb eines in nicht zu großer Entfernung von der Stadt gelegenen Umkreises ist daher aus hygienischen und wirtschaftlichen Gründen geboten. Der direkte Austausch zwischen Stadt und Land war früher die Regel auf dem Lebensmittelmarkt und gilt auch heute noch für die Mittel- und Kleinstadt. Er läßt sich auch für die Großstadt wiederherstellen. Dazu bedarf es freilich einer gemeindlichen Lebensmittelpolitik, die die ländlichen Erzeuger durch Dünge- und Futtermittel unterstützt, das ländliche Verkehrswesen entwickelt und die Produktion durch Kreditbeschaffung und genossenschaftlichen Zusammenschluß fördert. Die Stadtgemeinde regelt am besten den Vertrieb der Lebensmittel gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die städtische Hygiene darf nicht auf das Häusermeer der Großstadt beschränkt bleiben sondern muß sich weit hinaus auf das Land erstrecken. Kanalisation, Beseitigung der Abfälle, Reinigung der Straßen und Plätze müssen auch weit draußen gesunde Lebensbedingungen schaffen, und Krankenhäuser, Entbindungs- und Heilanstalten müssen überall ohne große Reisen erreichbar sein. Ebenso bedarf die Wohlfahrts- und Armenpflege der weitesten Dezentralisation. In jedem Wohnbezirk lassen sich Arbeits- und Wohnungsnachweise einrichten, die mit denen anderer Bezirke in Verbindung stehen und Vakanzen und Mitteilungen austauschen können.

Alle diese Entwicklungen sind aber davon abhängig, daß der Verwaltungsbereich der Großstadt eine zeitgemäße Ausdehnung erfährt. Stadt und

Land müssen so weit zu einer Verwaltungseinheit verschmolzen werden, daß eine großzügige einheitliche Gemeindepolitik bis zu den Grenzen des städtischen Interessengebiets hin durchführbar ist. Dieses Interessengebiet schließt nicht nur die Wohnbezirke der in der Großstadt arbeitenden Bevölkerung ein sondern auch so viel Raum wie die Großstadt voraussichtlich noch in absehbarer Zeit zu ihrer weitem Entwicklung bedarf. Die Großstadt braucht diese Verwaltungseinheit, um die Anlagen zur Wasser-, Gas-, Licht- und Kraftversorgung, für Heil- und sonstige Anstalten, Rieselanlagen usw. auf eigenem Boden einrichten zu können und nicht das Gastrecht fremder Gemeinden in Anspruch nehmen zu müssen. Sie bedarf ihrer auch, um einheitliche Steuergrundsätze durchzuführen und den Besitz in möglichst großem Umfang für die öffentlichen Aufwendungen zugunsten der ärmeren Wohnbezirke heranzuziehen.

Eine solche Verwaltungseinheit bedingt nicht die Eingemeindung aller Wohn- und Landbezirke dieses städtischen Interessengebiets. Die englische Munizipalverwaltung hat den Weg gezeigt, auf dem sich ein aus vielen Gemeinden bestehendes Gemeinwesen entwickeln kann. Der Grafschaftsrat von London stellt ein solches Gemeinwesen dar, dessen Einzelgemeinden neben ihrer selbständigen Interessensphäre ein gemeinsames Tätigkeitsfeld besitzen, auf dem sie als Gesamtgemeinde bestimmen können. Die Gesamtverwaltung ist eine demokratische und hat sich seit Jahrzehnten bewährt. In Deutschland empfiehlt besonders Hugo Lindemann eine solche landchaftliche Organisation als beste Lösung des Großstadtproblems. Die Bestrebungen zur Förderung der Siedelungspolitik, die der gegenwärtige Krieg hervorrief, sind geeignet dieser Entwicklung Vorschub zu leisten. Die Bevölkerung drängt nach außen, obwohl sie wirtschaftlich an die Stadt gebunden ist und von ihr nicht loskommt. Die einsichtigen Stadtverwaltungen wirken in gleicher Richtung, stoßen aber auf Widerstand bei manchen Gemeinden, die sich durch den großstädtischen Expansionsdrang in ihrer Selbständigkeit bedroht fühlen, ferner bei den Regierungen. Vor allem die preußische Regierung stemmt sich gegen eine gesunde Großstadtentwicklung, wie ihre Einkreisungspolitik gegen Berlin aufs deutlichste zeigt. Sie steht hinter den Bestrebungen, die die Vorstadt- und Landgemeinden Groß Berlins in ihrem Widerstand stärken; sie hat zweifellos auch den Lastenausgleich der Provinz Brandenburg vermittelt, der Berlin dauernd isolieren soll, und sie hat dabei die Erklärung abgegeben, daß dieser Lastenausgleich die Bildung einer Provinz Berlin oder die Umgestaltung des Zweckverbands gegenstandslos mache, und daß sie einer Eingemeindung selbständiger Gemeinden in Berlin nach wie vor ablehnend gegenüberstehe.

Es wird eine der dringendsten Aufgaben der Gesetzgebung sein eine gesunde Grundlage für die Entwicklung der großstädtischen Gemeinwesen zu schaffen. Diese Aufgabe bedingt eine entsprechende Umgestaltung des Verwaltungsrechts. In Preußen wird sie von der demokratischen Reform des Landtags abhängen. Sollten die Einzelstaaten sich aber dauernd außerstande zeigen diese Aufgabe zu lösen, so wird der Reichstag nicht umhin können eine gründliche Erörterung des Problems vorzunehmen und Anregungen zwingender Natur zu geben, die der modernen Entwicklung freien Raum schaffen.



LISBETH STERN · VOM GEIST DES ORIENTS

WORIN mag wohl am ehesten das Charakteristische und Wesentlichste unseres geistigen Habitus sich zeigen? Mir scheint: in einem Bedürfnis alle Dinge, mit denen wir uns befassen, zuerst in eine abstrakte Region zu erheben, als wenn sie damit erst einen Anspruch auf volle Gültigkeit bekämen. Es gibt ja allenthalben Zweckdienlichkeiten im Leben, die an ihrer Stelle gut und nützlich sind, bei uns werden sie aber zu strengen und unbedingten Allgemeinheiten, und die Einstellung ist so ausschließlich, daß diese verhältnismäßig engen Ziele eine Kraft bekommen, die ihnen selbst nie und nimmer innewohnte. Sie nehmen eben für sich die Größe und Allgemeinheit einer Idee in Anspruch. Zum Beispiel scheint es mir mit der Staatsidee, wie wir sie von den Römern übernommen haben, so zu liegen. Auch sie hat ihre Größe erst durch diese Ausschließlichkeit bekommen. Der Staat ist für uns beinahe Weltidee geworden, und er fordert den Menschen als letztes Ganzes. Er bedeutet nicht mehr eine Einrichtung zur bestmöglichen Regelung der äußeren Beziehungen von Menschen unter einander, er ist eben Idee geworden; er stellt sich selbst als ein Selbstzweck dar und führt sich als das zusammenhaltende Prinzip zwischen den Menschen auf. Nicht mehr Blutsgemeinschaft hält ein Volk zusammen sondern staatliche Gemeinschaft. Und diese Zugehörigkeit zum Staat formt den ganzen Menschen mit allem, was an ihm wachsen will, zum Bürger um. Diese Staatsidee, heilig wie die Idee Gottes selbst, fließt dann weiter in das Rechtswesen aus. Dieses ist dann die Fleischwerdung der Idee, und jeder seiner Paragraphen hat Anteil an ihrer Heiligkeit. Nur so ist es zu verstehen, wie diese Institution, die dazu da war dem einzelnen Bürger zu dienen, ihr Gesicht so ganz hat ändern können, daß der Bürger jetzt ausschließlich ihr Diener ist und von seinem Menschentum nur wenig übrigblieb. Was übrigblieb, wurde in Bürgertugend gewandelt, und jeder glaubt jetzt in seinem Lager für allgemeines Menschentum zu kämpfen. Und wie mit dem Staat, ist es noch mit einer ganzen Reihe anderer stolzer Abstrakta. Zum Beispiel mit Disziplin und Ordnung und selbst mit dem wenigst abstrakten Ding der Welt, mit dem Besitz. Auch zu ihm stehen wir in dem Verhältnis der absoluten Unterordnung. Besitz ist uns unbedingt etwas Gutes, und nicht nur Besitz, sondern ganz an und für sich auch seine Vergrößerung. Der bürgerliche Wert des Menschen ist im ganzen und großen nach seinem wirtschaftlichen Verdienst bestimmt. Das Maß, an dem Intelligenz und Wille gemessen werden, ist ihre Umsetzbarkeit in Geld. Und wenn es auch nicht überall so offen ausgeprägt ist wie in Amerika, so bleibt es doch im wesentlichen wahr. Die lebendige Einsicht, wozu das alles, wozu der Besitz, wozu das wilde Arbeiten dienen soll, fehlt ganz. Das Leben schließt sich allein mit den endlosen Vorbereitungen wieder zum Leben. Worauf es sich erst aufbauen sollte, ist Selbstzweck geworden. Das Zentrum scheint leer geworden zu sein, und vielleicht strömt gerade aus der Sehnsucht nach absoluten Werten unser Wille doppelt stark in jene kleinen Zersplitterungen herein.

Man denkt natürlich dem entgegen an die vielen großen Religionsströmungen, die in unserm Volk lebendig waren. Aber wirklich schöpferisch mit dem Volk verschmolzen haben sie sich wohl kaum je oder nur zu kurzen Zeiten. Meist lebten sie in einzelnen, die ihre Kraft immer wieder durch

neue Versenkung in die Bibel zu stärken suchten. Aus dem hierarchischen Labyrinth hatten sie nach den Quellen zurückgesucht, wo noch Gott und Mensch zu einander sprachen. Nicht in der Kirche haben sie die Werte gefunden, die sie brauchten, sondern im Alten und Neuen Testament. Im Orient aber, wo das Christentum und die anderen großen Weltreligionen gewachsen sind, da hat nirgends eine dieser Religionen einen so kunstvoll gearbeiteten und wohlgeordneten Bau ausgeführt, wie die abendländische Kirche es getan. Daß sie ihn so hat aufbauen können, lag eben daran, daß nicht mehr die Religion das Wesentliche war, sondern Dogmatik, Hierarchie und Organisation. Die Nebendinge sind Hauptdinge geworden, und die Freude an ihnen hat wieder vergessen lassen zu fragen, wozu das alles wäre. Nicht nur, daß diese Nebendinge an dem Wichtigen vorbeiführen, sie stellen sich auch zwischen Gott und den Menschen, und ihr Verkehr muß da verkümmern. Eine solche Hierarchie hat es in den orientalischen Kirchen nicht gegeben. Auch die griechischkatholische Kirche hat sie in dieser Weise nicht gekannt. Es gab zum Beispiel von jeher im Russentum neben dem Priester weltliche Geistliche, die ihre Würde von dem Volk empfangen und mit ihm verwachsen waren wie der Staretz in den Karamasow. In dieser Art der Russen ihre Religion zu leben und sie als das Verbindende unter sich zu fühlen glaube ich ganz den orientalischen Geist zu sehen, von unserm grundverschieden. Die Laiengeistlichen hatten ihre Würde durch das Volk. Dieser Zusammenhang von Mensch zu Mensch ist ja eigentlich an sich schon Religion, wenigstens ein gut Teil, vielleicht ihr bestes. Und wie ist dieser Zusammenhang auch in ihrer Sprache lebendig, wo jede alte Frau das Mütterchen ist und jeder Mensch die Bruderseele. Unendlich demütig klingt diese Sprache. Und dabei ist es seltsam, daß diese Demut und Pietät so wenig imstande ist ihre Seelen zu binden: Jederzeit können sie ihren Besitz über Bord werfen. Wie furchtbar oft in den Geschichten kommt es, daß das mühsam zusammengearbeitete in einem Augenblick ein Nichts ist und in die Luft verstreut wird, wie sinnloser Plunder. Und so wie die einzelnen es taten, hat es jetzt auch das Volk gemacht. Ohne Skrupel haben sie ein Ding nach dem andern preisgegeben.

Bei uns ist man so eifersüchtig auf seine Selbständigkeit, daß man mit absolut kalter Kritik den ererbten Werten gegenübersteht. Sowohl in den Sitten, den Gewohnheiten wie in den religiösen und künstlerischen Traditionen, überall haben wir freies Feld vor uns, als wenn wir unsere Welt auf ein Nichts aufbauen könnten. Daher auch die Kälte und Kältheit der modernen Räume; sie haben nichts aufgesogen von früher her, und überall klingt es wie in neuen Häusern. Was aber das Seltsame ist: Trotz dieser Leichtigkeit gegen Vergangenes und trotz unserm Bestreben überall frei zu sein sind wir weniger imstande etwas über Bord zu werfen als die Russen (und auch die Franzosen). Die Freiheit als produktive Kraft, die Kleinigkeiten wertlos werden läßt um wichtiger Dinge willen, die ist uns fremd. Bei solchen Umwälzungen steht uns alles im Weg: unser Besitz, unsere Ordnung, alles ist so schön eingerichtet, daß es eine Sünde wäre es zu vernichten. Und es ist ja wohl auch zu verstehen, daß es uns fast unüberwindlich scheint den Besitz abzutun. Ist doch bei uns der Arme kaum mehr der Bruder. Wir sehen in der Armut eigentlich nichts anderes als etwas, das man fliehen muß, und das, wenn es nah kommt, man mit dem

Messer bekämpfen muß bis zum letzten. Auch mit den Sünden und Leiden ist es nicht anders. Vor allem sind sie Störung in unserer Ordnung. Alle »Recht denkenden«, wie Strindberg sie nennt, haben sich zusammengetan und die Welt geprägt, als wenn die Sünde und das Elend nicht mitten unter ihnen säße. Sie kneifen die Augen zu, um an all den Schrecken vorbeizusehen; sie wissen ja wohl, daß es da ist, aber keiner darf davon sprechen. Wer es tut, wird geächtet, wie Strindberg es war.

Dabei ist es doch im Innersten kurzsichtig an dem Leiden der Welt vorbeigehen zu wollen. Es muß einen Sinn in sich tragen, sonst hätten nicht Christus und auch Buddha den Leidensweg auf sich genommen. Und wenn der Welt nun einmal eine solche Last des Leidens aufgebürdet ist, dann müssen wir doch auch mit einer gewissen Gemeinsamkeit an das Tragen herangehen. Das Opfergefühl, aus dem heraus so viele das Leiden auf sich genommen haben, ist sicherlich kein bloßes Hirngespinnst gewesen, und eine Losung der Welt kann nicht jemand zugedacht sein, der es nicht kennt. Für alle tragen wir die Schuld, sagt Dostojewskij; ein jeder ist für alle schuldig. Um das Leiden nur leidlich erträglich zu machen, muß eben Gemeinsamkeit in den Menschen leben, dann gibt es ein fortgesetztes Empfangen und Geben, das die Welt in lebendigster Verbindung hält. Diese Lebendigkeit muß aus allem sprechen, aus allen Lebensfunktionen heraus. In der Religion vielleicht am stärksten, aber besonders sinnlich deutlich spricht sie aus der Kunst. So ist der Unterschied zwischen unserm und dem orientalischen Wesen nirgends so deutlich am Tag und so augenfällig wie hier. Die Festigkeit der Dinge bei uns läßt gar nicht jene Bewegung und jenen Rhythmus aufkommen, und die Gesetzmäßigkeit in unseren Kompositionen liegt mehr in einer Gliederung der Massen als der Kräfte. Diese Gliederung der Massen ist immer eher zu übermitteln als die der Kräfte, und ich glaube, daß das, was Rodin in seinem Kathedralenbuch an den Renovierungen der Kirchen tadelt, darauf hinauskommen muß, daß jene Gliederung des Rhythmus nicht gesehen ist als eine Form der Bewegtheit, sondern daß man es zu gewissen Proportionsverhältnissen hat erstarren lassen, die dann nachgeahmt und übertragen wurden. Der Rhythmus scheint mir aber ein sehr Wesentliches, vielleicht gar die Basis der orientalischen Kunst zu sein. Wir taktieren unser Ornament und unterstellen es damit unter Aufsicht und Kontrolle des Verstandes, während dort der Bewegungssinn derart feinfühlig ausgebildet ist, daß er keinen Takt braucht und die Gesetzmäßigkeit des eigenen Wachsens in sich trägt.

Natürlich hat es auch in unserer Kunst des öftern Strömungen gegeben, wie die von Frankreich übernommene Gotik und das Barock, deren Ursprung Bewegtes ist. Aber hier handelt es sich doch gerade um die Kunst, die man am ehesten als typisch für Deutschland ansehen könnte. Und immer wieder hat sich gerade in Deutschland ein Stil durchgesetzt, dem Dynamisches fremd geblieben ist, der als die Grundgesetze seiner Kunst Takt, Symmetrie und vor allem den rechten Winkel statuiert: alles drei Gesetze, die nicht Bewegtes in sich fassen. Wie anders daneben orientalische Kunst. Immer wieder ist es mir zum Beispiel bei dem chinesischen Wolkenmuster erstaunlich, wie diese bewegten Formen zusammengehalten werden. Man sieht keine Taktierung und keine Symmetrie, und dabei sind sie doch so ausbalanciert, daß nur eine kleine Änderung das Gleichgewicht stört. Vor allem ist

hier das Gefühl dafür nötig, wie die Bewegung einer Form das Gleichgewicht ändert; wie ihr Hinüber das Gewicht entweder vergrößern oder verringern muß. Alles das sind aber Verschiebungen, die nur nachgeföhlt, nicht aber nachgemessen werden können. Ganz anders hierzu ist die hellenische Kunst. Jedes Werk der Griechen trägt Ruhe in sich. Die leisen rückbezüglichen Bewegungen, die vielleicht mit der Regel des goldnen Schnitts zusammenhängen, tragen nur dazu bei der Ruhe Leben zu geben. Aber mit unserer Übernahme des Hellenismus sieht es etwas traurig aus und wieder ähnlich wie mit den Restaurierungen der Kirchen, von denen Rodin spricht. Es sind eben nur die Regeln übernommen, eine Art Absud, den der Verstand aus jener Kunst sich gebraut hat. Wieder so, daß der Verstand glaubt die Sinne stützen zu müssen. Überhaupt versteht man bei uns unter den Sinnen eigentlich nur die Organe und unter Sinneseindrücken die Bilder, die sie überliefern, und man sieht nicht, welche eine ganze Welt die Sinne in sich tragen können und welche eine Schöpfungskraft sie durch ein Jenseitiges haben können, eine Kraft mit ihren allereigensten Gesetzen. Sie geben erst den Dingen aus innerer Nötigung heraus ihre Zusammenhänge, die Form und die Farbe, den Klang ihrer Bewegungen wie den Hintergrund, der die Dinge umschließt. Daher auch die verschiedenen Welten, die sich in der Kunst eines jeden Volkes und einer jeden Zeit auftun, daher in China die Welt wie aufzufangen im Wasserspiegel, in dem die Dinge schwimmen, nicht schwerer als das Medium, das sie trägt, daher im alten Ägypten die Dinge groß und streng wie Marksteine der Schöpfung, und daher bei uns die etwas chaotische Dinglichkeit, da wir mitten in einer Kultur stehen, die vornehmlich Ziele kennt, die nur Verstand und Selbstinteresse verlangen.

Schon mehrfach in der Geschichte haben sich Europa und der Orient berührt, und jedesmal zu neuer Befruchtung. Vielleicht stehen wir jetzt wieder in einer Zeit, in der diese gebärenden Kräfte sich röhren. Ich würde die neue Malerei und Dichtkunst so sehen mögen, und es kann ja wohl sein, daß die Neigung zum Slawischen, die seit einer Zeit unsere Kunst beherrscht, damit zusammenhängen mag. Wenn nur Rußland das Wesentliche seines Wesens in Zukunft wird behaupten können unter den mit Dampf arbeitenden europäischen Einflüssen!

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Max Schöppel

Friedensschlüsse und Kriegsziele Nach dem Abschluß des Sonderfriedens mit der Ukraine und dem Vormarsch der Deutschen in das Baltikum ist auch der Friedensvertrag mit Rußland abgeschlossen und durch den außerordentlichen Sowjetkongreß am 16. März ratifiziert worden. Diejenigen Staatsmänner und Politiker, die von Anfang an einen Frieden auf Kosten Rußlands erstrebt haben, um sich dann mit England verständigen zu können, scheinen, was den Osten anlangt, ihr Ziel völlig

erreicht zu haben. Daß aber dieses Ergebnis allgemein von deutscher Seite ursprünglich gewollt war, wird man nicht behaupten können. Am allerwenigsten entspricht diese Politik den Absichten der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917, die doch eine klare selbständige Volks- und Parlamentspolitik an Stelle eines bürokratischen Beliebens zu setzen versprach; von jenen *Umlernern* ganz zu schweigen, die wie Kinder das einmal Erfasste wieder fallen lassen, wenn ihnen etwas Neues verlockend entgegenblitzert. Und selbst wenn die Zerstückerungserfolge gegen den Osten, die äußerlich zunächst so vielen jetzt bestechend er-

scheinen mögen, sich dauernd halten ließen, so bedeutete ihre plötzliche Erstrebung und Erzwungung im Grunde kaum etwas anderes als den Zusammenbruch und das Verlassen aller jener weitgesteckten weltpolitischen Kriegsziele, die allmählich im deutschen Volk mit Recht mehr und mehr in den Vordergrund gerückt waren.

Denn der heutige Völkerkrieg, in seinem Anlaß und in seinem Ausgang vor allem ein großes internationales Wirtschaftsringen, hatte, wie man immer allseitiger einsah und zugestand, weltpolitisch und weltwirtschaftlich nur dann einen tiefen geschichtlichen, einen *revolutionären* Sinn, wenn er das alte entwickelungshemmende kommerzielle und koloniale Übergewicht Englands aufhob und einer größeren Gleichheit und Unabhängigkeit des internationalen Völkeraufschwungs Bahn brach. Diese Stellungnahme gegen den Despoten des Weltmarkts (um mit Marx zu reden) war einmal eine unmittelbare: Land- und seemilitärische Schlüge mußten das sich unverwundbar dünkende Inselreich zu Nachgiebigkeit und Entgegenkommen zwingen. Sie war andererseits eine mehr mittelbare: Es galt nicht nur den atembeklemmenden Ring der von England erreichten und beherrschten Koalition zu sprengen sondern weiter für die Zukunft ähnlichen Einkreisungen vorzubauen. Noch mehr: Es galt jene Großstaaten, deren Weltstellung sie immer wieder, in Ostasien, in der Südsee und anderwärts, in Konflikt mit der britischen (und der verbündeten amerikanischen) Gebiets- und Einflusausdehnung bringt (in erster Linie also Rußland, dann aber auch Japan), an die Seite Deutschlands zu ziehen. Diese Politik aber, für die der an sich unzulängliche Ausdruck Ostorientierung aufkam, ist durch die Abkommen mit Rußland und den geplanten Pufferstaaten vorläufig wieder ganz aussichtslos geworden. Aussichtslos selbst dann, wenn das Freiwerden riesiger Truppenmassen im Osten die direkten Kampfhandlungen gegen England im Westen zu überwältigender Kraft steigern sollte. Selbst wenn dies so unbedingt sicher wäre und einen baldigen und nicht ungunstigen Frieden auch nach dieser Seite nach sich zöge, so bestände noch immer, stärker denn je, die niederdrückende Zukunftsaussicht fort: daß einer britischen Politik, die ihre jetzt erlittenen Scharten später wieder auszuwetzen versuchte, jederzeit ein antideutsches, große deutsche Kräfte bindendes Rußland sich als vergeltungsuchender

Bundesgenosse ganz von selber darbieten würde, und daß einem isolierten Japan, nach dem Wegfall und der Schwächung der bisher gesuchten russischen Stütze, kaum etwas anderes übrigbliebe als die weitestgehende Anpassung an die Wünsche und Interessen des britischen Imperiums und der fortgesetzte Anschluß an England. Sehen wir doch bereits, wie in Ostasien britische Staatskunst die Lähmung Rußlands sofort zur Erzielung dauernder Verteidigung zwischen Rußland und Japan, zur Ablenkung Japans nach bisher russischem Besitz und Einflußgebiet umzumünzen strebt, und wie auf diese Weise durch die Loslösungspolitik die *russische Gefahr* mehr und mehr ausgeschaltet wird: für England.

Was bleibt dann von dem innersten, *revolutionären* Sinn dieses Weltkrieges noch übrig? Für reine kontinentale Konflikte, wie sie die außenpolitische Vergangenheit Deutschlands beherrschten und bei der schwächern weltwirtschaftlichen Entfaltung Deutschlands noch beherrschen konnten, wäre die Auflösung Rußlands in eine Reihe von Einzelstaaten allenfalls noch als Erleichterung anzusehen gewesen, obwohl selbst da noch große Fragezeichen des Zweifels gemacht werden könnten und die alte Bismarcksche Warnung: man solle nur nicht glauben, daß man Großrußland als »caput mortuum« betrachten dürfe, in ihrem Kern recht behalten dürfte. Die alten Vertreter der Westorientierung sind sich von Anfang an getreu geblieben; sie haben in ihrem Sinn nur die allerdings ganz ungewöhnliche und überraschende Gunst der Verhältnisse ausgenutzt. Aber das steuerlose Umspringen von der genteiligen antibrithischen Auffassung zur kurzfristig bequemen Pufferstaatspolitik enthüllt lediglich, wie wenig tief in Deutschland das unserer jüngern weltwirtschaftlichen Stellung entsprechende weltpolitische Neulernen bisher noch immer ging. Für die Freiheit der Meere und die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Gleichachtung der Völker strebten wir in alle Ozeane hinaus, und schließlich entdecken wir unser weltpolitisches Neuland in der Ostsee: mit der Hoffnung, daß wir, falls alles lediglich glimpflich weiterverläuft, froh sein können auch noch ein paar zugehörige Regenwürmer zu finden.

Frieden von Brest Litowsk An der innern Folgerichtigkeit der Kühlmann-Czerwinski'schen Politik läßt sich, wie gesagt, wenig aussetzen. Deutschland

will sich demnach mit einem doppelten Gürtel von Puffer- und Schutzstaaten umgeben, von denen Kurland, Litauen und Polen in Zukunft bedingungslos dem russischen Einfluß entzogen sein sollen, während für die anderen Gebiete, obwohl ihre staatliche Selbständigkeit schon jetzt besteht, der Anschluß an ein späteres russisches Bundesreich zunächst offen bleiben würde. Für die erst erwähnte Zone bestimmt der Vertrag: »Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen. . . Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen [also wesentlich keine Teilnahme an der Staatsschuld] erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.« Ebenso sollen die Bezirke Erdehan, Kars und Batum, die bis zum Jahr 1878 türkisches Gebiet waren und nach dem türkisch-russischen Krieg in Anrechnung auf die der Türkei auferlegte Kriegsschädigung an Rußland abgetreten wurden, an die Türkei zurückfallen: »Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.« (Laut einer Petersburger Meldung soll der Landtag der neugebildeten Kaukasischen Republik unter dem Präsidium Tschcheidses beschlossen haben den Brester Friedensschluß mit der Türkei nicht anzuerkennen.) Nach den Angaben Otto Hoetzsch in der Kreuzzeitung würde Rußland damit bedingungslos $\frac{1}{4}$ Million Quadratkilometer und $17\frac{1}{2}$ Millionen Bevölkerung verlieren, ferner durch die, in den endgültigen Formen noch nicht bestimmt übersehbare Unabhängigkeit Finnlands und der Ukraine, Livlands und Estlands weitere 1 Million Quadratkilometer und 43 Millionen Einwohner. Vom europäischen Rußland (vor dem Krieg 5,4 Millionen Quadratkilometer und 141 Millionen Einwohner) blieben mithin 4,1 Millionen Quadratkilometer Landes und $80\frac{1}{2}$ Millionen an Bevölkerung, vom ganzen russischen europäisch-asiatischen Reich (im Juli 1914 etwa 22,3 Millionen Quadrat-

kilometer Gebietsfläche und 176 Millionen Einwohner) rund 21 Millionen Quadratkilometer und $115\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner. Kriegskosten freilich werden Rußland nicht auferlegt: »Die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, das heißt der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, daß heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.« Trotzdem werden die mittelbaren Verluste und Lastenvermehrungen Rußlands auch hier nicht gering sein; sie entstehen beispielsweise schon dadurch, daß die erst erwähnte Gruppe der Pufferstaaten weder zur Übernahme eines entsprechenden Teils der russischen Staatsschulden noch zur Herausgabe der in ihrem Gebiet liegenden russischen Staats- oder Kron- güter verpflichtet ist. Weltpolitisch nicht ohne Bedeutung ist endlich, daß Rußland, »von der Tatsache ausgehend, daß Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind«, sich verpflichtet »die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten«. Von der »unverzüglichen« und »völligen Demobilisierung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile« abgesehen, hat Rußland sich »jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen« der Ukraine und Finnlands zu enthalten; Estland und Livland werden »von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist«. Einschneidendes hat kaum jemals ein Machtfrieden gefordert. Und es ist zwar nur eine Reutermeldung, hat jedoch alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß Lenin vor dem gleichgestimmten allrussischen Kongreß einen solchen Verständigungsfrieden nur als eine »Zeit zum Atemholen« betrachtet wissen wollte.

Handelspolitische Abmachungen Nicht ohne Interesse sind die zugehörigen handelspolitischen Abmachungen, weil von hier aus zugleich ein Streiflicht auf die schwebenden mitteleuropäischen Pläne fällt. Für die nächste Übergangszeit ist, was das großrussische Kernland anlangt, der Inhalt des alten deutsch-russischen Handelsvertrags, mit einer

Anzahl nicht unwichtiger Verbesserungen, vorläufig wiederhergestellt worden. Diese vorläufige Vereinbarung kann mit 6monatiger Frist, frühestens zum 31. Dezember 1919, von jedem Teil gekündigt werden. Es gilt dann, und zwar mindestens bis Ende 1925, gegenseitige Meistbegünstigung. Für diese ganze Zeit ist aber auch der russische (nicht der deutsche) Zolltarif in seiner Gesamtheit gebunden, so daß die verbliebene oder neu entstehende Bewegungsfreiheit niemals während dieses Zeitraums zu einer Steigerung über die Ansätze des allgemeinen russischen Zolltarifs von 1903 hinaus führen kann. »Es versteht sich von selbst«, bemerkt die deutsche Regierungsdenk-schrift zu dem Wirtschaftsabkommen, »daß nach Friedensschluß von einem Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Ländern, namentlich von einer Verwirklichung der Gedanken der Pariser Wirtschaftskonferenz, nicht mehr die Rede sein kann. Das Einverständnis über diesen Punkt hat seinen Ausdruck in Ziffer 9 Absatz 1 der Anlage 2 gefunden. Durch diese Bestimmung werden nicht nur staatliche Maßnahmen jeder Art getroffen, sondern jeder der beiden Staaten ist darüber hinaus verpflichtet auch private Maßnahmen, die auf eine Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiete abzielen, also insbesondere einen Boykott, auf seinem Staatsgebiete mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.« Bei der Ukraine ist hauptsächlich noch auf eine Zentralisierung des gegenseitigen Austausches für die nächste Zeit Bezug genommen. Mit Finnland gilt das abgeschlossene besondere handelspolitische Abkommen zunächst bis zum 31. Dezember 1920; von da ab kann es mit 1jähriger Frist gekündigt werden, so daß also seine Dauer vorerst bis zum 31. Dezember 1921 festgelegt ist.

Schon in dem ersten aller dieser Verträge war nun im Hinblick auf mögliche Sonderbegünstigungen, die sich Deutschland und Österreich-Ungarn nebst etwaigen Anschlußländern gegenseitig gewähren könnten, ausdrücklich festgelegt worden: »Die Ukrainische Volksrepublik wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Deutschland an Österreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Österreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder welche Deutschland seinen eigenen Kolonien,

auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten oder denen der mit ihm zollverbündeten Länder gewährt.« Eine entsprechende Bestimmung findet sich im deutsch-finnischen Handels- und Schifffahrtsabkommen, endlich im deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen. Nach dem Osten hin würden also Vertragsrechte nicht mehr einer engeren zollpolitischen Verbindung zwischen den Mittelmächten im Wege stehen. Man kann nun darauf gespannt sein, wie weit bei dem allgemeinen Friedensschluß solche Zugeständnisse zu erzielen sein werden.

Totenliste In der Nacht zum 21. Januar wurden in Petersburg die früheren Mitglieder der Regierung Kerenskij A. J. Tschingarew und Th. Th. Kokoschkin im Marinehospital, wohin sie wegen Krankheit aus der Peter-Paul-Festung gebracht worden waren, in ihren Betten ermordet. Tschingarew war Arzt von Beruf und ein hervorragender Vertreter des Semetwoliberalismus. In der 2., 3. und 4. Reichsduma spielte er bei den Kadetten eine führende Rolle in Finanz- und volkswirtschaftlichen Fragen. Nach der Märzrevolution wurde er Landwirtschafts- und später Finanzminister. Gleich nach dem Sieg der Bolschewiki wurde er verhaftet. Er stand im 51. Lebensjahr. Kokoschkin, der 47 Jahre alt wurde, war Professor der Rechte in Moskau. Mitglied der Regierung wurde er erst im letzten Koalitionsministerium Kerenskij. Er wurde ebenfalls gleich nach dem Sieg der Bolschewiki verhaftet. Der abgesetzte Sultan der Türkei Abd ul Hamid II. ist, 75 Jahre alt, am 10. Februar gestorben. Bei all seinen merkwürdigen persönlichen Eigenschaften war er ein Symbol des Kampfes um die Europäisierung der Türkei. Der innerlich ausgehöhlt Despotismus fand in ihm einen letzten großartigen Vertreter; aber indem er, um sich gegen die mächtig anstürmende neue Zeit zu halten, dieser technische und wirtschaftliche Errungenschaften entnahm, überschlug sich sein System. Um manche wichtige Frage der Türkei hat er sich trotz allem sehr verdient gemacht; vor allem hat er durch den Bau der Hedschasbahn viel für die wirtschaftliche Entwicklung Syriens und der Rote Meer-Küste getan.

Kurze Chronik Wegen der Wiedertrennung des Cholmer Landes von Polen im Ukrainefrieden legte am 11. Februar in Warschau das

Kabinetts Kucharzewski seine Ämter nieder; Trauerkundgebungen und Demonstrationstreiks der großstädtischen Massen folgten. In Österreich erklärten sämtliche polnische Gruppen in schärfster Weise der Regierung den Krieg, so daß die Annahme des Budgets wesentlich nur durch die Zustimmung der Sozialdemokratie gesichert werden konnte. Deutsche und polnische Politiker haben jetzt versucht einen deutsch-polnischen Ausgleich zustande zu bringen. Welche Wirkung und Dauer er haben wird, bleibt abzuwarten. \diamond Am 8. März beschloß der kurländische Landesrat unter dem Vorsitz des deutschen Verwaltungschefs von Goßler dem deutschen Kaiser den kurländischen Herzogshut anzutragen. Die deutsche Regierung sicherte am 15. März Kurland den Schutz des Reiches zu, ging aber der Regelung der Regierungsangliederung noch aus dem Weg. \diamond Die Alliierten haben beschlossen die holländischen Schiffe, die in ihren Häfen liegen, zu beschlagnahmen. Die amerikanische Regierung hat, wie der Minister Loudon mitteilte, diesen Beschluß bereits ausgeführt. \diamond Am 16. März besprach der Hauptausschuß des deutschen Reichstags eine Denkschrift des ehemaligen Londoner Botschafters Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, die den englandfreundlichen Standpunkt des Verfassers unter scharfen Angriffen gegen die Führung der deutschen Politik vertritt. Die Denkschrift war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, machte jedoch schon lange die Runde durch die ausländische Presse und wurde nunmehr auch in deutschen Blättern abgedruckt.

Sozialpolitik / Max Quarck

Friedensforderungen Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, es möchten in die Friedensverträge Vorschriften über den Arbeiterschutz und die Sozialversicherung aufgenommen werden, die die vertragsschließenden Regierungen verpflichten binnen einer gemessenen Frist gleichartige oder doch gleichwertige Einrichtungen auf jenem Gebiet zu treffen. Diese Festsetzungen sollen sich beziehen auf Sonntagsruhe, Mindestruhezeit, Verbot der Nacharbeit, Höchstarbeitszeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und für Männer in besonders gefährlichen Betrieben; auf die Festsetzung der Altersgrenze für die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen in gefährlichen

Berufen; auf den Schutz der Angestellten in Handel und Gewerbe; auf die staatliche Überwachung durch geeignete Beamte; endlich auf Umfang und Art der Versicherung gegen Krankheit, Betriebsunfall, Alter, Invalidität, Witwen- und Waisenversorgung. Gegen diese Forderungen wendet eine halbamtliche Auslassung in der deutschen Presse ein: Die in der sozialen Fürsorge noch stark rückständigen Staaten dürften kaum geneigt sein auf diesem Gebiet Bindungen einzugehen, deren Tragweite in wirtschaftlicher Beziehung schwer zu übersehen sei. Diese Einwände muten besonders merkwürdig von einer Seite an, die bestrebt ist den gegnerischen Staaten in den künftigen Friedensverträgen weit schwerere Bedingungen, zum Beispiel Gebietsabtretungen und Kriegsschädigungen, anzuschreiben. In der Tat sind bekanntlich schon 1903 und 1905 internationale Vereinbarungen über das Verbot von Schwefel für die Zündholzherzeugung und über die Beschränkung der Nacharbeit der Frauen zustande gekommen. Ferner haben Italien und Frankreich durch Verträge von 1904, 1906 und 1913 die Arbeitszeit der Frauen in der Textilindustrie sowie die Rentenzahlungen an die Hinterbliebenen Unfallverletzter gegenseitig geregelt, wenn auch tatsächlich der Vertrag im wesentlichen nur durch Frankreich erfüllt wurde. Geht man davon aus, daß es nach Friedensschluß bei der internationalen Freizügigkeit der Arbeiter bleiben wird und daß alle europäischen Länder gleichmäßig ein Interesse an der Heranziehung leistungsfähiger Arbeitermassen haben, so ergibt sich daraus auch ein gleichmäßiges Interesse der Staaten an möglichst einheitlichen Grundlagen des Arbeiterschutzes und der Arbeitsversicherung. Im Anschluß an Rudolf Wissel und dessen Beitrag im 155. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Die Annäherung auf dem Gebiet der Sozialversicherung, in dem Sammelwerk Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten /München, Duncker & Humblot/) kann man die Möglichkeit eines Unfallversicherungsvertrags mit Rußland, der daneben auch mit Österreich und der Schweiz abzuschließen wäre, durchaus bejahen. Und Mindestforderungen für die Einrichtung der Gewerbeinspektionen wären doch gewiß für einen großen Teil der den Friedensvertrag schließenden Länder durchzusetzen, woraus sich dann leicht weitere internationale Vereinbarungen

über den materiellen Arbeiterschutz entwickeln könnten. Auch der Gesellschaft für soziale Reform kommt es sicher mit ihrer Eingabe mehr auf die Wiederherstellung internationaler Anknüpfungspunkte für soziale Schutzmaßnahmen als auf die sofortige Durchsetzung einer mechanischen sozialen Gleichmacherei an, die natürlich an der verschiedenen industriellen Entwicklung der Vertragsländer scheitern müßte. Wenn sich die halbamtliche Entgegnung auf die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts in Basel beruft, so verweist sie auf eine Stelle, die reiche Erfahrungen gerade über die Möglichkeit der internationalen Annäherung in der Sozialpolitik gesammelt hat, und von der man nur dringend wünschen kann, daß sie zu den auf diesem Gebiet notwendigen Vorarbeiten baldigst herangezogen wird.

Arbeiterversicherung Der Reichstag ersuchte durch Beschluß vom 11. Oktober 1917 die verbündeten Regierungen eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab aus Mitteln der Kriegsfonds für die Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten eine Erhöhung von 20 bis 50 % eintreten möge. Auf diese Anregung hin hat der Bundesrat am 3. Januar folgendes beschlossen: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich 8 Mark Zulage. Personen, die eine Witwen- oder Witwerrente beziehen, bekommen von dem selben Termin ab eine monatliche Zulage von 4 Mark. Die Zulage wird nur für volle Monate gewährt. Auch ist die Zahlung zunächst nur für die 11 Monate des Jahres 1918 in Aussicht genommen. Für die Empfänger einer Unfallrente, die eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen, wird durch Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 »auf Antrag« eine fixe monatliche Zulage von ebenfalls 8 Mark gewährt, wenn nicht Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß diese Zulage »nicht benötigt« wird. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage. Dies ist eine klaffende Lücke der neuen Verordnung, die die Wünsche des Reichstags völlig unberücksichtigt läßt, aus Gründen, die nicht mitgeteilt werden und infolgedessen nicht nachgeprüft werden können. Man kann sich schwer erklären, wenn nicht etwa aus rein finanziellen Gründen, weshalb gerade die Empfänger von Alters- und

Waisenrenten leer ausgehen sollen. Nicht minder muß bedauert werden, daß der Bundesrat statt der vom Reichstag vorgeschlagenen prozentuellen Erhöhungen eine fixe Zulage in nicht sehr erheblichem Betrag für richtig gehalten hat. Sie wird der Verteuerung der Lebenshaltung in keiner Weise gerecht und entspricht nicht der sozialen Gerechtigkeit, weil die höheren Renten, das heißt also die stärker Versorgungsbedürftigen, verhältnismäßig viel geringer aufgebessert werden als die kleineren Renten, die in geringerem Grad Versorgungsbedürftigen. Die Gewährung der Zulage über das Jahr 1918 hinaus ist in Aussicht genommen, jedoch nur für die Empfänger von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten, und auch für diese nur in geringerer Höhe als für 1918. Eine eingehende Beratung dieser Maßnahmen im Reichstag, der hoffentlich bald Gelegenheit dazu erhält, ist dringend erwünscht.

Außerdem hat die Zentralstelle der deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände unter dem 30. November 1917 bei Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gemacht, in der folgende Veränderungen der Reichsversicherungsordnung angeregt werden: 1. den Höchstsatz des anrechnungsfähigen Grundlohnes (§ 180) auf 12 Mark zu erhöhen; 2. die Höchstgrenze für die Pflichtversicherung auf 5000 Mark Jahresarbeitsverdienst heraufzusetzen; 3. die für das Verbleiben in der Versicherung vorgesehene Grenze von 4000 Mark Jahresverdienst (§ 148 und 314) zu beseitigen. Nur dieser letzte Punkt bedarf noch einer Erläuterung. Die neue Festsetzung der Ortslöhne hätte mit Wirkung vom 1. Januar 1915 stattfinden müssen. Diese Vorschrift ist unerfüllt geblieben. Vielmehr sind durch Bundesratsverordnungen die alten Festsetzungen immer wieder verlängert worden. Nach der letzten würden die alten Ortslöhne frühestens am 1. Januar 1920 außer Kraft treten. Das scheint eine zu weite Herausschiebung zu sein. Die Petenten sind der Ansicht, daß schon früher etwas geschehen müsse, um die Arbeiter und Angestellten halbwegs nach Maßgabe ihres wirklichen Arbeitslohns zu versichern, der inzwischen ganz wesentlich gestiegen ist, zum andern aber auch, daß den Versicherungskassen die ihnen gebührenden Beiträge auf Grund der gestiegenen Löhne zuzuführen wären. So

befürworten sie der Einfachheit halber eine allgemeine Erhöhung der Ortslöhne um mindestens 50 %.

Reichswochenhilfe

In den Sozialhygienischen Mitteilungen für Baden veröffentlicht Alfons Fischer

/Karlsruhe/ amtliche Feststellungen über die Bewährung der Reichswochenhilfe, die bekanntlich seit dem Krieg jungen Müttern zur eigenen und zur Pflege ihrer neugeborenen Kinder gewährt wird, falls der Vater im Feld steht oder Hilfsdienst leistet. Die Feststellungen beziehen sich auf die Stadt- und Landbezirke Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg und Konstanz. In dem oben angegebenen 5 badischen Stadtbezirken hatten 1911 85,41 % der Mütter, 1915 91,87 % gestillt. In den Landbezirken waren die Prozentzahlen 82,28 respektive 92,54. Im Jahr 1911 hatten in den Städten 46,52, in den Landbezirken 43,39 % der Frauen länger als 3 Monate das Kind an der Brust gehabt; die entsprechenden Ziffern für 1915 lauten: 59,79 und 65,79 %. Dazu kommen weitere 6,5 % in den Städten und 7,3 % in den Landbezirken, die 1911 länger als 3 Monate gestillt haben. Die entsprechenden Zahlen für 1915 sind 15,26 und 14,91 %. Man sieht also eine ganz gewaltige Steigerung der Stilltätigkeit im Jahr 1915 gegenüber dem Jahr 1911. Die Sterblichkeit betrug unter den in Betracht kommenden Kindern im Jahr 1911 in den genannten Städten 16,74 %, im Jahr 1915 dagegen nur 9,46 %; in den Landbezirken belief sich die Sterblichkeit im Jahr 1911 auf 17,15 %, im Jahr 1915 dagegen nur auf 10,76 %. Wenn auch, wie Fischer ausdrücklich betont, die Sterblichkeitsziffern der Fehlerquellen wegen als zu klein zu bezeichnen sind, so machen sich doch die gleichen Fehlerquellen für beide Jahre geltend. Es ergibt sich also eine sehr wesentliche Verminderung der Sterblichkeitsziffern, was unzweifelhaft auf die erhöhte Stilltätigkeit zurückzuführen ist. Diese aber ist durch die Reichswochenhilfe ganz erheblich befördert worden. Man darf also ruhig dazu übergehen die Reichswochenhilfe zu einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung zu erweitern, um des durchschlagenden Erfolges für unsere Bevölkerungsvermehrung sicher zu sein.

Döblin
Mit Emil Döblin, der am 31. Januar starb, ist einer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer dahingegangen, dessen

Wirken auch in der Sozialpolitik ihre Spuren hinterlassen hat. Die Bedeutung Döblins für die Arbeiterbewegung hat bereits sein Nachfolger im Deutschen Buchdruckerverband, Peter Graßmann, hier (in diesem Band, Seite 197 ff.) geschildert. Seine Bedeutung für die Sozialpolitik ist nicht so zu verstehen, als ob er selber irgendwie aktiv politisch betätigt hätte. Er wußte selbstverständlich, daß politische Kämpfe und die Beteiligung der Arbeiter an ihnen notwendig sind. Doch hielt er auf strenge Arbeitsteilung und fand auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Aufbaus reichlichen Raum für die Entfaltung seiner Kräfte. Die Sicherung und Festlegung gewerkschaftlicher Errungenschaften durch die Gesetzgebung bedeutet nach seiner Auffassung so lange wenig, bis die völlige Gleichberechtigung der Arbeiter vor der Gesetzgebung ernumen ist. Das geht zum Beispiel aus seinem Artikel Tarifgemeinschaft oder Verschärfung der Gegensätze? (in den Sozialistischen Monatsheften, 1914 II, Seite 766. ff.) deutlich hervor. Aber mit der Konzentration seiner Kräfte darauf, daß besonders die Tarifgemeinschaften, deren Bau und Ausbau sein eigentliches Lebenswerk waren, zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt werden, hat er in Wahrheit für weitgesteckte sozialpolitische Ziele wirksam gearbeitet und sich unvergängliche Verdienste um die Geltung der Arbeiterorganisationen im öffentlichen Leben erworben. Erweisen sich doch die Arbeiterorganisationen, je mehr der Tarifvertragsgedanke an Ausbreitung und Vertiefung gewinnt, als Mitträger und Träger der Produktion überhaupt. Für die Technik der gewerkschaftlichen Lohnpolitik schuf Döblin neue Vertragsformen, die auch für die staatliche Lohnpolitik immer mehr nutzbar zu machen sind. Und so wird die deutsche Sozialpolitik nach dem Krieg das Entscheidende dessen, was Döblin erstrebt hat, sich zu eigen zu machen und durchzuführen haben.

Kurze Chronik Der Reichstagsabgeordnete Johann Giesberts ist als fachmännischer Berater des Staatssekretärs in das Reichswirtschaftsamt berufen worden. Damit ist eine Formel dafür gefunden worden, daß Arbeitervertreter in der Regierung mitarbeiten, ohne ihr parlamentarisches Mandat zu verlieren. ◊ Den Hamburger Gewerbeinspektionen sind Grundzüge für den Arbeiterschutz bei Ausföhrung von Anstreicherarbei-

ten auf Grund der §§ 120 c bis d der Reichsgewerbeordnung zur Nachachtung zugegangen. Danach müssen Schiffsräume, die keine unmittelbar ins Freie führenden Schiffsöffnungen besitzen, während der Arbeit durch Ventilatoren dauernd belüftet werden. Die Arbeiter, die in solchen Räumen schaffen, sind mindestens jede halbe Stunde abzulösen und dürfen erst nach Ablauf einer weitem halben Stunde wieder beschäftigt werden. Es fehlt noch das Verbot der Beschäftigung Jugendlicher sowie die Anordnung hinreichender Waschgelegenheiten und Waschvorschriften für die Arbeiter. Hervorgehoben sind die Vorschriften dadurch, daß jetzt vielfach gesundheitsschädliche Ersatzstoffe beim Anstreichen von Schiffen verwendet werden müssen. ◊ Nach einem Beschluß des Regierungsrats in Sankt Gallen darf die Arbeitszeit in den dem Arbeiterinnenschutz unterstellten Betrieben nicht mehr als 10, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht mehr als 9 Stunden betragen.

Literatur In den Schriften der Landeszentrale für Arbeitsnachweis in Elsaß-Lothringen /Straßburg, Selbstverlag der Landeszentrale/ bringt der Straßburger Beigeordnete Kurt Blaum den Entwurf einer einheitlichen Landesarbeitsnachweisordnung. Er teilt das Land in Arbeitsamtsbezirke auf, faßt die notwendigen 27 Arbeitsämter nach 3 Hauptbezirken zusammen, verlangt, daß die Gemeinden als Meldestellen zu jedem Arbeitsamt in Beziehung treten, und wünscht, daß eine Landeszentrale den Ausgleich zwischen den Einzelämtern durchführt. Sie hat auch den Verkehr mit den Arbeitsämtern anderer Bundesstaaten und den Reichsbehörden zu besorgen. Ein Beirat dieser Landeszentrale soll aus etwa 10 Mitgliedern bestehen, die durch Landesgewerbeberater, Handels- und Handwerkskammern sowie die großen gewerkschaftlichen Organisationen zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zu wählen sind. In ähnlicher Weise soll bei jedem Arbeitsamt ein Verwaltungsausschuß mit einem Beschwerdeausschuß gebildet werden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Popper Am 21. Februar konnte der Ingenieur und soziale Schriftsteller Josef Popper, dessen vor etwa 2 Jahrzehnten unter

dem Pseudonym Lynkeus veröffentlichte, seinerzeit auch in den Sozialistischen Monatsheften (1900, Seite 621 f.) besprochenen Phantasien eines Realisten den ganz seltenen Erfolg von 11 Auflagen erlebt haben, seinen 80. Geburtstag feiern. Voltaire, dem er später eine besondere Schrift gewidmet hat, war ihm in der durchsichtigen Klarheit des Denkens und der Darstellung ein bewundertes Muster. Max Adler, der in einem ausführlichen und warmen Artikel der Wiener Arbeiterzeitung die intellektuelle Eigenart des Jubilars bespricht, erwähnt dabei auch als besonders charakteristisch das Band inniger Freundschaft und Geistesverwandtschaft, das Popper mit Mach verknüpfte, der gewisse Grundvoraussetzungen, die die exakten Naturwissenschaften der allgemeinen Erfahrung entnehmen, in Zweifel zieht und durch, wie er meint, einfachere und sicherer begründete Annahmen zu ersetzen sucht. Wie Mach in diesen naturwissenschaftlichen Voraussetzungen Spuren einer metaphysischen, wissenschaftlicher Nachprüfung nicht standhaltenden Begriffsbildung entdeckt zu haben glaubt und im Geist des Positivismus dagegen polemisiert, so verhält sich in gewisser Hinsicht Popper gegenüber der vom Marxismus vertretenen Auffassungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung und Entwicklungstendenzen. Ihm erscheinen die Grundlagen, auf die dieser große Bau sich stützt, und die sich ja selbstverständlich nicht in Formeln einfacher Naturgesetzlichkeit fassen lassen, als metaphysische Fiktionen, mit denen eine positivistisch geschulte Denkart im Prinzip aufzuräumen habe. Statt die Kritik, zu der manche allzu rasch generalisierende Wendungen der Marxschen Lehre ihn reizen, auf die Prüfung einzustellen, in welcher Richtung etwa das anfechtbar Erscheinende sich korrigierend umgestalten und von Widersprüchen befreien lasse, hat er sich gegen die gewaltige Erscheinung Marxens von Anbeginn rein ablehnend verhalten und seine eigene Arbeit jeder Befruchtung, die sie von dieser Seite hätte erhalten können, entzogen. So bleibt dieser begeisterte Verehrer der Klarheit, der sich einen Realisten nennt, auf dem Gebiet des Sozialen doch Utopist, der weit abseits vom dem großen Strom der Geschichte Pläne allgemeiner sozialer Besserung ersinnt. Er kommt über den abstrakten Gedanken, daß die geistige Befreiung der Menschen als notwendiges Korrelat, ohne das sie in Wahrheit nicht bestehen

kann, Befreiung vom Joch der Not verlangt, im wesentlichen nicht hinaus; will nicht sehen, daß unter den gegebenen sozialen Verhältnissen der von der Arbeiterklasse geführte (im wesentlich Marx'schen Sinn geführte) ökonomisch politische Klassenkampf der einzige Weg ist, der am Ende zu jenem Ziel hinleiten könnte. Sein letztes Werk, Die allgemeine Nährpflicht /1912/, bringt Vorschläge, wie die Gesellschaft rationell diesem Ziel gemäß zu ordnen sei. »Solange es vorkommt«, erklärt er da, »daß auch nur ein einziger Mensch hungert oder in seiner Lebenshaltung nicht gesichert ist, so lange taugt die ganze Gesellschaftsordnung nichts.« Darauf aber, wie denn die Realisierung einer solchen Ordnung in Wirklichkeit jemals zustande kommen kann, es sei denn eben wieder auf jenen verpönten Bahnen ökonomisch politischen Klassenkampfes, darauf bleibt er, wie alle anderen Utopisten, die Antwort schuldig.

Sozialismus In einer Besprechung seines aufsehenerregenden Buches 1789 und 1914 wurde in dieser Rundschau (1916 II, Seite 874 ff.) Johann Plenges Auffassung von der Zukunft des deutschen Sozialismus in den Hauptzügen kurz charakterisiert und beleuchtet. Seine neueste Publikation Die Revolutionierung der Revolutionäre /Leipzig, Der Neue Geist-Verlag/, eine Sammlung zuerst in der Glocke veröffentlichter Aufsätze, fügt der Begründung seines Standpunkts nichts wesentlich Neues hinzu. Die Darstellung zeigt den selben Elan wie jene frühere Schrift, doch weiter auch den selben Hang zu gewaltsamem Konstruieren. Der Weltkrieg, dieser grausame Zerstörer, erschneidet Plenge auf Grund der mächtigen, von den deutschen sozialistischen Gewerkschaften unterstützten wirtschaftlichen Organisationsarbeiten und ebenso auf Grund der sozialistischen Kriegskreditbewilligung als Anbruch einer neuen Ära, die, unaufhaltsam weiterwirkend, den »Sozialismus« realisieren werde. Daß die fortschreitende »Durchstaatlichung der Wirtschaft, die, wie Genosse Renner in seinem trefflichen Buch Marxismus, Krieg und Internationale /Stuttgart, Dietz/ überzeugend darlegt, seit Jahrzehnten eine dominierende Tendenz auf dem Gebiet der ökonomischen Entwicklung bildet, durch den Krieg gewaltige Förderung erhalten hat und weiter erhalten wird, erfüllt ihn mit einem unbegrenzten Optimismus. Daß jedoch der Sozialismus in erster Reihe

das Verlangen der hart arbeitenden Massen an dem von ihnen erzeugten Güterreichtum in höherem Maß zu partizipieren bedeutet, eine Klassenbewegung, die eine Verstaatlichung der Wirtschaft nicht an und für sich sondern nur, sofern sie direkt oder indirekt der Hebung der Massen und der Volkskultur zu dienen vermag, als Fortschritt werten kann, scheint er nicht sehen zu wollen. Der eigentliche Springpunkt jeder proletarisch-sozialistischen Bewegung: der Klassenkampf, der doch dem Modus und den Tendenzen fortschreitender »Durchstaatlichung« erst das entscheidende Gepräge aufdrücken wird, tritt so in seinen Zukunftsperspektiven ganz zurück, die damit jeden festen Unterbau verlieren. Ja, an seiner Begeisterung darüber, daß im Gefolge des Krieges das wirtschaftliche Leben mehr und mehr organisiert werden müsse, vergißt er anscheinend ganz die außerordentlichen Erschwerungen, die der Tod von Millionen produktiver Arbeitskräfte und die vervielfachten Milliardensteuerlasten für den weitem Ausbau der Sozialpolitik bedeuten. Die Revolutionierung der Revolutionäre, wie er die den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragende, von dogmatischen Schlagworten emanzipierte realpolitische Neuorientierung in den Reihen der Parteien nennt, hat in Wahrheit als Revisionismus schon etwa 1½ Jahrzehnte vor dem Krieg begonnen und wird, soweit sich sehen läßt, auch nach dem Krieg nicht ihre Bahnen ändern. Nur die Ausbreitung dieser Richtung in der Partei dürfte in fortschreitend rascherem Tempo vor sich gehen. Wie völlig fern Plenge bei seiner Konstruktion dem Geist steht, der in der Partei lebendig ist, bezeugen noch schlagender als alles andere seine höhnische Bemäkelung des sozialistischen Pazifismus (nach diesem jämmerlichen Zusammenbruch diplomatischer Staatskunst in Europa) und seine, an dem politischen Zustand Deutschlands gemessen, geradezu unverständliche Herabsetzung des Parlamentarismus.

Kriegspublikationen Das 6. Kriegsheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik /Tübingen, Mohr/ bringt unter anderem eine Abhandlung Kriegsbedarfsdeckung und Reichsfinanzwesen von Edgar Jaffé. Die Landwirtschaft, meint der Verfasser, sähe nach dem Krieg, der die ausländische Konkurrenz in Agrarprodukten für lange Zeit größtenteils ausschalten werde, einer Periode hoher und gewinnbringender Preise entgegen, die

ebenso den kleinen wie den großen Landwirten zugute kommen würden; während die für Handel und Industrie zu erwartenden Chancen wohl ziemlich ausschließlich von den Großbetrieben monopolisiert werden dürften, Mittel- und Kleinbetriebe, die schon gegenwärtig so schwer leiden, auf eine Besserung ihrer Lage nicht rechnen könnten. Ganz unbestimmt sei einstweilen, wie die Lohnverhältnisse sich gestalten würden; doch stehe eine weitere Herabdrückung des bürgerlichen Mittelstands, der Beamten und freien Berufe, mit völliger Gewißheit in Aussicht, ebenso die Herausbildung eines breiten, neuen parasitären Rentnerstands aus der Reihe der reich gewordenen Kriegsgewinnler. Zur Bestreitung der zur Verzinsung und Amortisierung der Kriegaanleihen jährlich erforderlichen Summen, die der Autor mit einem Kriegsende im Sommer 1917 (obendrein noch mit 40 Milliarden Kriegsschädigung) rechnete, seine Schätzung (auf $5\frac{1}{2}$ bis 6 Milliarden pro Jahr) noch gewaltig übersteigen wenden, verlangt er: möglichste Steigerung der Eigeneinnahmen des Reichs aus wirtschaftlicher Tätigkeit (darunter staatliche Handels- und Kraftmonopole); indirekte Steuern auf Genußartikel des Massenkonsums (Tabak, Branntwein), verbunden mit der Ausgestaltung der Warenumsatzsteuer zu einer gestaffelten Belastung des Luxuskonsums mit stark progressiven Sätzen; ferner Zwangskartellierung in Handel und Gewerbe, verbunden mit staatlich überwachten Einfuhrmonopolen und Produktionsauflagen; staatliches Getreidemonopol, das, mit Anreizen zur äußersten Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verbunden, zugleich dem Konsum gleichmäßige und niedrige Preise sichert, und dann vor allem auch soziale Ausgleichssteuern; Kriegsgewinnsteuer, Reichserbschaftssteuer und Erbrecht des Reiches. Wollte man statt solcher Maßnahmen und energischer Heranziehung zu Vermögensabgaben die neue Zinslast durch Einkommenbesteuerung verzinsen und amortisieren, so würde das nach Jaffés, aus den angeführten Gründen viel zu niedrigen Schätzung bereits eine Belastung des jährlichen Gesamteinkommens mit 50 % und mehr bedeuten. Genosse Carl Legien behandelt das Thema der Arbeitsvermittlung nach dem Krieg. Franz Eulenburg setzt die laufende Besprechung der über Krieg und Volkswirtschaft veröffentlichten Tagesliteratur in einer Abhandlung von 55 Seiten fort.

Die Schrift *Der Krieg im Lichte der Gesellschaftslehre* /Stuttgart, F. Enke/ des Wiener Professors Wilhelm Jerusalem ist eigenartig ethisch pointiert. Staatsmacht soll sich nach diesem Autor mit »Staatenwürde« paaren, und diese Forderung sieht er durch Deutschlands Verhalten im Krieg vorbildlich erfüllt. »Wenn Deutschland Belgien gegenüber das Völkerrecht verletzte, so geschah das, weil seine Existenz bedroht war, die zu erhalten und zu verteidigen immer die höchste und heiligste Pflicht des Staates bleiben wird. . . Daß Deutschlands Kanzler das in offener feierlicher Reichstagssitzung mit edler Wahrhaftigkeit eingestehen durfte, das ist der deutlichste Beweis dafür, daß das Bewußtsein der Staatenwürde im deutschen Volk heute bereits lebendig ist.« In seiner Schrift *Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft* /Berlin, J. Springer/ verkündet Johann Plenge in dem Geist seiner anderen, hier schon besprochenen Schriften als das Erbe des Krieges den Anfang einer neuen sozialistischen Epoche unserer Wirtschaftsweise. Vorsichtiger erörtert Otto Conrad in dem Aufsatz *Die individualistische Wirtschaftsordnung und der Krieg* /Berlin, Verlag für Fachliteratur/ die durch den Krieg hervorgerufenen ökonomischen Umwälzungen und deren voraussichtliche Tendenzen. Waldemar Mitscherlich, Professor an der Greifswalder Universität, befürwortet in seinem Schriftchen *Nationalstaat und Nationalwirtschaft und ihre Zukunft* /Leipzig, Hirschfeld/ gegenüber den großen Weltreichen den Zusammenschluß Deutschlands mit anderen europäischen Staatsgebilden zu einer wirtschaftlichen Union. Der frühere Nationalstaat sei zu klein für die jetzt in der Weltwirtschaft heranwachsenden Verhältnisse. Des Ungarn Bohdan von Zahorski Broschüre *Die Pazifikation Europas und die soziale Revolution* /Budapest, Julius Benko/ tritt für den Abschluß eines dem Keim zukünftiger Konflikte nach Möglichkeit beseitigenden, spätere Abrüstung vorbereitenden Verständigungsfriedens ein. Der Leipziger Professor W. Ed. Biermann behandelt in seinem Volkswirtschaftlichen Lehren des Weltkrieges /Berlin, W. Rothschild/ sein Thema unter handels-, sozial-, wohnungspolitischen wie weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Fragen der Preisbildung und Preispolitik im Frieden und im Krieg erörtert ein in der Bonner Juristischen Gesellschaft gehaltener Vortrag Heinrich Mannstaedts /Jena, Gustav Fischer/.

Kurze Chronik Die gesamte Bibliothek Schmollers wurde von der Firma Carl Zeiß angekauft und soll ungeteilt dem Staatswissenschaftlichen Seminar der Jenaer Universität überwiesen werden. ◊ Der Professor an der deutschen Universität in Prag Arthur Spiethoff hat einen Ruf nach Göttingen als Nachfolger Gustav Cohns erhalten. Ursprünglich Kaufmann, wandte er sich ökonomischen Studien unter der Leitung Schmollers und Wagners zu. Er begann mit Arbeiten für den Verein für Sozialpolitik, für den er ein eingehendes Referat über die Verhältnisse des Berliner Buchbindergewerbes lieferte. Seine späteren Studien galten vornehmlich Fragen des Geld- und des Bankwesens und der Geschichte der Wirtschaftskrisen. Von Berlin, wo er sich 1907 habilitiert hatte, ging er an Stelle Alfred Webers nach Prag. ◊ An der Universität Breslau habilitierte sich der Assistent am dortigen Staatswissenschaftlichen Seminar F. Terhalle für Volkswirtschaft.

Literatur Von den in Schmollers Jahrbuch publizierten Skizzen Lujó Brentanos über die byzantinische Volkswirtschaft (einem Kapitel seiner wirtschaftsgeschichtlichen Universitätsvorlesungen) ist ein Sonderabdruck erschienen /München, Duncker & Humblot/. Die kleine Schrift, die, wenn auch nicht direkt auf Quellenstudien beruhend, ein reiches historisches Material zusammenträgt, ist bei der geringen Beachtung, die diesem Abschnitt der Geschichte bisher zuteil geworden, doppelt interessant. »Je mehr ich mich, so heißt es in der einleitenden Vorbemerkung, in den Stoff vertieft habe, um so mehr befestigte sich in mir die Überzeugung, daß nicht nur die moderne wirtschaftliche Entwicklung aus der mittelalterlichen, sondern nicht minder diese aus der antiken in ununterbrochener Fortsetzung hervorgegangen und es völlig unmöglich sei die modernen wirtschaftlichen Zustände ohne Kenntnis derjenigen des Altertums wie des Mittelalters zu begreifen.« Als Hauptvermittler aber zwischen Altertum und Renaissance erscheint Brentano auf wirtschaftlichem Gebiet das byzantinische Reich, in dem die antike Kultur bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 sich in weit größerem Umfang als in dem von der Völkerwanderung überfluteten Abendland erhielt. Die hohe Stufe, zu der Warenproduktion

und Warenhandel und kapitalistischer Reichtum in der Osthälfte des römischen Imperiums entwickelt waren, wird geschildert. Dann wendet sich die Darstellung nach einem Ausblick auf die ökonomischen Verhältnisse der glänzenden Hauptstadt des Ostens, in der die Kaiser später residierten, der Darstellung des Latifundienwesens zu, das im Osten ähnliche Tendenzen wie in Italia zeigt. Das Bauernlegen wurde von den großen Herren wie den nach immer neuen Landschenkungen gierigen Klöstern und kirchlichen Würdenträgern mit allen Mitteln der List und der Gewalt betrieben. Die Bemühungen, die im Verlauf des 1. Jahrtausends von byzantinischen Dynasten gemacht wurden, die Auspowerung des Volkes durch die Großgrundbesitzer (die vielfach eigene Heere hielten) einzudämmen, blieben ohne Erfolg. Den Herrschern der mazedonischen Dynastie ging es mit ihrem Bauernschutz nicht besser als früher den Isauriern mit ihrer Bauernbefreiung. Die Krone wurde mehr und mehr zum Kampfobjekt der groß- und kleinasiatischen Adelsfamilien. So bildete sich, nur mit dem Unterschied, daß hier das eigentliche Lehnverhältnis fehlt, im Osten eine gleiche Grundeigentumsverfassung wie im Abendland heraus: Der freie Kleinbesitzer wird schollenpflichtiger Kolone. Nur durch eine, vielfach bis zu unerträglicher Höhe getriebene Besteuerung, Verzollung und Monopolisierung brachte die Zentralgewalt die Mittel auf, um sich gegen die Einfälle der Barbaren wie gegen die Selbständigkeitsgelüste der großen Grundherren so lange aufrechtzuerhalten. Eine, im Gefolge von Kriegen eintretende Verschiebung der Handelsstraße nach dem Orient trug dazu bei die Quelle von Konstantinopels Reichtum brachzuliegen und half den Kaufleuten der italienischen Seestädte, die anfangs unter der Ägide der byzantinischen Regierung sich als deren Vasallen und Untertanen eingeschoben hatten, mehr und mehr den lukrativen Orienthandel an sich zu reißen. ◊ Beiträge zu der Gliederung des Volkskonsums bringen die im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik von dem Baseler Professor Stephan Bauer herausgegebenen Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz und R. E. Mayo Buch Die deutsche Volksernährung, gemessen am Konsum großer Konsumentenkreise. Beide Werke erschienen bei Duncker & Humblot in München.

Geschichte / Alfred Keller

Mommsen und Sybel Es war ein guter Historikerjahrgang, den das Jahr 1817 Deutschland und der Kulturmenschheit beschert hat. Am 30. November wurde Theodor Mommsen, am 2. Dezember Heinrich von Sybel geboren. Jener war ein Schleswiger aus Garding, dieser ein Rheinländer aus Düsseldorf. Schon die Abstammung deutet beträchtliche Wesensunterschiede der beiden Männer und ihres Schaffens an. Mommsen blieb stets der zähe, herbe und verhaltene Niederdeutsche, Sybel der freiere, leidenschaftliche und kampffrohe Sohn der Rheingegend. Obwohl Sybel davor gewarnt hat den Einfluß der Umgebung oder Abstammung auf das Denken und Handeln bedeutender Männer zu überschätzen, so bietet gerade er im Vergleich mit Mommsen einen trefflichen Beweis für die relative Richtigkeit dieser Auffassung. Auch in der Wahl und Absteckung ihrer Arbeitsgebiete drücken sich die Wesensunterschiede aus. Mommsen, jeder Halbheit abhold, beschränkte sich ganz auf das eine Gebiet der römischen Geschichte, das er allendings in allen Einzelheiten und Unterabteilungen gründlichst beherrschte und nicht nur vom Standpunkt des politischen und kulturgeschichtlichen Historikers sondern auch von dem des Archäologen, Philologen und Juristen aus umfaßte. Er ist sogar von der juristischen Seite her in sein eigentliches Arbeitsfeld eingedrungen. Sybel dagegen, den man fälschlicherweise einseitiger politischer Geschichtsschreibung bezichtigte, erkannte schon als Student gelegentlich der Pandektenvorlesungen Savignys, »daß ein volles Quantum juristischer Bildung die unerläßliche Bedingung für die Erkenntnis und Darstellung politischer Geschichte ist«. Er postulierte ferner in seiner Dissertation: »Ohne Philosophie kein ordentlicher Historiker.« Und er lebte dieser Vielseitigkeit auch in der stofflichen Auswahl nach. Seine erste größere Arbeit Die Geschichte des ersten Kreuzzuges beschäftigte sich zur Hauptsache mit kulturgeschichtlichen Problemen; seine Entstehung des deutschen Königtums war ein verfassungs- und wirtschaftsgeschichtliches Werk; sein leider nicht ausgeführter Plan einer Geschichte der innern Auflösung des römischen Kaiserreichs war rein kulturgeschichtlich konzipiert; sein Hauptwerk endlich, die Geschichte der französischen Revolution, war auf genauem Studium der

ökonomischen, diplomatischen, militärischen, rechtlichen und politischen Verhältnisse aufgebaut. Wie Mommsen von der Jurisprudenz, so ging Sybel von der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte aus. Doch können beide zu den großen politischen Geschichtsschreibern gezählt werden. Ihrer Gleichaltrigkeit und ihrem besondern Interesse entsprechend wurden beide auch von den selben wissenschaftlichen Vorbildern beeinflusst. Niebuhr, Ranke, Savigny waren das Dreigestirn, das ihren ersten Weg bestimmte. Doch stand Mommsen mehr unter der Einwirkung Niebuhrs, Sybel mehr unter der Rankes. (Später hat Sybel allerdings seinem Lehrer gegenüber eine kritischere Stellung eingenommen.) Mommsens Bedeutung als Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber beruht darin, daß er zum erstenmal die evolutionistische Geschichtsauffassung konsequent durchführte. Seine synthetisch rekonstruierende Methode erinnert manchmal an die Darwins. Er faßte die gesamten Äußerungen des Volkslebens als ein einheitliches, innerlich bedingtes Ganze auf und ging den besonderen Triebkräften der Entwicklung in einer sorgfältig ausgebildeten historisch-induktiven Weise nach. Er sah nach seinem eigenen Wort die Aufgabe des Geschichtsforschers darin »die sukzessive Völkerschichtung in den einzelnen Ländern darzulegen, um die Steigerung von der unvollkommenen zu der vollkommenen Kultur und die Unterdrückung der minder kulturfähigen oder auch nur minder entwickelten Stämme durch höher stehende Nationen soweit als möglich rückwärts zu verfolgen«. Die große nationale Entwicklung sah er überall als eine »Tochter der Not« an, da er der Überzeugung war, daß nur aus schweren Kämpfen und Gefahren die Ausgestaltung eines nationalen Volkstums erwachse. Auch sein historisches Werturteil ist evolutionistisch bedingt, wenn er sagt: »Die Geschichte, der Kampf der Notwendigkeit oder Freiheit, ist ein sittliches Problem.« Andererseits bestimme er: »Für die Geschichte gibt es keine Hochverratsparagrafen.« Auch den Legitimisten, die damals in der internationalen Politik und auf Kongressen das große Wort führten, war er nicht hold. »Wenn eine Regierung, so führte er aus, »nicht regieren kann, hört sie auf legitim zu sein, und es hat, wer die Macht, auch das Recht sie zu stürzen.« Er lehnt zwar eine »nur auf das Proletariat gebaute Herrschaft des Staatsoberhauptes« ab, da sie zu un-

sicher sei; dagegen verfiert er mit innerster Leidenschaft den Satz, daß schöpferisch »unbedingt und ausschließlich die Freiheit« ist. In diesem Zusammenhang verdient auch das Wort Mommsens hervorgehoben zu werden, das er als Abgeordneter im Jahr 1866 sprach: »Hüten Sie Sich, daß aus diesem Staat, der ehemals der Militärstaat und der Staat der Intelligenz zugleich war, die Intelligenz verschwinde und nichts bleibt als der reine Militärstaat.« Außer der stofflichen hat sich Mommsen nur eine sachliche Beschränkung auferlegt. Ihn interessieren weniger die besonderen Ereignisse, der individuelle Mensch, als die »genetische Konstruktion«. Und in dieser war er auch ein unübertroffener Meister, selbst wenn gelegentlich eine starke innere Parteinahme zu verspüren ist. Im Gegensatz zur frühern Auffassung leitete er die Politik Roms nicht aus einer bewußten und perfiden Eroberungssucht sondern aus einer von außen her aufgezwungenen Defensivnotwendigkeit und aus wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Als Wirtschaftshistoriker war er übrigens von der klassischen Nationalökonomie abhängig. Man hat Mommsen vielfach einen Verteidiger des modernen Cäsarismus und Heroenkultus gescholten. Aber im 3. Band seiner Römischen Geschichte bitet er ausdrücklich »das Urteil über Caesar nicht in ein Urteil über den sogenannten Cäsarismus umzudeuten«. Daß es ihm damit ernst war, geht auch aus folgender, an gleichem Ort verzeichneter Stelle hervor: »Nach dem gleichen Naturrecht, weshalb der geringste Organismus unendlich mehr ist als die kunstvollste Maschine, ist auch jede noch so mangelhafte Verfassung, die der freien Selbstbestimmung einer Mehrzahl von Bürgern Spielraum läßt, unendlich mehr wert als der genialste und humanste Absolutismus; denn jene ist der Entwicklung fähig, also lebendig, dieser ist, was er ist, also tot.« Ein ganz anderes Charakterbild enthüllt uns die schriftstellerische und politische Persönlichkeit Sybels. Dem eingangs erwähnten Ausspruch über die erforderliche Horizontweite des Historikers fügte er noch einen weitern wichtigeren Leitsatz zu: »Der Geschichtsschreiber soll cum ira et studio schreiben!« Er fordert also nicht nur philosophische Durchdringung der geschichtlichen Entwicklung und Tatsachen sondern starke innere Parteinahme. Er lehnt die »vornehme Neutralität« des Geschichtsschreibers ab und begrüßt es als

einen »höchst erheblichen Fortschritt«, daß der »objektive Historiker« beseitigt worden ist. Während Ranke ausdrücklich darauf verzichtet »die Mittel zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren«, bezeichnet Sybel es als den »natürlichen Beruf des Gelehrten aus seiner Wissenschaft die Quelle abzuleiten zur Befruchtung des öffentlichen Lebens und umgekehrt in dem Boden des öffentlichen Lebens wieder die Quelle reicher wissenschaftlicher Belehrung aufzusuchen«. Er ist der Überzeugung, daß die Geschichtsauffassung von dem jedesmaligen Stand der staatlichen und geistigen Kultur abhängig ist. Ranke meinte, daß »große Verhältnisse die Menschen machen«; Sybel dagegen predigt, wie Treitschke, die Macht der Persönlichkeit. In seiner Dissertation schreibt er: »Von den Personen, nicht von den Einrichtungen, hängen die Geschehnisse der Völker ab.« Er überließ es Georg Waitz die spezifisch Ranke'sche Richtung weiterzuführen, und doch zeigte er, vornehmlich in seinem Hauptwerk, der Revolutionsgeschichte, nach dem Wort Moritz Ritters »eine Verbindung Ranke'scher und Niebuhr'scher Art die Dinge anzuschauen«. An Ranke erinnert der univierselle Blick, mit dem er die Wechselwirkungen zwischen innerer und äußerer Politik im Leben der Staaten betrachtet, an Niebuhr die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Er wollte die Geschichtsschreibung immer nur »im Zusammenhang mit der Entwicklung unseres nationalen Lebens überhaupt« verstanden wissen. Er nimmt einen Standpunkt zwischen den politischen Extremen ein, aber versichert ausdrücklich, daß dieser »toto coelo entfernt von der demokratischen Begeisterung oder von kosmopolitischer Spekulation« sei. Sein Ideal ist der deutsche Rechtsstaat, dessen nationalste und zugleich verfassungsmäßig beschränkte Form er im preußischen Königtum sieht; »Der Rechtsstaat ist der indische Abglanz des christlichen Willens, wie er das uranfänglichste Ziel des germanischen Gemeinwesens ist.« Dieser Satz bezeichnet seine Geschichtsauffassung und seine allgemeine Weltanschauung, die selbstverständlich auch seinem Werk über die französische Revolution ihren Charakter aufgeprägt hat und die mit der Auffassung der jüngern französischen Schule und dann unserer, durch Marx an tiefes Eindringen in den Urgrund geschichtlichen Geschehens gewöhnten Generation natürlich nicht in Einklang zu bringen ist. Trotzdem ver-

steht man auch heute noch, daß Sybels Revolutionswerk nach Häußers Worten als epochemachend gelten konnte, um so mehr, als es auch darstellerisch hervorsteht. Der kritischen Erforschung jener Zeit hat es jedenfalls den entscheidenden Impuls gegeben.

Kurze Chronik Vor kurzem ist der 1. Band eines neuen wissenschaftlichen Unternehmens erschienen, das unter dem Sammeltitle *Monumenta Germaniae Franciscana* alle auf deutschem Sprachgebiet entstandenen überlieferungswerten Handschriften und seltenen Druckwerke von franziskanischen Schriftstellern oder zur Geschichte dieses Mönchordens umfassen soll. Eine erste Abteilung wird die Schriftsteller, eine zweite die Urkundenbücher veröffentlichen. Der vorliegende 1. Band behandelt die Urkunden der schlesischen Franziskanerklöster. ◊ In der Bibliothek des Fürsten Lubomirski im Knuszyn fand Ludwig Bernacki eine überaus wertvolle Handschrift der Polnischen Chronik des französischen Mönches Gallus, die längst für verschollen galt. Gallus war der älteste Chronist Polens. Von seinem Werk waren nur 2 Abschriften vorhanden. Der neue Fund ist von der Ossolinskischen Bibliothek in Lemberg erworben worden. ◊ Über die Lage des Landes Ophir sind verschiedene Hypothesen aufgestellt worden. Carl Peters hat sich bekanntlich für die Identifizierung des sagenhaften Landes mit dem Maschonaland im mittlern Südafrika eingesetzt, wo in der Tat Beweise für einen frühern Goldbergbau erbracht worden sind. Eine andere Deutung verlegt Ophir nach Indien. In einer neuern Untersuchung, die in der Geographischen Zeitschrift veröffentlicht wurde, nimmt Hennig an, daß die Flotte des Königs Salomo sich geteilt und sowohl Indien wie Südafrika besucht hat. Endlich hat Bernhard Moritz kürzlich in einem Vortrag die Ansicht ausgesprochen, daß Ophir im mittlern Arabien zu suchen sei; er hat dort selber Überreste alter Goldbergwerke gefunden. ◊ Georg Steindorff und Karl Schmidt wenden eine Papyroshandschrift der Berliner Königlichen Bibliothek veröffentlichen, die den vollständigen koptischen Text der Sprüche Salomos enthält. Die Handschrift stammt aus dem 3. Jahrhundert und gehört zu den ältesten uns erhaltenen Stücken der ägyptischen Bibelübersetzung. Es kommt ihr also eine erhebliche Bedeutung zu.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zeppler

Hauptmann Ein Traum kann schwärzlich materieller und nüchterner geraten als Hauptmanns Traumdichtung von Hannele

in der Aufführung der Berliner Volksbühne. Dies Haus ist an sich trotz seiner Schönheit durch seine Größe und Weite für Lyrisches denkbar ungeeignet. Denn was hauchzartes Flüstern sein soll, muß hier um der Verständlichkeit willen lauter gesprochen werden, und jede sehr subtile Stimmung zerflattert in dem gedehnten Raum. Auch das Szenenbild selbst ist bei der Riesenbühne auf große Formate angewiesen, und enge, gedrückte Kammern werden dort gewöhnlich, wie auch diesmal, zu Kasernhöfen. Durch diese beiden Mängel konnte von vornherein die Stimmung der Dichtung nicht aufkommen, um so weniger als eine lange, helle, geräuschvolle Pause Hannele energisch von den Engelserscheinungen trennte. Von der Bühne her kam kein Schimmer eines Traumreichs, klang nicht die rührende und inbrünstige Sehnsucht des armen Kindes nach der überirdischen Welt, diese Sehnsucht des Menschen, der die Furchtbarkeit dieser Welt erlebt hat. Als Hanneles Himmelfahrt am 14. November 1893 zum erstenmal im Berliner Schauspielhaus gezeigt wurde (Paula Conrad gab das Hannele, Adalbert Matkowsky den Lehrer Gottwald, der dann der Erlöser wird), da fühlten, wie die berichten, die dabei waren, die Menschen nicht nur, daß sie mitleiden, sondern auch, daß sie selber mitschuldig sind an dem Schicksal des Hannele Mattern. Mittlerweile ist man wohl etwas kühler und artistischer geworden und ersetzt die gläubige Hingabe an den Menschen durch theatralischen Effekt. So auch in dieser kalten und teilnahmslosen Aufführung, in der Hanneles Himmel zu einem Puppenhimmel mit Zuckerengeln wurde. Aus der Erscheinung der Mutter Hanneles, deren Leben das Leid war, machte die Regie eine jugendliche Frau, die schwungvoll und tönend deklamierte. Die Organe der Engel dagegen hatten wenig von lieblicher Engelmusik an sich. Hannele selbst wurde in Helene Thimigs Darstellung nicht lebendig. Diese Künstlerin vermag wohl mit ihrer großen und gesunden Erscheinung und dem dunklen Organ, das kindliche Töne nicht hergibt, von vornherein nicht die Illusion zu

erwecken; davon abgesehen aber blieb sie zwar nicht den Laut von Krankheit und Leiden, wohl aber merkwürdigerweise alle Schauer der Ängste und Entzückungen schuldig und fand auch nicht den Hauch von Poesie, von dem Hannele in aller Realität des Elonds umflossen ist. Hervorragend war wieder Jannings als Mattern. Dieser Darsteller zeichnet seine Gestalten mit einem geheimnisvollen Zug, der sie zu dämonischen Urtypen prägt, ohne daß sie jemals die Lebenswahrheit einbüßen. Der Lehrer Gottwald war, als ich das Stück sah, nicht Moissi sondern Gebühr, der seine Rolle höchst achtbar spielte und auch in Hanneles Vision als der Fremde, zwar ohne Musik, doch sehr taktvoll sprach. An ihm lag es wohl kaum, daß man das Gefühl hatte Christus auf einem bloßen Theater zu sehen. Und das richtet die ganze Aufführung.

Strindberg: Das Berliner Lessingtheater hat das Wagneris unternommen nach dem 1. Teil der Damaskustrilogie nun auch die beiden anderen auf die Bühne zu bringen. Bei aller Anerkennung für die ernste, sachliche Hingabe an das schwierige Problem muß das Experiment im ganzen doch als mißlungen bezeichnet werden. Die Regie Barnowskys hat sich einer rühmendswerten Zurückhaltung befleißigt, hat auf jeden theatralischen Effekt weise verzichtet und das Wort des Dichters rein wiedergegeben, war auch in der Vornahme von Kürzungen glücklich und entfernte kaum Wesentliches. Das eigentümlich Schattenhafte, in das die Bilder des Festmahls und des Gefängnisses getaucht waren, hinterließ einen starken, unheimlichen Eindruck. Dennoch: Die vollkommene Symbolik dieser Seelenbeichte, in der Strindberg durch alle Prüfungen und Zwiespälte des Daseins und Forschens hindurch, aus der Nichtigkeit alles Vergänglichen hervorsticht mit Empörung zur Erkenntnis Gottes sich durchwühlt, ist den Möglichkeiten des Theaters nicht mehr (oder noch nicht) zugänglich, ebensowenig wie der 2. Teil Faust. Die Bühne ist an die Körper gebunden und empfängt nur von ihnen Licht und Blut. Die letzten Symbole substantiell zu gestalten ist den Heutigen jedenfalls noch nicht gegeben; heute gelangen sie durch das Medium der Szene nicht etwa zu plastischer Auswirkung sondern wandeln sich im Gegenteil durch Bild und Laut zur Rhetorik (wenn sie nicht gar, wie in Reinhardts Faust II,

eine grob sinnliche Materialisation erfahren). Diese prinzipielle Feststellung beschuldigt nicht die Darsteller des Lessingtheaters, die ihre schwierigen Aufgaben fast durchweg erfüllten. Loos, jetzt der Unbekannte, gestaltet zweifellos überzeugend echt und stark geistig. Dennoch war der eckig-kraftvolle Kayßler in seinem verzweifelten Prometheus-trotz dem Damaskuspilger Strindberg unvergleichlich ähnlicher als der schmaler geartete Loos. Sonst ragte aus der Darstellung Alfred Abel hervor, der als Mephistoversucher von einer dialektisch geschmeidigen Laune wie von grünlichen Höhlenfunken umsprüht schien.

Berliner Volksstück Nante: ein richtiges Stück Alt Berlin, was da, aus Motiven des köstlichen

Adolf Glaßbrenner von Friedmann-Fredrich geschmackvoll zusammengebraut, im Kleinen Theater vorgeführt wurde. Ein anheimelnder Ausschnitt aus Berlins geruhsamer Vorweltstadtzeit der dreißiger Jahre. Vor allem belustigt die ausgezeichnet getroffene, damals wie heut gleich unverkennbare Lokalfarbe der Spreestadt mit ihren unnachahmlichen Marktfrauen und Nichtsnutzen. Glaßbrenners Heimatsliebe wird hinter dem schlagfertigen und unbekümmerten Spott des Berliner Jargons seinen großen Inhalt an brüderlichem Wohlwollen, Scharfblick, Philosophie und unausrottbar humorvollem trotzigen Lebensmut gewahrt. In dem berühmten Eckensteher Nante, diesem ungemein sympathischen Faulenzer, lebt bei all seiner Berliner Vergnügtheit die anschauende Erkenntnis eines Weltweisen in Taschenformat. Und wenn im Kleinen Theater Nante und seine Schnapsbrüder in ihrer damals Tabagie geheißenen Destille mit gerührter Andacht einen sentimentalsten Gassenhauer singen, und alle Vokale vor Gefühls- und Klangfreudigkeit lang gedehnt werden, so liegt in der Komik dieser berlinisch gefärbten primitiven Kunstübung zugleich eine (immerhin) zu Herzen gehende Manifestation des Menschlichen. Bei Altman spielt man die Posse unverfälscht und mit fröhlicher Laune; eine Hochzeit wippt in anmutigem Biedermeier, und die Zechgenossenschaft Nantes sprüht vor Leben. Auf alle störenden aktuellen Anspielungen ist verzichtet. Die Darstellung schafft lauter famosere Typen. Pick als reich gewordener Restaurateur ist in seiner jovialen, behäbigen Gemächlichkeit ein unüber-trefflicher Berliner Kleinbürger. Bildt,

der nach Abel den Nante spielt, fehlt die notwendige Mischung von Schwung, liebenswürdig frecher Gerissenheit und träumerischem Phlegma, die Abel besitzt.

Der am 27. August 1916 in Hildesheim gegründete Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur hat sich die Aufgabe gesetzt dem Theater den Geschäftscharakter zu nehmen und es in eine dem ganzen Volk gehörige wahrhaftige Kunst- und Kulturbühne umzuschaffen. In diesem Streben sollen alle Kreise der Nation, gleichviel welcher geistigen, politischen, religiösen Überzeugung, vereinigt werden. Mit dem Ziel, der Demokratisierung und Vergeistigung des Theaters, wird man unbedingt auf das lebhafteste sympathisieren. Ist es doch der ideale Sinn der Schaubühne schlechthin. Ein anderes ist es, ob der Weg des Theaterkulturverbands richtig ist. Der Verband betont zwar ausdrücklich, daß er keinerlei Propaganda irgendeiner geistig-künstlerischen Richtung treiben, daß er lediglich organisatorisch tätig sein wolle. Aber bei seinem Kampf auch für die nur materiellen Vorbedingungen zu seinem Ziel liegt doch, weil bei jedem einzelnen entsprechend seiner Geistesart dies an sich ideale Ziel entscheidend sich färbt, die Gefahr nahe, daß der durchschnittliche Philistergeist bald obenauf kommt. Gleichwohl wäre es verfehlt sich aus diesem Bedenken heraus gegen den Verband zu erklären. Der Versuch ist auf alle Fälle lobenswert, und sein Resultat bleibt abzuwarten. Die einzelnen Forderungen des Verbands sind an sich durchaus realisierbar. Er will in erster Linie dahin wirken den Staat, vor allem aber die Städte zur planmäßigen Bewilligung von Geldmitteln für das Theater zu bestimmen, um ihm so die Unabhängigkeit von der Geschäftslage zu sichern und ihm eine wirkliche Kunstarbeit zu ermöglichen. Kleinere Orte, die einzeln die nötigen Mittel nicht aufbringen könnten, werden zum Zusammenschluß in Bundtheatern angeregt; zudem wird den kleineren Bühnen eine künstlerisch und materiell gleich weise Spezialisierung anempfohlen. Das alles muß nun durchaus nicht unbedingt zur Verbürgerlichung und geistigen Unfreiheit, weil Abhängigkeit von Behörden, führen. Denn es ist letzten Endes doch stets die Persönlichkeit der künstlerischen Leitung, die das Gesicht des Instituts bestimmt. Zudem sollen die städtischen Bühnen nach der

Meinung des Verbands in erster Linie den anerkannten Literaturschatz pflegen, während er den Kampf für das Neue den völlig unabhängigen Privatbühnen überlassen wissen will. Daß diese keine Unterdrückung erleiden sollen, verbürgt sein Beschluß in einem zu schaffenden ausgiebigen Theatergesetz auch die Freiheit der Bühnen von der Bedürfnisfrage und von der Zensur ein für allemal zu sichern. Ich glaube auch nicht, daß praktisch die Neugründung von Privatbühnen auch in kleineren Städten etwa an der Existenz einer guten städtischen Bühne scheitern wird; denn tatsächlich ist es bisher immer gelungen das Interesse des Publikums für künstlerisch wirklich Wertvolles zu erwecken. Es scheint, daß der Verband erfreulicherweise auch davon abgekommen ist Maßnahmen gegen die Existenz des rein geschäftlichen Unterhaltungstheaters erwirken zu wollen. Diese seine ursprüngliche Absicht hätte allerdings einen starken Mißgriff bedeutet. Denn einmal darf man das Publikum nicht gewaltsam bevormunden wollen sondern lediglich zu eigener Geschmacksverfeinerung zu erziehen suchen. Dann aber ist die Grenze zwischen Kunst und bloßer Unterhaltung überhaupt nicht immer feststellbar. Es kann auch geschehen, daß aus dem Boden des scheinbar Nurgeschäftstheaters in berufenen Händen eine ganz neue Kunst aufsprießt, die einer stumpfen Betrachtung zunächst als künstlerischer Wert gar nicht zum Bewußtsein kommt. Man denke nur an das verlästerte Kino, das unter einem Künstler wie Wegener uns Kunstindrücke wie den phantastisch-grausigen Golem oder das naïv-reizvolle Märchen Hans Trutz im Schlaraffenland geschenkt hat. Von den übrigen Programmpunkten des Verbands sei als besonders wertvoll hervorgehoben, daß er durch literarische Vorlesungen, Einrichtung von Bibliotheken und Verbreitung aufklärender Schriften das Verständnis des Publikums und der Bühnenkreise selbst erweitern will.

Totenliste Im Februar starb in Berlin Adele Doré. Sie war anderthalb Jahrzehnte die Heroine des Hamburger Deutschen Schauspielhauses und besaß einen großen künstlerischen Ruf, den ihre in einem begrenzten Gebiet vorzügliche, von einem starken, klangvollen Organ unterstützte Darstellungskraft auch durchaus verdiente. Vor etwa 1½ Jahren folgte sie einem Ruf an das Königl. Schau-

spielhaus in Dresden. Zu ihren stärksten Gestaltungen zählten Lady Macbeth und Hekuba in den Troerinnen. Sie war mit Emil Mißan verheiratet, der, wie hier berichtet wurde, vor einem Jahr starb. In Wien starb die einstmals sehr gefeierte Friederike Kronau, 77 Jahre alt. 1854 kam sie ans Wiener Carltheater; sie wirkte dann auch in anderen Städten, darunter Frankfurt am Main, um schließlich wieder am Carltheater zu landen, wo sie vor allem die Heldinnen der Dumasschen und Sardouschen Salon- und Sittenstücke verkörperte und durch ihren Liebreiz Wien entusiastisierte. Ihre Heirat mit einem österreichischen Aristokraten veranlaßte sie sich von der Bühne zurückzuziehen. Der mecklenburg-schwerinsche Hofschauspieler Wilhelm Otto ist am 14. Februar in Lübeck, wo er seine Ruhestandsjahre verbrachte, im 93. Lebensjahr gestorben. Er war einer der wenigen Gründer der Bühnengenossenschaft, die in den letzten Jahren noch lebten. In München ist Mitte März Friedrich Karl Pepler, eines der ältesten Mitglieder des Münchener Schauspielhauses, nach längerem Leiden im 62. Lebensjahr gestorben. Er hatte als Charakterspieler der alten Schule, besonders in feineren Lustspielen, eine seltene Art gemütlichen Humors und leistete auch als Regisseur manches Bemerkenswerte.

Kurze Chronik Ein neu gegründeter Bilderbühnenbund deutscher Städte unter dem Vorsitz des Stettiner Oberbürgermeisters Ackermann bezweckt die Förderung und Reform der Filmentwicklung. Der Bund, der als Großabnehmer fungieren will, plant unter anderem auch die als wichtig erkannte Gründung eines deutschen Schulfilmarchivs. ◊ Das Manuskript eines unaufgeführten Anzengrubersehen Stücks aus dem Jahr 1877, betitelt Ein Geschworener, wurde durch seinen Biographen Bettelheim in der Bibliothek des Theaters an der Wien entdeckt. Die Hauptrolle war nach einem beiliegenden Personenverzeichnis Girandi zugedacht. ◊ Am Dresdener Hoftheater ging Anfang März Grabes Kaiser Heinrich VI. in einer Bearbeitung von Karl Wolff in Szene. ◊ Zum Direktor des Wiener Deutschen Volkstheaters wurde Alfred Bernau gewählt, der mit großem Idealismus unter schwierigen materiellen Verhältnissen und von der Öffentlichkeit wenig unterstützt, 3 Jahre hindurch die Wiener Kammerspiele als modern literarische Bühne wagemutig leitete.

Bernau, der in Berlin am Kleinen Theater und kurze Zeit unter Brahm am Lessingtheater als Schauspieler tätig war und auch in Wien noch selbst auftritt, hat bereits in Köln eine literarische Bühne geleitet. Er will im Deutschen Volkstheater Klassiker und Moderne pflegen, auch seine bisherige Bühne beibehalten.

Literatur In einer Sammelschrift Die Zukunft der deutschen Bühne /Berlin, Oesterheld/ betont der Schutzverband deutscher Schriftsteller zusammen mit dem Goethebund und einigen anderen literarischen und theaterinteressierten Verbänden die Notwendigkeit der geistigen Freiheit des deutschen dramatischen Schaffens. Er bezeichnet als die Hauptmaßnahmen zu ihrem Schutz die Befreiung der dramatischen Dichtung von der Zensur, die erhöhte Anteilnahme der Bühnen an der neuen Produktion und die Zurückstellung der Ausländer im Interesse der einheimischen Autoren. (Die letzte Forderung hat wohl nur ökonomischen Sinn; sie dient jedenfalls weder der geistigen Freiheit noch insbesondere dem deutschen dramatischen Schaffen.) 5 Vorträge, die in einer von den genannten Verbänden am 10. Mai 1917 abgehaltenen öffentlichen Versammlung diese Fragen diskutierten, sind nebst der in der Versammlung im Sinn der Veranstalter gefaßten Resolution in der Broschüre niedergelegt. Dazu wird durch eine ausgedehnte Umfrage zum Thema Stellung genommen. Mir erscheinen die langatmigen Debatten zur Verteidigung einer so wenig umstrittenen Frage nicht notwendig. Nicht Resolutionen, nur wirkliche Leistungen können hier nützen. Praktische Bedeutung könnte aus der Fülle der Meinungsäußerungen der Vorschlag Norbert Falks haben, daß der Schutzverband selbst Aufführungen veranstalten möge. Wenn im übrigen Jacobsohn und andere auf die Unzulänglichkeit und Schädlichkeit der üblichen Kritik hinweisen, so ist diesen, an sich sehr berechtigten Klagen die Frage entgegenzuhalten, auf welche Weise denn hier Abhilfe gebracht werden solle, da leider niemand gute Kritiker aus der Erde stampfen kann. ◊ Der Jahrgang 1917-1918 des vom Deutschen Bühnenverein herausgegebenen Deutschen Theateradreßbuchs ist, fast 850 Seiten stark, erschienen /Berlin, Oesterheld/. Er ist übersichtlich geordnet und umfaßt in bekannter Weise alle Zweige des Theaterbetriebs.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Tschlenow Jechiel ben Seew Tschlenow, der zweite Vorsitzende des Engern Aktionskomitees der zionistischen Organisation in Rußland, wurde 1863 in Litauen geboren, stammte aus einer jüdisch-orthodoxen Familie, studierte Medizin in Moskau und schloß sich der Bewegung der Narodniki an. Das Erleben der Pogrome der achtziger Jahre führte ihn zur Einsicht in sein nationales Judentum. Damals gründete er, zusammen mit jüdischen Kommilitonen, den ersten palästinensisch-akademischen Verein, Bne Zion, der sich schon 1884 für Palästina als das »Land der jüdischen Befreiung« aussprach. Er hat sich nie darauf beschränkt bloß praktisch für die jüdische Kolonisation Palästinas zu arbeiten, sondern stets hat er darauf hingewirkt in der heranwachsenden Generation das jüdische Bewußtsein zu vertiefen, und immer widmete er volle Aufmerksamkeit der theoretischen Ergründung der jüdischen Probleme der Gegenwart. So wuchs er zu einem Führer heran, der Theorie und Praxis in inniger Durchdringung vereinigte. Im Jahr 1903 offenbarte er die Fruchtbarkeit dieser Bildung, als er gegen den Beschluß des 6. zionistischen Kongresses in Basel auf Entscheidung einer Expedition nach Uganda in schärfste Opposition trat. Er hatte eingesehen, daß es nicht darauf ankam bloß wenige oder viele Tausende von Ostjuden aus ihrer osteuropäischen Einpferchung herauszulösen und irgendwo aufs Land zu verpflanzen, obwohl auch das gewiß wichtig ist, sondern daß die eigentliche Wirkung der zionistischen Erneuerungsbewegung: das Wiedererstehen einer jüdischen Generation, an den palästinensischen Boden gebunden ist. Palästina ist ja für den Zionismus nicht ein beliebiges Kolonisationsgebiet, sondern das Mutterland der Nation, das es wiederzugewinnen gilt, an dem alle seelischen Kräfte der Nation hängen oder in dem sie doch in Zukunft sich verankern können. Noch in seiner letzten Rede, die jetzt im Druck herauskam (Der Krieg, die russische Revolution und der Zionismus /Kopenhagen, Martius Truelsen/) hat er das mit eindringlichen Worten dargelegt. Da spricht er vom Judentum in der Diaspora als von einem Volk, das sich nur das »Surrogat des nationalen Lebens« schaffen könne, und fährt fort: »Dies wird nicht durch die Umstände

dieser oder jener Gesetzgebung verursacht sondern durch die organischen Lebensbedingungen einer Nation, die nicht in ihrem Lande lebt sondern unter anderen Völkern eingekleidet ist und stets unter der politischen und kulturellen Einwirkung einer fremden Atmosphäre sich befindet. Ein normales volles Nationalleben ist nur denkbar, wenn ein Volk auf seinem Lande lebt, frei und aus eigener Kraft alle Funktionen des Lebens, von den tiefsten bis zu den höchsten, erfüllt und alle Werte schafft, von den einfachsten bis zu den höchsten Offenbarungen des Gedankens und des Geistes. Es ist eine alphabetische Wahrheit, die bei uns unerklärlicherweise oft vergessen wird. Wir haben uns diese Wahrheit gut gemerkt. Wir wissen ebenso gut, daß das Sein von Nationsplündern außerhalb des heimatlichen Landes nicht voll und normal sein kann. Es kann sich dem nur mehr oder weniger nähern, wenn diese Splitter irgendwo ein Zentrum besitzen, das ihnen zuweilen eine politische Stütze, immer aber eine Quelle nationaler Kraft und Energie ist. Für uns gibt es darum nur einen Weg der Gesundung des Lebens der ganzen Nation. Es ist der Weg, den wir schon längst verkündet haben und auf dem wir schon bald 3 Jahrzehnte langsam, aber unerschütterlich vorwärtsschreiten. Hier ruht der Schwerpunkt aller unserer Gedanken, Hoffnungen und Arbeiten. Die großen Weltereignisse, deren Zeugen und Mitwirkende wir sind, vermochten an unserer Auffassung nichts zu ändern. Im Gegenteil. Sie konnten uns in unserer Überzeugung nur bestärken. Denn das, was wir behaupten, behaupten und fordern jetzt alle Völker: einen Boden, den eigenen Boden für ein freies Leben.«

Es würde zu weit führen auf alle Einzelheiten dieses reichen Lebens hier einzugehen. Wer sich dafür interessiert (und recht viele, auch nichtjüdische Sozialisten sollten sich wegen der hohen Kulturbedeutung dieses Menschen dafür interessieren), der findet in der Jüdischen Rundschau vom 8., 15., 22. Februar und 8. März 1918 mannigfaltiges Material. Hier sei Tschlenows besonders deshalb gedacht, weil er, der jetzt viel zu früh gestorben ist, es verstanden hat der jüdischen Kolonisationsbewegung in Palästina über ihre materielle Nützlichkeit hinaus ihren eigentlichen Sinn stets zu wahren, und weil er in einer Zeit, die im Opportunismus nahezu ertränkt, dadurch den Geist hochzuhalten mitgeholfen hat. Das nachdrücklich zu betonen

ist besondere Pflicht dieser Rundschau über Kolonisation als Kulturproblem, die sonst vorwiegend mit Nützlichkeitsbewertungen, ihrem Gegenstand gemäß, sich abgeben muß. Und deshalb soll daran auch der Ausdruck der Hoffnung geschlossen werden, daß der Geist, der Tschlenow beseelte, in seinen Gesinnungsgenossen und Erben fortleben möge.

Türkei: Schon vor dem Krieg bestand infolge der schnellen Zunahme der Menschenzahl, der außerordentlichen Ausdehnung des Kleidertragens und des wachsenden Aufwands in der Bekleidung, wegen der nur langsamen Ausdehnung der Baumwoll- und Jutekultur und des Stehenbleibens, ja zeitweiligen Rückgangs der Schafhaltung ein wachsendes Mißverhältnis zwischen dem Bedarf des Weltmarkts an Textilrohstoffen und seiner Versorgung damit. Infolgedessen wurde schon damals überall tüchtig an der Gewinnung neuer zum Baumwollanbau geeigneter Gebiete gearbeitet. Unter den Ländern, die dafür ins Auge gefaßt wurden, stand mit in erster Linie die asiatische Türkei, die ja auch eine der ältesten Baumwollanbauländer überhaupt ist, als solches freilich in den letzten Jahrhunderten seine Bedeutung fast ganz eingebüßt hatte. Der Krieg hat nun dieses Mißverhältnis verschärft. Nach dem Krieg wird überall auf absehbare Zeit ein wahrer Heißhunger nach Textilfasern aller Art bestehen. Die Preise werden, soweit sie im freien Verkehr sich entwickeln können, aller Voraussicht nach glänzend sein, und jedes Quantum jeder Qualität Baumwolle wird glatten Absatz finden. Ganz besonders an Textilrohstoffen ausgehungert werden die Vierbundsmächte sein, zumal die Baumwoll- und Wollerzeugung der Vereinigten Staaten, Ägyptens, Indiens, Südamerikas, Südaustraliens und Australiens auch ohne wirtschaftskriegerrische Maßnahmen durch Trustbildung mit langfristigen Lieferungsverträgen der anglo-amerikanischen, indischen, japanischen Textilindustrie vorbehalten sein werden. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Frage, wie der Baumwollanbau in der Türkei gehoben werden könnte, in zahlreichen Publikationen behandelt wird; denn von einer wirklich schweren Zukunftssorge ist hier die Rede.

Bisher freilich ist die Baumwollerzeugung in der Türkei noch recht gering. Für das letzte Friedensjahr gibt der besonders um die Erforschung des Si-

salagavenhanfs hochverdiente Gießener Professor Werner Friedrich Bruck in seinem im Auftrag des Arbeitsausschusses des Deutschen Baumwollspinnverbandes erstatteten Vorläufigen Bericht über Baumwollerzeugung und -verbrauch der Türkei /Augsburg, Selbstverlag des Arbeitsausschusses/ folgende Zahlen an: Gebiet von Adana 105 000 Ballen à 200 Kilogramm, Gebiet von Smyrna 30 000 Ballen, Obermesopotamien, Syrien und Mittelmessopotamien sowie Irak nicht nennenswerte Mengen, zusammen also noch nicht 200 000 Ballen oder 40 000 Tonnen. Demgegenüber hat der deutsche Verbrauch im Jahr 1912-1913 360 475 Tonnen betragen. Dazu kommt nun noch, daß die bisher in der Türkei angebauten Baumwollarten, in erster Linie Jerly, für die deutsche Textilindustrie so gut wie gar nicht in Frage kommen. Sie haben einen sehr kurzen, rauhen Stapel mit ungleich langen Fasern, stehen also unter mittleren ostindischen Qualitäten. In der Hauptsache werden sie nur zum Polstern gebraucht; versponnen können sie nur zu ganz groben Nummern bis höchstens 8 hinauf werden, und da nur für die Vigognespinnerei Verwendung finden. Man muß also ganz neu aufbauen, wenn man etwas erreichen will.

Dazu ist eine ganze Reihe von Maßnahmen notwendig, und Bruck versteht es sie sachkundig und eindrucksvoll zu behandeln. Das Wichtigste ist die Verbesserung der Qualität der Baumwolle, weil dadurch ihre Verwendbarkeit und die Rentabilität ihres Anbaus erst auf nennenswerte Höhe gehoben wird. Diese Qualitätsverbesserung läßt sich auf 2 Wegen erzielen: 1. durch Verbesserung des Anbaus: rationelle, tiefgehende Pflüfung, sorgfältige Entkörnung, künstliche Düngung, ordnungsgemäße Pflanzmethoden (Reihensaat), vor allem aber sorgfältige Verbesserung des Saatguts; dadurch würde reicher Ertrag, verminderte Arbeit beim Behacken und vor allem gleichmäßige Faserlänge erzielt; 2. durch Einführung von Baumwollarten, deren Kultur höhere Erträge von besserer Baumwolle bringt, in erster Linie ägyptischen Arten (Mataffii, wohl auch Sea Island); das würde aber zur Voraussetzung haben, daß wesentlich mehr menschliche Arbeit zur Anwendung kommt, und daß die ganzen Baumwollgebiete künstlich bewässert würden. Daneben wäre Ausdehnung des Kulturbodens durch Bau von Stauwerken und Bewässerungsanlagen größten Stils notwendig. Die wichtigsten Voraussetzun-

gen dafür wären schnelle Vermehrung der Arbeiterzahl und Verbesserung der Verwaltung. Bruck glaubt da an einen Bedarf von nur 150 000 Arbeitern, und er macht manchmal spitze Bemerkungen über die türkische Verwaltung. Ihren Grundfehler erkennt er aber meines Erachtens nicht. Dieser ist, daß in der Türkei noch in weitem Umfang das System der Steuerpacht herrscht, das jede nennenswerte Kapitalsakkumulation unmöglich macht. Auch der Bedarf an Menschen zur Arbeit ist ganz wesentlich größer als Bruck ihn einschätzt. Die Bauten, die vorgenommen werden müssen, die Bearbeitung der Fläche, die dadurch gewonnen wird, machen viel mehr Arbeitskräfte notwendig. Gewiß läßt sich auf dem von Bruck bezeichneten Weg ein kleiner Stamm von Großgrundbesitzern züchten, die im Baumwollbau ganz gute Privatgeschäfte machen. Aber Deutschlands Ausfuhr rechtfertigt sich erst, wenn das Werk auf so großer Stufenleiter vorgenommen wird, daß in naher Zeit Baumwolle in für die deutsche Industrie wesentlichen Mengen erzeugt werden kann.

Bruck scheint auf die Einfuhr von Arbeitskräften ganz verzichten zu wollen. Er hat nun gewiß recht, wenn er sagt, daß deutsche Ansiedler und indische Kulis nicht in Frage kommen, die einen aus sozialen, die anderen aus politischen Gründen. Aber mit keinem Wort erwähnt er die Möglichkeit einer osteuropäischen, insbesondere ostjüdischen Masseneinwanderung. Selbst wenn er dieser ablehnend gegenüberstünde, hätte er sich mit ihr auseinandersetzen müssen, denn viele namhafte Sachkenner sehen gerade in ihr die einzig mögliche, wenn auch bescheidene Lösung der Arbeiterfrage in der Türkei. Ein anderer Umstand, den Bruck übersieht, ist die Besserung der Grundbesitzverteilung. Er, der den Grundfehler des Steuerpachtensystems nicht einsieht, hat bezeichnenderweise direkt eine Vorliebe für den Großbetrieb im Baumwollbau. Latifunden von 10-, 20-, ja 30 000 Hektar erscheinen ihm als erwünscht, obwohl er an einer Stelle, an der er von den allzu häufigen Landumteilungen spricht, auch für die Bedeutung des Eigeninteresses des Bauern für die Hebung der Produktionskraft Verständnis hat. Er sieht nicht, daß Genossenschaften von Bauern die technischen Vorteile des Großgrundbesitzes sehr wohl mitgenießen können. Er sieht eben nicht, daß Großgüter im Orient nur ein soziales Seitenstück zum Steuerpachtensystem sind. In diesem Punkt

müßte deshalb sein Programm wesentlich umgearbeitet und ergänzt werden. Geschieht das, so kann man zweifellos mit Zuversicht der Zukunft des Baumwollbaus in der Türkei entgegensehen.

Kriegspublikationen Zwei Reden des Staatssekretärs des Reichskolonialamts Wilhelm Solf sind als Broschüren erschienen und sollten jetzt fleißig zu Rate gezogen werden; die eine heißt Die Lehren des Weltkriegs für unsere Kolonialpolitik /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, die andere Das deutsche und das englische koloniale Kriegsziel /Berlin, Mittler/. Sachlich sagen sie ungefähr das selbe wie die in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 175 f.) bereits besprochene Rede des Staatssekretärs über seine kolonialpolitischen Ziele.

Wunderschön gedruckt ist die Schrift Wie England die deutschen Kolonien bewertet /Berlin, Gsellius/, in der Karl Rein einen Artikel von Evans Levin aus den Oxforder Flugschriften von 1914 und eine Darstellung des Imperial Institutes gekürzt wiedergibt. Aus diesen Abhandlungen geht hervor, welcher hohen Wertschätzung unsere Kolonien sich in England erfreuen. Das Heft gibt in aller Kürze, durchsetzt mit reichlichen Zahlenangaben, einen guten Überblick über die deutschen Kolonien und sollte deshalb Verbreitung finden.

Zwei Hefte der Sammlung Meereskunde /Berlin, Mittler/ befassen sich mit kolonialen Fragen. Alfred Manes behandelt in dem Heft Die Südsee im Weltkrieg selbständig, wenn auch manchmal zu optimistisch, die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Australien während der ersten 3 Kriegsjahre, geleitet von dem Ziel eines mitteleuropäisch-russisch-japanischen Bundes nach dem Krieg. Fr. Hupfeld, ein Kolonialpolitiker und -praktiker von großen Verdiensten, stellt in dem Heft Das deutsche Kolonialreich der Zukunft den Plan eines deutschen Mittelafrika vom Senegal zum Sambesi auf; etwas reichlich viel auf einmal und wohl mehr als die Deutschen in absehbarer Zeit wirklich produktiv kolonisieren könnten. Er geht auch von fast rein machtpolitischen Erwägungen aus, und das ist gegenüber einem Kulturproblem erster Größe wie der Kolonisation Afrikas verfehlt.

Kurze Chronik In Kasai im Belgischen Kongo sind seit einiger Zeit mit amerikanischem Kapital Diamantminen in Betrieb; als

brachten 1917 85 000 Karat. Die Kupferproduktion in Belgisch Katanga hofft man 1918 auf 40 000 Tonnen zu bringen. 700 Schwarze und 450 Weiße sind gegenwärtig in den Minen und an den Schmelzöfen tätig. ◊ Die Einfuhr Britisch Indiens aus Japan ist seit Kriegsausbruch um 266 % gestiegen. Damit steht Japan jetzt direkt hinter dem britischen Mutterland in seinem Anteil an der indischen Gesamteinfuhr (8,9 %). Der Anteil Japans an der indischen Einfuhr ist von 7,5 auf 11 % gestiegen; einen größeren Anteil haben nur das Britische Reich als Ganzes und die Vereinigten Staaten von Amerika. ◊ Auf Celebes sind große Eisenerzlager gemutet worden. Nach vorläufigen Schätzungen sollen sie mindestens 10 Millionen Tonnen Eisenerz umfassen. ◊ An verschiedenen Stellen Britisch Südafrikas wurden erhebliche Nickelvorkommen entdeckt. Der Nickelgehalt der Erze schwankt zwischen 10 und 30 %. ◊ Die mexikanische Regierung hat die von ihr schon eine Zeitlang betriebene Tehuantepeceisenbahn und die Hafenanlagen in Puerto Mexico der englischen Firma Pearson abgekauft.

Literatur: Das kurz unterrichtende Heftchen Franz Oppenheimers Genossenschaftliche Kolonisation in Palästina /Haag, Hauptbureau des Jüdischen Nationalfonds/ liegt nunmehr in 2. Auflage vor: ein Zeichen dessen, daß es sich als Werbemittel für die Sache, der es dienen will, bewährt hat. Über das Genossenschaftsexperiment! solcher Art wird sich freilich streiten lassen (siehe auch diese Rundschau, 1910 I, Seite 404). ◊ Türkisch Asien und seine Wirtschaftswerte behandelt eine ziemlich umfangreiche Schrift des Vorsitzenden der Deutschen Vorderasiengesellschaft Hugo Grothe /Frankfurt am Main, Hendschel/. Die Schrift gehört zu dem Besten, was über die wirtschaftliche Lage der Türkei geschrieben ist. Die Sachdarstellung ist durchweg an der Hand kritisch benutzter, zuverlässiger Zahlenangaben vorgenommen und macht auf viele Dinge aufmerksam, über die die öffentliche Diskussion dieser Fragen sonst mit leichtfertiger Eleganz sich hinwegsetzt. Der Verfasser hat sich mit seiner Arbeit ein beträchtliches Verdienst erworben. ◊ Ein sehr schönes Buch ist Sven Hedin's Reisebeschreibung Bagdad, Babylon, Ninive /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Der Verfasser ist

während des Krieges durch die Türkei gereist und hat seine schon früher in zuverlässiger Beobachtung des Wesentlichen gut geübten Augen gründlich aufgemacht. Die ohne Beschönigung erzählende Art des Ganzen verleiht der Darstellung einen nicht geringen spannenden Reiz. Auf die große Ausgabe des Werkes, aus dem das vorliegende Heft nur einen Auszug darstellt, darf man sehr gespannt sein. Besonders zu rühmen sind die sehr instruktiven und trotz der Billigkeit der Schrift ausgezeichnet wiedergegebenen Abbildungen.

EINZELNES

Aus der Zeit

Fall Foerster Ende Januar erfolgte im Finanzausschuß des bayerischen Abgeordnetenhauses ein wohl vorbereitetes Trommelfeuer der bürgerlichen Parteien auf den Hochschullehrer und Staatsbürger Foerster, der sich in kraftvollen Artikeln als ein streitbarer Vertreter des Verständigungsfriedens hervorgetan hatte. Für dieses Friedensziel hatte Foerster schon von Beginn des Krieges an mit der ganzen Offenheit seines Wesens und mit dem Mut seiner hochstrebenden Persönlichkeit gewirkt.

Als grundsätzlicher Vertreter des Verständigungsfriedens war nun Professor Foerster im Jahr 1915 mit einer betriebenen Gruppe von Annexionspolitikern der Münchener Universität zusammengestoßen. In München hatte sich nämlich im Frühjahr 1916 eine Organisation gebildet, die ihr politisches Glaubensbekenntnis in den sogenannten Richtlinien für Wege zum dauernden Frieden zum Ausdruck brachte. Nach diesen Richtlinien sollte das Deutsche Reich in Belgien »volle Freiheit zur Durchführung aller militärischen und marinetech-nischen Maßnahmen sowie die Vertretung nach außen erhalten«. In Frankreich ströbte das Richtlinienprogramm die Erwerbung einer militärisch möglichst günstigen Grenze unter Einbeziehung der Grubengebiete und im Osten die möglichste Zurückdrängung Rußlands aus den nicht von Großrussen bewohnten Gebieten und die Angliederung der Ostseeprovinzen und der südlich anschließenden Gouvernements an das Deutsche Reich an. An der Spitze dieses Programms marschierte Professor von Amira, der im Juni 1916 offen und geheim den Feldzug gegen Foerster führte. Im engsten Bund mit ihm stan-

den die Professoren von Gruber und Kraepelin. Als Angriffsziel benutzten diese Professoren im Juni 1916 einen bereits im Januar 1916 veröffentlichten Artikel Foersters, einen Artikel der Friedenswarte, der im wesentlichen ein Referat über die mitteleuropäischen Staatsanschauungen des Föderalisten Konstantin Frantz enthielt. Die alldeutsche Gruppe der Münchener Professoren setzte dann eine Kundgebung der Philosophischen Fakultät der Münchener Universität gegen Foerster durch. Die Fakultät veröffentlichte nämlich folgende Erklärung: »Herr Professor Dr. F. W. Foerster hat in einem Artikel der in Zürich erscheinenden Friedenswarte (18. Heft, 1. Januar 1916) über Bismarck, das Deutsche Reich und seine Aufgaben Ansichten geäußert und Wendungen gebraucht, die jeden Deutschen mit Enttäuschung erfüllen müssen. Die Philosophische Fakultät, erste Sektion, spricht einstimmig ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß einer ihrer Professoren in so ernster Zeit und jenseits der Reichsgrenze solche Meinungen in dieser Tonart vorgebracht hat, und ihre Mitglieder werden jedem Versuch sie unter Autorität des Lehramts in der akademischen Jugend zu verbreiten mit vollster Entschiedenheit entgegenzutreten.« Fast gleichzeitig wurde Foerster wegen des selben Artikels von einem seiner heftigsten Gegner förmlich des Landesverrats beim bayrischen Staatsministerium geziehen.

Auf diesen Artikel in der Friedenswarte sind nun die Gegner Foersters im bayrischen Abgeordnetenhaus in ihren Angriffen gegen diesen Hochschullehrer zurückgekommen. So erklärte am 1. März der liberale Professor Günther, der Artikel Foersters äußere Ansichten, die ihm unmöglich erscheinen. Er wolle Herrn Professor Foerster »seinen Gehalt in Ruhe verzehren lassen, am liebsten in einem andern Lande«. Die Liberalen, deren Pflicht es wäre für die akademische Lehrfreiheit und die politischen Rechte der Staatsbürger entschieden einzutreten, mußten sich im Finanzausschuß des bayrischen Abgeordnetenhauses vom Kultusminister von Knilling darüber belehren lassen, daß das Staatsministerium beim besten Willen nicht in der Lage sei gegen Foerster einzuschreiten. Der Kultusminister erklärte: Als Hochschullehrer habe Professor Foerster zu einer Beanstandung keinen Anlaß gegeben. Die von ihm freiwillig ab-

gegebene Zusage über seine Unterrichtstätigkeit sei pünktlich eingehalten worden. Im übrigen genieße Professor Foerster die Rechte jedes freien Staatsbürgers. Als solcher unterstehe er den einschlägigen Militär- und Zivilbehörden. Er, der Kultusminister, bedaure die schriftstellerische und politische Tätigkeit Foersters, könne aber als Unterrichtsminister nichts daran ändern. Besonders befehdeten die Vertreter aller bürgerlichen Parteien im bayrischen Abgeordnetenhaus den von Foerster in der Münchener Post veröffentlichten Artikel »Friedenshemmungen und Friedensmöglichkeiten, weil er nach deren Ansicht einseitig Partei gegen Deutschland genommen hätte. Und doch steht gerade an der Spitze des Foersterschen Artikels der Satz, daß wir zwar nicht alle Schuld an der Fortdauer des Völkermordens immer nur bei den Gegnern zu suchen haben«, daß aber auch die »Kriegstreiber auf der feindlichen Seite einer falschen Idee folgen und in die gleiche Gewaltanbetung fallen, die sie immer bekämpfen.« Auch die Ententevölker werden durch das Weltgericht gepeinigt werden, bis sie einsehen, daß dieser Weltkonflikt durch die Gewalt nicht entschieden und gelöst werden kann, und bis sie dem deutschen Volk gegenüber andere Töne finden als sie vor dem Kriege und während des Krieges gefunden haben.« Der ganze Artikel Foersters, der hinreißende Worte für die Weltaufgabe Deutschlands »Mittler zwischen all den entgegengesetzten Gaben, Interessen und Traditionen zu werden« findet, will eine vom Völkerhaß freie Atmosphäre schaffen, die ein Erfordernis für eine erfolgreiche Behandlung der großen politischen und kulturellen Wertprobleme ist.

Foerster spricht in dem Artikel der Münchener Post als deutscher Patriot und als Mensch. Alle Patrioten sind bisher aufrüttelnde Mahner, nicht Liebediener gewesen. Im März dieses Jahres mußten wir das betäubende Schauspiel erleben, daß die Vertreter des liberalen Bürgertums und des Zentrums im bayrischen Abgeordnetenhaus gemeinsam gegen einen Mann anstürmten, der nur von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch gemacht hatte. Nur der Vertreter der Sozialdemokratie, Eduard Schmid, trat warm für die Lehrfreiheit des Hochschullehrers und für die politische Freiheit des Staatsbürgers Foerster ein.

Paul Kampffmeyer